



Plenarprotokoll

32. Sitzung

Freitag, 21. Juni 2013

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein sowie Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften (Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 bis 2014 - BVAnpG 2013-2014).....	2580	b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein für die Jahre 2013 und 2014.....	2580
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/816		Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/820	
		Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/914	
		Thomas Rother [SPD], Bericht- statter.....	2581

Johannes Callsen [CDU].....	2581	Beschluss: 1. Annahme des Antrags	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	2582, 2592	Drucksache 18/924 und des für	
Eka von Kalben [BÜNDNIS		selbstständig erklärten Ände-	
90/DIE GRÜNEN].....	2583	rungsantrags Drucksache 18/939	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	2584	(neu)	
Torge Schmidt [PIRATEN].....	2586	2. Ablehnung des für	
Lars Harms [SSW].....	2587	selbstständig erklärten Ände-	
Heike Franzen [CDU].....	2589	rungsantrags Drucksache 18/940...	2605
Tobias Koch [CDU].....	2590		
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/		a) HSH Nordbank AG - Erhöhung	
DIE GRÜNEN].....	2591	des Garantievolumens	2605
Monika Heinold, Finanzministerin	2593, 2595	Antrag der Landesregierung	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2596	Drucksache 18/654	
Beschluss: 1. Verabschiedung des		b) Kein Wertpapierankauf durch	
Gesetzentwurfs Drucksache 18/		den HSH Finanzfonds!	2605
816 in der Fassung der Drucksache		Antrag der Fraktionen von FDP,	
18/914		SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-	
2. Ablehnung des Gesetz-		NEN, der Abgeordneten des SSW	
entwurfs Drucksache 18/820.....	2597	und der Fraktion der CDU	
Wolfgang Kubicki [FDP], zur Ge-		Drucksache 18/726 (neu) - 2. Fas-	
schäftsordnung.....	2597	sung	
Ehegattensplitting auch für einge-		Bericht und Beschlussempfehlung	
tragene Lebenspartnerschaften	2597	des Finanzausschusses	
Antrag der Fraktionen von SPD,		Drucksache 18/905	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und		HSH Nordbank AG - Erhöhung	
der Abgeordneten des SSW		des Garantievolumens	2605
Drucksache 18/924		Antrag der Fraktion der CDU	
Völlige Gleichstellung eingetragener		Drucksache 18/937	
Lebenspartnerschaften in allen		Thomas Rother [SPD], Berichter-	
Lebensbereichen	2597	statter.....	2606
Änderungsantrag der Fraktionen von		Tobias Koch [CDU].....	2606
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,		Thomas Rother [SPD].....	2607
FDP und der Abgeordneten des SSW		Rasmus Andresen [BÜNDNIS	
Drucksache 18/939 (neu)		90/DIE GRÜNEN].....	2608, 2616
Ehegattensplitting auch für einge-		Wolfgang Kubicki [FDP].....	2610
tragene Lebenspartnerschaften	2597	Torge Schmidt [PIRATEN].....	2613
Änderungsantrag der Fraktion der		Lars Harms [SSW].....	2614
CDU		Uli König [PIRATEN].....	2616
Drucksache 18/940		Monika Heinold, Finanzministerin	2617
Simone Lange [SPD].....	2597	Beschluss: 1. Annahme der Anträge	
Katja Rathje-Hoffmann [CDU]....	2598	Drucksachen 18/654 und 18/726	
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS		(neu) - 2. Fassung	
90/DIE GRÜNEN].....	2600	2. Annahme des Ent-	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	2601	schließungsantrags Drucksache	
Torge Schmidt [PIRATEN].....	2602	18/937 Nr. 1 und 3	
Lars Harms [SSW].....	2603	3. Ablehnung des Ent-	
Monika Heinold, Finanzministerin	2604	schließungsantrags Drucksache	
		18/937 Nr. 2.....	2619

Offenlegung von „Gesetzgebungs-Outsourcing“.....	2619	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes - Anpassung des manuellen Abrufs der Bestandsdaten nach dem Telekommunikationsgesetz an die verfassungsrechtlichen Vorgaben.....	2630
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/897		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/713	
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	2619	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/928	
Hans-Jörn Arp [CDU].....	2620	Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	2630
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	2622	Sven Krumbeck [PIRATEN].....	2630, 2631
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2624	Dr. Kai Dolgner [SPD], zur Ge- schäftsordnung.....	2630
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2625	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	2630
Lars Harms [SSW].....	2628	Uli König [PIRATEN].....	2631
Martin Habersaat [SPD].....	2629	Torge Schmidt [PIRATEN].....	2631
a) HSH Nordbank AG - Erhöhung des Garantievolumens.....	2629	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	2631
Antrag der Landesregierung Drucksache 18/654		Beschluss: Verabschiedung in der Fassung der Drucksache 18/928....	2631
b) Kein Wertpapierankauf durch den HSH Finanzfonds!.....	2629	Verordnung zur Änderung der Le- bensmittelkennzeichnungsverord- nung - Endlich mehr Sicherheit für Verbraucher.....	2631
Antrag der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN, der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der CDU Drucksache 18/726 (neu) - 2. Fas- sung		Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/807 (neu)	
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/905		Mehr Klarheit bei der Kennzeich- nung von Lebensmitteln mit tieri- schen Bestandteilen schaffen!.....	2632
HSH Nordbank AG - Erhöhung des Garantievolumens.....	2629	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/937		Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/807 (neu) und des für selbstständig erklärten Ände- rungsantrags Drucksache 18/961 an den Umwelt- und Agraraus- schuss.....	2632
Hans-Jörn Arp [CDU], zur Ge- schäftsordnung.....	2629	Umsetzung und Zwischenbilanz des Bildungs- und Teilhabepakets im Zweiten Sozialgesetzbuch.....	2632
Beschluss: 1. Annahme der Anträge Drucksachen 18/654 und 18/726 (neu) - 2. Fassung			
2. Annahme des Ent- schließungsantrags Drucksache 18/937 Nr. 1 und 3			
3. Ablehnung des Ent- schließungsantrags Drucksache 18/937 Nr. 2.....	2630		

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/697

Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung..... 2632

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags..... 2632

Drucksache 18/935

Beschluss: Annahme mit einer Änderung..... 2632

* * * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

* * * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Ich begrüße Sie zu unserer Plenartagung am letzten Tag dieser Sitzungswoche und wünsche Ihnen einen guten Verlauf der heutigen Sitzung.

Für die CDU ist Herr Volker Dornquast als erkrankt gemeldet. Wir wünschen ihm von dieser Stelle gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt ist von der Piratenfraktion Frau Abgeordnete Angelika Beer. Wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene ist von der Landesregierung die Bildungsministerin Professor Dr. Wara Wende beurlaubt.

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Mitarbeitende der Bundeswehrverwaltung in Kiel. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein sowie Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften (Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 bis 2014 - BVAnpG 2013-2014)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/816

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein für die Jahre 2013 und 2014

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 18/820

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 18/914

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, dem Herrn Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich brauche die Beschlussempfehlung nicht vorzulesen. Sie liegt allen vor. Ich möchte nur ergänzen, dass der Innen- und Rechtsausschuss keine Stellungnahme abgegeben hat. Ich möchte mich noch einmal herzlich bei den Mitgliedern der beiden Ausschüsse, des Innen- und Rechtsausschusses sowie des Finanzausschusses, für das etwas raschere Verfahren bedanken - das sind die einen lieber und die anderen nicht so gern eingegangen -, um eine Beschlussfassung über den Gesetzentwurf in der Juni-Plenartagung zu ermöglichen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? -Das sehe ich nicht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Johannes Callsen, Fraktionsvorsitzender der CDU.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon bei den **Haushaltsberatungen** war für die CDU klar - das hat die CDU, als sie die Regierungsverantwortung trug, trotz der damals schon betriebenen Haushaltskonsolidierung praktiziert -, dass die **zeit- und wirkungsgleiche Übertragung** des Tarifabschlusses auf die Beamten wichtig ist. Die Koalition und die Landesregierung sind dagegen einen Kurs des Nichtkönnens und des Nichtwollens gefahren. Sie hat ihre eigenen Grundsätze des Dialoges über Bord geworfen, sodass am Ende selbst der DGB dieser Landesregierung ins Stammbuch geschrieben hat - ich zitiere -:

„Einen echten Dialog ... hat es nicht gegeben.“

Die Beamten haben dies zu Recht als Affront empfunden. Herr Ministerpräsident, Ihre Worte vor wenigen Tagen beim Landesgewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes mussten in den Ohren der Beamten wie blanker Hohn klingen. Wie soll denn der öffentliche Dienst eine höhere Anerkennung erfahren, wenn Sie als oberster Dienstherr den Beamtinnen und Beamten die Anerkennung über viele Monate hinweg verwehren?

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst eben nicht nur als volkswirtschaftlicher Kostenfaktor gesehen wird, wenn Sie selbst in den vergangenen Wochen und Monaten doch immer wieder so argumentiert haben?

Wenn wir heute in zweiter Lesung über die Anpassung der Beamtenbesoldung beraten, dann ist eines festzustellen: Die Fraktionen von SPD und Grünen sowie die Abgeordneten des SSW waren nicht bereit, den von Ministerpräsident Albig als - ich zitiere - „sozial ausgewogen, solidarisch und haushalterisch vernünftig“ vorgegebenen Weg mitzugehen, und zwar unabhängig von der Haushaltslage.

SPD-Chef Stegner hat bereits in den ersten Beratungen substantielle Veränderungen angekündigt. Er hat die Verhandlungsführung an sich gezogen. Er hat das Ergebnis verkündet. Er machte damit am Ende vor der gesamten Öffentlichkeit klar, wer wirklich die **Richtlinienkompetenz** in dieser Landesregierung hat. Nicht einmal Ihre Aussage, Herr Albig, dass erst die Neuberechnung des Zensus diesen Kompromiss möglich machte, wollte Herr Stegner stehen lassen. Nicht einmal diesen Ausweg aus der Peinlichkeit ließ er Ihnen offen. Er wies persönlich noch einmal öffentlich darauf hin, dass er den Kurs klargemacht hat, und zwar bevor diese Zahlen bekannt wurden. Nicht nur das: Der erste und bislang einziger Versuch dieser Landesregierung, Mehrausgaben an der einen Stelle durch Einsparungen an einer anderen Stelle zu finanzieren, ist damit an Ihren eigenen Leuten gescheitert.

Ich sage es noch einmal: Die CDU-Fraktion hat Ihr Besoldungsdiktat von Anfang an für falsch gehalten. Wir hätten an anderer Stelle Einsparungen vorgenommen. Aber immerhin war dies ein erster Versuch des Kabinetts, weniger auszugeben. Er ist gescheitert. Sie sind damit gescheitert, Herr Albig. Sie sind an Herrn Dr. Stegner gescheitert.

(Beifall CDU)

Fakt ist und bleibt: In den vergangenen Wochen haben Sie mit Ihrem versuchten Besoldungsdiktat viel Vertrauen in der Beamenschaft verspielt. Das Ergebnis, über das wir heute beraten, ist einzig und allein auf die überzeugenden Argumente der Beamtinnen und Beamten, aber auch auf den nachhaltigen Druck der Opposition in diesem Haus, zurückzuführen.

(Vereinzelt Lachen SPD)

Wir freuen uns als CDU-Fraktion für die Beamtinnen und Beamten des Landes darüber, dass sie end-

(Johannes Callsen)

lich eine wirkungsgleiche Besoldungsanpassung erhalten.

(Beifall CDU)

Aus unserer Sicht ist und bleibt es falsch, dass die Regierungskoalition zu einer **zeitgleichen Übertragung** des Abschlusses nicht bereit ist.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Die CDU-Fraktion wird daher dem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion für eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme zustimmen. Dies haben wir bereits in der Vergangenheit mit unseren Anträgen gefordert. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute liegt uns das Ergebnis des Dialogs über die Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten vor. Ich erlaube mir, an meine diesbezüglich in diesem Hause vorgetragenen Zusagen zu erinnern.

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sensationell!)

Erstens. Wir versprechen, auf die soziale Ausgewogenheit zu achten.

Zweitens. Wir haben Respekt vor der Arbeitsleistung von Menschen, und wir pflegen im Gegensatz zu unserer Vorgängerregierung den Dialog.

Drittens. Es wird im Laufe des parlamentarischen Verfahrens noch substanzielle Änderungen am Gesetzentwurf aus der ersten Lesung geben.

Das hat der Ministerpräsident ausdrücklich gesagt. Ich auch. Dass Sie es sensationell finden, Herr Kollege Callsen, dass ein Parlament einen Gesetzentwurf verändert, spricht für Ihr Parlamentsverständnis.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich Ihnen noch etwas sagen: Herr Kollege Callsen, Sie tragen auch Verantwortung, zum Beispiel als Parteichef in Schleswig-Flensburg. Dort machen Sie im Kreistag gerade mit der Linkspartei eine „Volksfrontkoalition“ gegen Rot-Grün-

Blau. Machen Sie uns insofern hier keine Vorgaben.

(Beifall SPD - Widerspruch CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf der Grundlage des Regierungsvorschlags haben wir zahlreiche Gespräche geführt. Wir haben die Argumente unserer Beamtinnen und Beamten, der Gewerkschaften und des DGB angehört und abgewogen.

(Zurufe)

- Herr Präsident, das Lärmen ist schön, aber ich möchte nicht so brüllen müssen. Ich möchte das gern in normaler Tonlage sagen.

(Beifall SPD - Lachen CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

- Es wäre schön, wenn Sie einen Moment zuhören könnten. Dass Ihnen das Ergebnis nicht gefällt, verstehe ich. Ein bisschen zuhören schadet aber vielleicht nicht. - Die vorgesehene **Garantie bis 2018** war nicht gewünscht und wurde daher von der Landesregierung schon im Gesetzentwurf verkürzt. Wir haben von Beginn an einen Unterschied zu anderen Bundesländern gemacht: Bayern überträgt den Tarifabschluss eins zu eins auf die Beamten, kündigt aber gleichzeitig den Solidarpakt des Länderfinanzausgleichs auf. Hamburg überträgt den Tarifabschluss eins zu eins und erhöht dafür den vorgesehenen Personalabbau. Das haben wir in Schleswig-Holstein definitiv ausgeschlossen. Uns war wichtig, dass kein zusätzlicher **Personalabbau** entsteht. Das hätte eine weitere deutliche Verschlechterung bedeutet, die nicht vertretbar ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir widersprechen in diesem Zusammenhang ganz eindeutig den Darstellungen des Landesrechnungshofs und der Opposition. Gerade im Zusammenhang mit der Schule und mit dem, was wir unter anderem für die Unterrichtsversorgung zu leisten haben, kann ich nicht sagen, wir hätten zu viele Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben auch nicht zu viele Polizisten. Wir können uns einen weiteren Personalabbau nicht leisten. Wir werden das auch nicht tun.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, das umzusetzen. Der Zensus hat dabei durchaus geholfen. Allerdings - und dazu stehe ich und wiederhole es noch einmal -: Wir haben von vornherein gesagt, dass es noch substantielle Veränderungen geben wird.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Wir haben uns auf eine wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst verständigt, und wir haben weitere Maßnahmen hinzugefügt, die - wie ich finde - für unsere soziale Ausrichtung und auch für die **Wertschätzung** stehen. Wo Schwarz-Gelb noch die Altersgrenze für den Ruhestand schwerbehinderter Beamtinnen und Beamte angehoben hat, die Jubiläumswendung gestrichen hat, die Grenzen des Pensionsalters heraufgesetzt hat, den Selbstbehalt bei der Beihilfe erhöht hat, bei den Versorgungsbezügen gekürzt hat und die Altersgrenze für den Ruhegeldempfang erhöht hat, tun wir das Gegenteil. Spielen Sie hier nicht den Arbeitnehmersvertreter. Sie haben genau das Gegenteil getan. Insofern ist das absolut unglaubwürdig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Landesregierung hat mit Ministerpräsident Albig ein entsprechendes **Begleitpaket** entwickelt: Einmalzahlungen für die Besoldungsgruppen bis A 11, eine Erhöhung der Zulagen für Vollzugsbeamte und die Feuerwehr, eine Senkung des Selbstbehaltes der Beihilfe, die übrigens millionenschwer ist, Herr Kollege Kubicki, die Wiedereinführung der Jubiläumswendungen, die Erhöhung des Reisekostenzuschusses für Anwärter und ein Beförderungspaket. Das, was wir heute vorlegen, kann sich wahrlich sehen lassen, das ist ein guter, vertretbarer und sozial ausgewogener Vorschlag.

(Beifall SPD und SSW)

Herr Oppositionsführer, für Sie gilt, was Friedrich Hebbel gesagt hat: Es gibt Leute, die nur aus dem Grund in jeder Suppe ein Haar finden, weil sie - wenn sie davor sitzen - so lange den Kopf schüttern, bis eines hineinfällt. Das trifft genau auf Sie zu.

(Zurufe)

- Der Ministerpräsident kann es nicht gewesen sein, das ist wahr.

(Beifall SPD - Heiterkeit - Weitere Zurufe)

- Das waren wirklich Sie. Ich meine das ganz fröhlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach Mitbestimmung, Mindestlohn und Tariftreue zeigt auch dieses Ergebnis, dass wir es mit guter Arbeit ernst meinen. Diese Koalition steht für gute Arbeit; und zwar nicht nur für die Menschen, sondern auch bei dem, was sie selbst tut. Herr Kollege Koch, da können Sie noch etwas lernen, auch wenn Sie hier immer so schneidig daherreden. Ich sage auch: Nach Kita-Ausbau, Bäderregelung und Bildungsdialog ist auch die Beamtenbesoldung ein Beispiel dafür, dass der Dialog am Ende wirkt und dass wir uns auf Dinge verständigen, die am Ende ein gutes Ergebnis sind. Also: Haben Sie sich nicht so, stimmen Sie zu, das ist ein gutes Gesetz. Wir machen das. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Seit der Debatte zur Besoldung im vergangenen Monat ist viel passiert. Wir hatten einen intensiven **Austausch** mit allen **Beteiligten**. Die Gewerkschaften und andere Interessengruppen hatten Gelegenheit, ihre Sichtweise zum Ausdruck zu bringen. Wir haben die unsrige dargestellt. Es war zu jedem Zeitpunkt klar: Es geht nicht darum, dass wir die Übernahme der Tarifergebnisse für Beamtinnen und Beamte nicht wollten, es war vielmehr so, dass sich die Haushaltssituation so darstellte, dass wir es angesichts der strukturellen Mehrbelastung nicht konnten; jedenfalls dann nicht, wenn man keine weiteren Stellen abbauen will, wie man es in Hamburg getan hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Dann wurden die **Zensusergebnisse** bekannt. Schleswig-Holstein wird in Zukunft etwa 50 Millionen € mehr Geld aus dem Länderfinanzausgleich erhalten, weil unser relativer Bevölkerungsanteil angestiegen ist. Wir Grüne haben immer gesagt: Wenn es nur nach der Leistung der Beamtinnen und Beamten ginge, dann würden wir den Tarifabschluss übertragen. Nun ist die Haushaltslage nach

(Eka von Kalben)

wie vor eng. Schleswig-Holstein gehört zu den am höchsten verschuldeten Flächenländern, und auch das Zensusergebnis bedeutet nicht, dass im Himmel plötzlich Jahrmarkt ist. Die Mehreinnahmen helfen uns aber beim Konsolidieren. Sie helfen uns, allen eine wirkungsgleiche Tarifübertragung zu ermöglichen, also mehr nachzubessern, als wir noch vor einem Monat gehofft hatten.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat einen sehr guten Vorschlag für ein **Begleitpaket** unterbreitet. Daran halten wir fest. Das Begleitpaket war für mich nie nur Beiwerk oder Ausgleich für eine nicht vollständige Übertragung. Es hat eine eigenständige Bedeutung; insbesondere dann, wenn es um die Anerkennung der Leistungen unserer Beamtinnen und Beamten im Außendienst geht, zum Beispiel bei der Polizei oder der Feuerwehr, also gerade bei denjenigen, die in den vergangenen Wochen wieder einen lebenswichtigen Knochendienst bei der Hochwasserkatastrophe geleistet haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gerade in diesen Bereichen finde ich das von uns beschlossene Beförderungspaket besonders wichtig, denn es schafft Perspektiven im öffentlichen Dienst. Junge Menschen brauchen Aussicht auf Aufstieg. Die Übertragung des Tarifergebnisses ist nur ein Baustein für gute Arbeitsbedingungen der Beamtinnen und Beamten.

Bis 2020 müssen wir 5.300 Stellen im Land abbauen. Das ist Konsens in diesem Haus und Teil des **Konsolidierungspfades**. Und ob alle verbleibenden Stellen angesichts des Fachkräftemangels besetzt werden können, bleibt fraglich. Der Stellenabbau und das fehlende Personal können Konsequenzen haben in Form einer weiteren **Arbeitsverdichtung**, die wir ohnehin schon vielerorts spüren. Wir müssen uns gemeinsam überlegen, wie wir damit umgehen. Das Mantra des Landesrechnungshofs und der FDP - „weniger Personal, dafür sehr gut bezahlt“ - greift zu kurz. Durch mehr Gehalt werde ich weder automatisch leistungsfähiger noch hat mein Tag plötzlich 25 Stunden.

Viele junge Menschen, mit denen ich spreche, halten Arbeitszeiten, gesicherte Arbeitsbedingungen, allgemein gute Arbeitsverhältnisse für wichtiger bei der Arbeitsplatzwahl als die Gehaltsperspektive.

Offensichtlich ist ebenfalls: Eine weitere Arbeitsverdichtung dürfen wir auch aus gesundheitlichen Gründen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht zumuten, im Gegenteil.

Durch den Erhalt von 300 Stellen schaffen wir zumindest im Bildungsbereich bereits eine erste Entlastung. Anderenorts muss überlegt werden, welche Aufgaben künftig wegfallen können. Allein über die Bezahlung werden die Konsequenzen des Stellenabbaus und des Fachkräftemangels jedenfalls nicht abgepuffert; das ist ein Irrglaube.

Die eigentliche Arbeit liegt noch vor uns, um den öffentlichen Dienst attraktiv zu gestalten: **Aufgabenkritik** und **Strukturveränderungen**, damit wir weiterhin einen starken öffentlichen Dienst für Schleswig-Holstein erhalten können. Auch das sind wir unseren Beamtinnen und Beamten schuldig. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits im November des vergangenen Jahres haben wir eine Diskussion darüber geführt, dass es notwendig ist, für die höheren Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst ausreichend Haushaltsvorsorge zu treffen. Wir wurden in gewohnt bürgerhafter und oberlehrerhafter Art und Weise von der Landesregierung darüber belehrt, dass es keinen Sinn mache, über Tarifabschlüsse nachzudenken, bevor Tarifverhandlungen begonnen hätten. Das kann man so machen, das muss man aber so nicht machen.

Viel schlimmer an dieser Geschichte als der Umgang mit der Opposition war allerdings, dass bereits zu dem Zeitpunkt feststand, und dass man überhaupt nicht gewillt war, das zu tun; dass man damals schon wusste, Tarifabschlüsse, die jenseits von 1,5 % Erhöhung liegen würden, definitiv nicht mitmachen zu wollen.

(Beifall FDP)

Schon damals, schon vor Verabschiedung des Landeshaushalts war das klar.

Der Gipfel allerdings war, dass im ursprünglichen Regierungsentwurf vorgesehen war, ein **Lohndiktat bis Ende 2017** festzuschreiben. Wer da noch von Dialogkultur spricht, ich glaube, dessen Großmutter glaubt auch noch an den Weihnachtsmann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Das ist im Umgang, Frau Finanzministerin, den Sie mit den Beamten gepflegt haben, eine schlichte Unverschämtheit. Sie haben ein Kommunikationsdesaster angerichtet, und deswegen waren Ihre Krokodilstränen in der letzten Landtagssitzung, die Sie hier vergossen haben, auch mehr als scheinheilig, Frau Heinold.

(Beifall FDP)

Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass das Alimentationsprinzip keine Kann-Vorschrift ist, die man beliebig auslegen kann. Die besondere Treuepflicht der Beamten, Frau Heinold, gilt auch umgekehrt. Sie hätten sich gegenüber den Beamtinnen und Beamten als Dienstherrin anders verhalten müssen und anders verhalten können, Frau Heinold.

(Beifall FDP)

Erst recht kann man keine **Unterscheidung** bei der **Besoldungsanpassung** in den **höheren Besoldungsgruppen** machen, egal wie man das nennt. Die Schuldenbremse und die Haushaltslage sind für ein solches Vorgehen keine Begründung. Die amtsangemessene Besoldung verbietet ein Sonderopfer für die höheren Besoldungsgruppen, egal ob Sie das sozial ausgeglichen oder wie auch immer nennen. Das verbietet sich schlicht und ergreifend. Auch darüber haben Sie sich hinweggesetzt.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie ist denn die aktuelle Besoldung jetzt?)

- Die aktuelle Besoldung, sehr verehrter Herr Andresen - da Sie ja so wissbegierig sind und Sie sich die Argumentation Ihrer Finanzministerin zu eigen gemacht haben -, hat dazu geführt, dass ausgerechnet Herr Dr. Stegner - das hat ja schon einen gewissen Unterhaltungswert; das muss man einräumen - einen **Regierungsentwurf nachbessert**. Herr Stegner, selbstverständlich ist ein Parlament, und selbstverständlich sind auch regierungstragende Fraktionen frei, das zu tun. Die Art und Weise allerdings, wie Sie hier die gesamte Regierung blamiert haben, ist schon einmalig.

(Beifall FDP)

Vor dem Hintergrund, mit welcher Anmaßung Sie sich hier von den Beamtinnen und Beamten feiern lassen wollen, kann ich Ihnen nur sagen: Solange Sie es nicht geschafft haben, das Kommunikationsdesaster, das diese Landesregierung angerichtet hat, die **Demotivation**, die diese Landesregierung bei

den Beamtinnen und Beamten angerichtet hat, zu beseitigen, so lange brauchen Sie sich in diesem Parlament auch nicht feiern zu lassen, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP)

Ich will sehr deutlich sagen: Wir sind sehr froh darüber, dass zumindest die wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses in diesem Parlament jetzt ganz offensichtlich mit Mehrheit beschlossen werden soll. Die Wahrheit allerdings - -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Kai Dolgner?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Immer mit dem größten Vergnügen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Dr. Garg, ich hoffe, ich habe Sie missverstanden, dass Sie es, wenn der Gesetzgeber dieses Landes, der ja auch der Haushaltsgesetzgeber ist, einen Regierungsentwurf entsprechend verändert, als Demütigung der Regierung empfinden. Entspricht dies wirklich Ihrem Verständnis von Parlament und Gewaltenteilung?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Dr. Dolgner, das ist ein ganz reizender Versuch. Allerdings waren Sie auch schon einmal pfiffiger in Ihren Zwischenbemerkungen.

(Heiterkeit FDP)

Sie wissen ganz genau - ich möchte hier parlamentarisch bleiben -, wie sich Ihr Fraktionsvorsitzender hier gerade feiern lassen wollte, dass dieser von Anfang an angekündigt hat, es werde substantiell nachgebessert. Es bleibt im Übrigen am Ende der Regierung überlassen, wie sie das empfindet, Herr Dr. Dolgner.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ich hatte vorhin aber Sie gemeint!)

- Ich habe Ihre Zwischenfrage beantwortet, Herr Dr. Dolgner.

(Dr. Heiner Garg)

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN])

- Ach, Herr Andresen, auch Ihre bisweilen humoristischen Einlagen können ja nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie mit der Frage der Tarifübertragung und der Frage, welchen Stellenwert Sie den Landesbeamtinnen und Landesbeamten einräumen, eine große Bauchlandung hingelegt haben, die größer und schmerzhafter nicht hätte ausfallen können.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen: Die FDP-Fraktion ist froh darüber, dass den Beamtinnen und Beamten zumindest die wirkungsgleiche Tarifübertragung zuteilwerden wird. Wir bleiben nach wie vor bei unserer Auffassung: Das Einzige, was richtig gewesen wäre, wäre die zeit- und wirkungsgleiche Tarifübertragung. Dies wird sich auch in unserem Abstimmungsverhalten entsprechend widerspiegeln. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bitte begrüßen Sie mit mir die gerade wiedergewählte Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Schleswig-Holstein, Frau Anke Schwitzer. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Piratenfraktion hat nun der Herr Abgeordnete Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Daten sind genug gewechselt, lasst uns endlich Taten sehen. Wie im Vorspiel zu „Faust“ kamen sich in den vergangenen rund vier Monaten verschiedene Akteure vor: unsere Beamten, der Ministerpräsident, der SPD-Fraktionsvorsitzende und die Finanzministerin - na ja, okay, die eher nicht - und natürlich die Fraktionen der Opposition, für die eine **Übernahme des Tarifabschlusses** für die Beamtinnen und Beamten obligatorisch war. Sie haben sogar im Rahmen der Beratungen Vorschläge für deren Finanzierung gemacht und haben damit mehr geleistet als die Regierung, die sich zuerst ganz sicher war: Dieser Tarifabschluss für Beamte ist nicht zu bezahlen. Es gab also verschiedene Akteure in einem beschämenden Drama.

Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man die Geschehnisse analog zur klassischen Tragödie nachzeichnen.

Die Exposition. Noch vor wenigen Wochen erklärte Torsten Albig den protestierenden Beamten, dass es völlig unmöglich sei, den Tarifabschluss vollständig auf die Beamten zu übertragen. Getragen von dieser politischen Überzeugung soll es ihm übrigens auch viel leichter gefallen sein als seiner Kollegin Ministerin Spoorendonk, diese für einen ganzen Berufsstand unerfreuliche Botschaft zu überbringen.

Die Beamten auf der anderen Seite verstanden die Welt nicht mehr, fühlten sich von ihrem Dienstherrn verraten und verkauft, als Verfügungsmasse zur Stützung eines maroden Haushalts herabgestuft. Solide Politik, sagt die Regierung dazu.

Jetzt kommt die steigende Handlung. Denn diese solide Politik fand der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Stegner, damals schon doof. Es wird substantielle Nachbesserungen geben, versprach er, und nahm damit das Ruder in die Hand. Nicht, dass uns das gewundert hätte; schließlich steuert Herr Stegner immer da nach, wo der Ministerpräsident schlampig arbeitet.

(Beifall PIRATEN)

Augenfällig ist aber, dass er gerade und ausdrücklich beim Thema Beamtenbesoldung die Politik des Ministerpräsidenten so sehr in ihrem Gehalt infrage stellte, dass es fast schon peinlich war. Schließlich hielt Albig selbst den Beschluss seines Kabinetts für so toll, so sozial, so ausgewogen, dass jeder, der dagegen aufbegehrte, sehr schnell als illoyal bezeichnet wurde. Aber die Beamten muckten dennoch auf.

Klimax und Peripetie. Geschlossen, sachlich und begründet, so wie wir es von den **Beamten** kennen, boten sie der Regierung die Stirn - genau die Qualität übrigens, die wir an diesem Berufsstand schätzen und die ihn so unentbehrlich für unser Land macht.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Was allerdings neu war, ist das hohe Maß an **Solidarität der Kollegen** untereinander. Das kann man von den Karstadt-Mitarbeitern gegen den Unternehmer Berggruen erwarten. Das kann ich total bei den Prinovis-Mitarbeitern verstehen. Aber die Konsequenz, mit der sich die Beamten in unserem Land gegen ihren eigenen Dienstherrn, ihre an Recht und Verfassung gebundene Regierung, gestellt haben, und zwar über alle Besoldungsstufen hinweg, war

(Torge Schmidt)

beeindruckend. Ich bin ehrlich gesagt ein Stück weit froh, dass wir **PIRATEN** diesen Druck nicht brauchen, weil wir von vornherein den **vollen Tarifabschluss für die Beamten** gefordert haben.

(Beifall PIRATEN)

Da gab es für uns nie Verhandlungsmasse. Das ist und war eine selbstverständliche Pflicht. Unsere Politik war klar. Das erbärmliche Schauspiel, das die Regierung hier in den letzten vier Monaten dazu abgeliefert hat, erzeugte schon so etwas wie Fremdschämen bei mir. Ich bin ganz ehrlich.

Sie merken: Wir kommen zur Retardation. Die Regierung, die sie tragenden Fraktionen, wurden nachdenklich. **Nachbesserungen** wurden angekündigt und in Aussicht gestellt.

Was wurde letztlich erreicht? Somit kommen wir zur Lösung, dem letzten Teil unseres Dramas. Der Tarifabschluss wurde zeitverzögert übernommen. Das ist letztlich gut und richtig.

(Beifall PIRATEN)

Zurück bleiben aber verunsicherte und zum Teil auch misstrauische Beamte. Das ist das Ergebnis der Albig-Politik, die an dieser Stelle - Herrn Dr. Stegner und dem Zensus sei Dank - nicht so richtig ernst genommen werden konnte. Wir wissen spätestens jetzt, wer die Regierungshosen in diesem Land trägt. Wir haben erkannt, dass Kernaufgaben des Landes und die angemessene Besoldung unserer Mitarbeiter von dieser Landesregierung nur dann erfüllt werden, wenn sie dafür irgendwo Sondereinnahmen erhält.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, den zufälligen warmen Regen aus den Zensus-Ergebnissen können wir nicht immer neu ausgeben. Irgendwann muss die Regierung auch zeigen, dass sie regieren kann. Das hat sie bisher finanzpolitisch nicht getan.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Schon als wir seinerzeit die **Beamtenbesoldung** in einer Aktuellen Stunde beraten und auch als wir das Thema in der ersten Lesung zum Gesetzentwurf der Landesregierung debattiert ha-

ben, habe ich deutlich gemacht, dass der **Gesetzgebungsprozess** mit der ersten Lesung noch nicht beendet ist. Ich, aber auch andere Vertreter der Koalition haben immer gesagt, dass noch Änderungen am Gesetzentwurf vorgenommen werden sollten. Es ging damals darum, erst einmal herauszufinden, ob und welche Spielräume möglicherweise noch vorhanden sind.

(Zuruf Johannes Callsen [CDU])

Der Gesetzentwurf der Landesregierung war ein sehr vorsichtiger **Gesetzentwurf**, der insbesondere dem drohenden **Haushaltsnotstand** gerecht werden sollte. Es ist schon immer wieder merkwürdig, wie schnell sich Argumentationen ändern. Jede Ausgabe wird von der Opposition mit dem Hinweis begleitet, das könnten wir uns nicht leisten, weil wir vor dem Haushaltsnotstand stehen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es dann aber gerade einmal passt, geht man auf die Barrikaden und fordert Mehrausgaben, ohne mit der Wimper zu zucken. Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass dieses reflexartige Handeln der Opposition dem Ruf der Politik wirklich guttut. Etwas weniger wäre da mehr gewesen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Unglaublich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube auch nicht, dass diese oberflächliche Oppositionsrhetorik bei den Wählern oder den Beamtinnen und Beamten verfährt.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch peinlich!)

Die Landesregierung hat seinerzeit einen vorsichtigen Gesetzentwurf eingebracht, wohl wissend, dass noch weitere Diskussionen notwendig sein würden. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir die Zeit bis zur zweiten Lesung nutzen wollen, um zu sehen, ob noch mehr möglich ist. Denn auch wir sehen natürlich, dass die Mitarbeiter das wichtigste Kapital sind, das wir haben. Und auch wir schätzen die Arbeit unserer Mitarbeiter. Daran haben wir auch nie einen Zweifel gelassen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in den vergangenen Wochen intensiv mit den betroffenen Gruppen gesprochen und uns auch in den Fraktionen beraten. Gleichzeitig haben wir natürlich auch in engem Kontakt mit der Landesre-

(Lars Harms)

gierung nach einer für alle Seiten **tragfähigen Lösung** gesucht. Insofern kann man auch nicht sagen, dass sich die eine oder die andere Seite durchgesetzt hat. Es ging vielmehr darum, dass Landesregierung, Koalitionsfraktionen und Betroffene im ständigen Austausch nach einer Lösung gesucht haben. Ich bin davon überzeugt, dass die Lösung, die heute vorliegt, auch die Lösung gewesen wäre, die herausgekommen wäre, wenn wir keine Zensus-Millionen in die Kasse gespült bekommen hätten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen CDU und FDP)

Es hätte aber wahrscheinlich länger gedauert, einen Weg zu finden. Die Zensus-Millionen haben nun aber schon früh die Türen geöffnet, sodass recht frühzeitig eine Lösung möglich wurde. Dass wir nun heute die **wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses** für die Beamten beschließen werden, ist für mich eine logische Konsequenz daraus, dass wir schon in den Debatten zuvor gesagt haben, dass wir noch Spielräume nutzen wollten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, lieber Kollege Harms. - Da wir beide im Finanzausschuss sitzen und Sie gerade gesagt haben, das Ergebnis wäre auch ohne die sogenannten Zensus-Millionen herausgekommen: Sind Ihnen Äußerungen der Finanzministerin Heinoold im Finanzausschuss bekannt, dass genau das von Ihnen beschriebene Szenario finanziell überhaupt nicht abbildbar gewesen wäre, Äußerungen gegenüber dem FDP-Gesetzentwurf, dass eine wirkungs- oder zeit- und wirkungsgleiche Übertragung nicht im Haushalt hätte abgebildet werden können?

(Zuruf CDU: Da hat er gefehlt!)

Lars Harms [SSW]:

Lieber Kollege Garg, ich habe gerade eben davon gesprochen, dass ich davon überzeugt bin, dass eine solche Lösung herausgekommen wäre und dass wir nach einem Weg gesucht haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Stegner hätte das gemacht!)

Welcher Weg es denn gewesen wäre, kann ich heute noch nicht einmal mehr sagen, weil die Zensus-Millionen recht früh kamen, sodass man sich um den Weg gar nicht mehr kümmern musste.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich denke, Sie waren gar nicht da!)

Ich habe nur meine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass wir diese Lösung gefunden hätten. Das ist meine persönliche Auffassung und die Auffassung unserer Fraktion.

(Beifall SSW)

Überzeugungen, lieber Kollege Garg, darf man in diesem Hohen Hause noch haben. Wie gesagt, es ist ein Dialogprozess. Man redet eben mit der Landesregierung und mit den Betroffenen darüber und sucht nach einem Weg. Wenn Sie uns vorwerfen wollen, dass wir versucht haben, nach einem Weg zu suchen, um eben eine solche Lösung hinzubekommen, nehmen ich das mit Erstaunen zur Kenntnis. Aber wir werden es immer so machen, dass wir für Bürgerinnen und Bürger einen Weg suchen. Manchmal wird das bis zum letzten Tag versucht, um eine vernünftige Lösung hinzubekommen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Ergänzungsfrage des Abgeordneten Dr. Garg?

Lars Harms [SSW]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Harms, ich würde Ihnen mitnichten weder Ihre Überzeugung noch Ihre Ansicht noch das Kämpfen für Ihre Überzeugung vorwerfen.

Lars Harms [SSW]:

Das ist doch schön.

- Meine Frage lautete lediglich, ob Ihnen die Aussage der Finanzministerin bekannt ist.

- Lieber Kollege Garg, mir sind viele Aussagen bekannt. Sogar Ihre sind mir bekannt, und die muss ich nicht teilen. Die Finanzministerin - das habe ich vorhin gesagt - hat zusammen mit der Landesregierung einen sehr vorsichtigen Gesetzentwurf vorgelegt. Ich finde es auch in Ordnung, dass eine Regierung vorsichtig agiert und nicht gleich rausstürmt. Dass man sich dann die Zeit nimmt, gemeinsam mit den Betroffenen und den Koalitionsfraktionen nach einem vernünftigen Weg zu suchen, ist eine neue Art der Politik, die Sie vielleicht nicht aus Ihrer Regierungszeit kennen. Aber wir machen das so.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, heute haben wir nun eine **Lösung**, die die Beamten nicht nur finanziell besserstellt als die Ursprungslösung. Wir haben eine Lösung, die noch mehr Probleme löst. Da sei genannt die Erhöhung der Beihilfe, die Wiedereinführung der Jubiläumzulage und auch die Gewährung von Zulagen für bestimmte Gruppen der Beamten. All das haben wir in ein Paket gegeben, das besser ist als die Lösungen in manch anderen Bundesländern. Im bundesweiten Vergleich kann sich unsere Lösung also durchaus sehen lassen. Deshalb glaube ich, dass unsere Beschäftigten mit der wirkungsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses und den zusätzlich gewährten Leistungen sehr zufrieden sein können.

Mit dem heutigen Beschluss zeigen wir als Koalition wieder, dass wir den Dialog ernst nehmen und auf Argumente eingehen.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das setzt allerdings voraus, dass man sich auch miteinander unterhält und bereit ist, Argumente abzuwägen. Wir waren das in diesem Gesetzgebungsprozess, und wir werden das auch in unserer weiteren Regierungszeit sein. Das nehmen die Menschen draußen auch wohlwollend wahr. Das mag manch einen ärgern, mich allerdings nicht. Deshalb freut es mich, dass der Dialogprozess in Sachen Beamtenbesoldung ein gutes Ende gefunden hat. Das ist gut für das Land, gut für die Beamten und gut für die Koalition. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Heike Franzen.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Äußerungen von Frau von Kalben und Herrn Stegner haben mich doch noch einmal ans Rednerpult gebracht. Meine Damen und Herren von der Koalition, hören Sie bitte mit Ihren Märchenstunden zum Personalabbau auf.

(Beifall CDU und FDP)

Es gibt eine Vorlage aus dem Finanzministerium, die ganz deutlich macht: Der alte **Personalabbaupfad** bei den Lehrkräften betrug 3.906 abzubauen Lehrkraftstellen. Ihr Personalabbaupfad bis 2020 geht von 3.716 aus. Unterm Strich bleiben 190 Lehrkräfte mehr im System.

Beenden Sie bitte auch die Märchenstunde zur Frage der 300 Lehrkräfte. In diesem Jahr sind es genau 87.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Im nächsten Jahr war bisher ein Abbaupfad von 255 vorgesehen; Sie bauen 365 ab. Sprich: Die 87 sind spätestens im nächsten Jahr wieder futsch!

(Beifall CDU und FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wieder weg!)

Im Jahr darauf sieht der alte Abbaupfad 276 vor. Sie bauen 365 ab. Das sind noch einmal 100 mehr, als im alten Abbaupfad vorgesehen waren.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Bitte bleiben Sie bei der Wahrheit!

Besonders perfide ist - das ärgert mich ganz besonders -, dass beim alten Abbaupfad eine **Reduktion der Referendarplätze** von 275 vorgesehen war. Sie erhöhen das auf 475. Das bedeutet 200 Referendariatsplätze weniger in Schleswig-Holstein. Das erklären Sie bitte einmal unseren Studierenden in Flensburg und in Kiel. Ich bitte, dabei ein Stück mehr Ehrlichkeit an den Tag zu legen.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Tobias Koch das Wort.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

(Zuruf SPD: Ist hier CDU-Parteitag?)

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach monatelangem Hickhack und mehrfacher Nachbesserung haben Regierungsfractionen und Regierung das Gegenteil von dem erreicht, was sie ursprünglich angestrebt haben.

(Heiterkeit Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie haben nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen sich aufgebracht,

(Widerspruch SPD)

Sie haben mit dem stegnerschen Gesetzentwurf für eine strukturelle Mehrbelastung dieses Haushalts gesorgt.

(Widerspruch SPD)

Das ist das absurde Ergebnis dieses Prozesses. Wie kommt das absurde Ergebnis einer **strukturellen Mehrbelastung** zustande, die über das hinausgeht, was CDU und FDP mit einer zeit- und wirkungsgleichen Übernahme jemals gefordert haben?

Die Ministerin erzielt 2013 und 2014 Einmaleffekte durch die zeitversetzte Übernahme. Ab 2015 wirkt dann aber die wirkungsgleiche Übernahme als Basiseffekt genauso wie beim FDP-Gesetzentwurf. Das von Ihnen so gefeierte Begleitpaket kommt noch obendrauf. Ab 2015 ist dieser Gesetzentwurf Jahr für Jahr um einen zweistelligen Millionenbetrag teurer als das, was CDU und FDP die ganze Zeit gefordert haben.

(Widerspruch SPD und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ab 2015 können sich die Beamtinnen und Beamten freuen.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Das Ganze geht bis hin zu handwerklichen - -

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zu viel oder zu wenig? - Weitere Zurufe)

- Könnten Sie die Zwischenrufe abstellen?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte versuchen Sie, den Ausführungen des Abgeordneten zu folgen.

(Zuruf SPD: Das ist nicht so einfach!)

Sie haben die Möglichkeit, darauf zu erwidern, sofern Sie noch die Zeit für Redebeiträge haben. Aber bitte lassen Sie den Abgeordneten seinen Beitrag leisten. - Bitte, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Vielen Dank. - Ich hoffe, die 20 Sekunden werden mir gutgeschrieben.

Das Ganze reicht bis zu handwerklichen Fehlern. Der **Regierungsentwurf** war so dicht an der **Verfassungswidrigkeit**, dass für die Besoldungsgruppe A 14 extra eine Tabellenkorrektur eingebaut wurde. Die Beamten dieser Gruppe sollten 50 € obendrauf bekommen, um das Abstandsgebot einzuhalten.

Jetzt macht Stegner daraus die volle **wirkungsgleiche Übernahme**, vergisst aber, die Tabellenkorrektur zu streichen. Das heißt, die A-14er bekommen im nächsten Jahr 2,75 % und gesondert 50 € obendrauf.

(Heiterkeit FDP - Beifall Hans Hinrich Neve [CDU])

Gerade die, denen Sie es vorenthalten wollten, bekommen jetzt am meisten: 2,75 % plus 50 €. Was Sie hier machen, ist doch gaga!

(Beifall CDU und FDP - Zuruf SPD: Das ist nicht gaga!)

Aber unseren Referendaren - das sind keine Universitätsprofessoren - mit Einstiegsamt ab A 12, die also erst in ein paar Jahren A 12 verdienen und jetzt deutlich niedrigere monatliche Saläre beziehen, enthalten Sie die **Einmalzahlung** vor. Es hätte 142.000 € pro Jahr gekostet, auch die Referendare einzubeziehen. Diesen Menschen sagen Sie: Ihr verdient so viel; ihr braucht keine Einmalzahlung. - Das ist Ihre soziale Ausgeglichenheit.

Bei den **Pensionären** gilt das Gleiche: Auch die Pensionäre bekommen keine Einmalzahlung - unabhängig von der Besoldungsgruppe. Auch Pensionäre mit A 2, A 5 oder A 7 bekommen keine Einmalzahlung. Was Sie hier machen, ist total sozial ungerecht.

(Lebhafter Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

Ich könnte noch viel mehr erzählen. Danke, Lars Harms, für die Aufklärung, dass es mit den Zensus-Millionen überhaupt nichts zu tun hat.

(Zurufe SPD - Heiterkeit Dr. Heiner Garg [FDP])

(Tobias Koch)

Der Vorschlag wird auch ohne Zensus-Millionen so durchgesetzt.

(Beifall Serpil Midyatli [SPD] - Zuruf SPD: Genau!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Tobias Koch [CDU]:

Ich bin beim letzten Satz, Herr Präsident. - Ich könnte auch erzählen, dass die Ministerin bei den nächsten Tagungen nicht mehr dabei sein wird. Das hat der Minister so verkündet. Die Fehler des Dialogs, die es in Ihrem Hause gab, werden beim nächsten Mal nicht erneut gemacht werden. Dann sind Sie wahrscheinlich außen vor, Frau Heinold. Beim nächsten Mal macht das Herr Stegner von vornherein allein. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN - Zuruf SPD: Unverschämtheit!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das steht alles in der nächsten „taz“! Mit Tabellen, Zahlen und allem Drumherum! - Zuruf SPD: In der „taz“?)

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war gerade wieder ein Beitrag von Herrn Koch mit dem „kritischen Schlingerkurs“. Zu viel oder zu wenig? - Sie können sich nicht entscheiden, was Sie uns vorwerfen wollen. Das ist nicht stringent, Herr Koch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe FDP: Oh!)

Ich melde mich zu Wort, weil ich kurz auf die Ausführungen von Frau Franzen eingehen möchte.

(Wortmeldung Tobias Koch [CDU] - Heiterkeit)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Immer sehr gern.

Tobias Koch [CDU]: Frau Kollegin Erdmann, würden Sie es als stringent bezeichnen, dass wir Ihnen am Anfang vorgeworfen haben, weniger zu tun, als wir gefordert haben, und Ihnen jetzt vorwerfen, mehr zu tun, als wir gefordert haben?

(Lachen SPD)

- Sie sind sich insgesamt nicht einig, ob Sie uns vorwerfen wollen, dass wir zu spendabel im gesamten Haushaltsgeschehen sind, oder ob wir insgesamt zu großzügig sind. Das zieht sich durch alle Punkte Ihrer Kritik an der Regierung hindurch. Ich finde das nicht stringent.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich möchte kurz auf die Ausführungen von Frau Franzen eingehen. Sie haben gesagt: Man muss da auch mal ehrlich bleiben. - Ich bin jetzt ganz ehrlich und sage: Sie können sich auf den Kopf stellen und La Paloma pfeifen,

(Heiterkeit Serpil Midyatli [SPD])

in diesem Moment sind 300 **Lehrerstellen** mehr im System als Sie geplant haben. Wir bauen zum Sommer genauso viele ab, wie Sie abgebaut hätten.

(Christopher Vogt [FDP]: In diesem Moment! - Anita Klahn [FDP]: In diesem Moment aber nur! - Zuruf CDU: Zu Beginn der Sommerferien! - Heiterkeit CDU und FDP)

- In diesem Schuljahr, darum geht es. - Wir bauen so viele ab, wie Sie auch abgebaut hätten. Es sind mehr Lehrstellen im System. Das wollen Sie nicht hören, aber so ist es.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zur Frage der **demografischen Rendite**: Sie haben nicht nur die demografische Rendite komplett herausgenommen. Wir lassen sie zur Hälfte für qualitative Steigerungen im System. Das ist ganz klar.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Sie sollten mal lieber zuhören, weil Sie auch nicht rechnen können, Herr Vogt.

(Christopher Vogt [FDP]: Es ist schon viertel vor 11; gleich sind Ferien! - Weitere Zurufe - Glocke Präsident)

(Anke Erdmann)

Zwei Punkte kommen noch hinzu. Erstens. Für den Bereich Kita muss man das für den Bildungsbereich noch einmal drauflegen. Wir haben nicht nur die demografische Rendite zur Hälfte im System belassen, sondern wir sagen auch: Es geht wesentlich mehr in den Bereich U3. Wir geben den Hochschulen eine Extraspritze. Damit muss man sich überhaupt nicht verstecken, Frau Franzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner, das Wort.

(Zuruf FDP: Oh!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch vier Bemerkungen machen.

Erstens bin ich wirklich fasziniert, wie stark überraschend es für Sie ist, dass dieses Parlament seine Arbeit tut. Das ist so überraschend, dass Sie das in der Form hier ausleben, dass Sie uns schon fast in piratenhafter Form die Unterschiedlichkeit der CDU-Fraktion darbieten. Es ist ein großes Schauspiel am letzten Tag vor den Ferien, dass Sie sozusagen zwei Redner und drei verschiedene Meinungen unmittelbar hintereinander und mit gleichem Temperament darstellen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das finde ich wirklich faszinierend. Glückwunsch dazu, machen Sie weiter so, dann bleiben Sie lang in der Opposition!

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Zweitens. Zur Wiederholung muss immer gesagt werden - Kollegin Erdmann hat sich zu diesem Schuljahr schon geäußert -, und ich erinnere daran, dass die Vereinbarung im Gegensatz zu Ihren Wünschen immer so lautet, dass wir gesagt haben: Die **demografische Veränderung** wird bei uns nicht komplett gestrichen - das war übrigens die CDU-Planung nach der Großen Koalition -, sondern bei uns bleibt die Hälfte für Verbesserungen der Qualität im System. Das ist notwendig für die Schulen in diesem Land. Das werden wir tun. Das ist der Unterschied.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt doch einfach nicht!)

Drittens. Damit Sie hier keine Gegensätze konstruieren, die nicht da sind - die **Regierung** hat einen **vorsichtigen Gesetzentwurf** eingebracht. Natürlich haben die Zensus-Ergebnisse geholfen, das zu erreichen. Das ist doch gar keine Frage! Da gibt es keinen Widerspruch. Das hat von uns auch niemand bestritten.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem - das hat auch der Kollege Harms bestätigt - haben wir gesagt: Es muss **substanzielle Veränderungen** geben. Wenn Sie das sensationell finden, wirft das ein bezeichnendes Licht darauf, wie die Regierung der schwarz-gelben Koalition mit ihren Parlamentariern umgegangen ist - ein bezeichnendes Licht!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Konstruieren Sie keine Widersprüche zur Regierung - die gibt es nicht -, zu dem, was Finanzministerin Heinold vorgetragen hat! Natürlich ist es Aufgabe des Parlaments, die Spielräume, die man hat, zu nutzen, und es ist deutlich leichter geworden. Das ist doch gar keine Frage.

Viertens. Es ist schon sehr lustig: Da kommt man am Ende zu einem guten Ergebnis, von dem die Beamtinnen und Beamten wirklich etwas haben. Sie haben gedacht, jetzt komme einmal die große Stunde der Opposition. Jetzt müssen Sie noch irgendeinen Grund finden, dagegen stimmen zu können. Da dachte man: Vielleicht ist es ja die zeitgleiche Übertragung. Die würde übrigens mehr kosten. Aber nein, Sie stören sich an den **Begleitmaßnahmen**, die gerade für die unteren Besoldungsgruppen wirken, und Herr Koch stellt sich hier hin und tut so, als sei er der Sozialpolitiker der Fraktion.

Das ist wirklich sehr komisch, gute Komödie, Herr Koch. Aber am Ende stimmen Sie unserem Entwurf zu. Das ist ein vernünftiger Gesetzentwurf. Machen Sie mit! Das ist gut für die Menschen in diesem Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann hat jetzt für die Landesregierung Frau Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Man muss die Menschen hier wirklich für bescheuert halten! Die streichen 300 Lehrerstellen! - Unruhe)

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Koch, wir haben eben schnell versucht zu klären, ob der Fehler bei A 14 im Gesetz tatsächlich drin ist, nachdem das Parlament das verändert hat. Nach unserer jetzigen Kenntnis nicht. Sollte es so sein - das ist nicht gewollt -, wird man das miteinander besprechen und eventuell korrigieren müssen. Wir müssen jetzt noch einmal genau überprüfen, ob das, was wir vorgesehen hatten, das hier anders war, und das, was das Parlament jetzt macht, noch zusammenpasst, damit es nicht gerade bei A 14 mehr gibt als gedacht. Sollte das so sein, wird man das miteinander korrigieren. Bisher gehen wir davon aus, dass das nicht so ist, aber ich kann es nicht ganz ausschließen. Insofern gut, dass immer jemand aufpasst.

(Zurufe Tobias Koch [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

- Schön, wenn das schon im Ausschuss thematisiert worden wäre.

(Zurufe - Glocke Präsident)

- Ich gehöre der Regierung an und nicht dem Parlament. Wir befinden uns in der zweiten Lesung und diskutieren gerade über **Nachbesserungen des Parlaments** - falls Sie das mitbekommen haben.

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben sich nach der Anhörung im Finanzausschuss und nach intensiven und konstruktiven Gesprächen mit den Gewerkschaften auf eine **wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses** für alle Beamtinnen und Beamten verständigt.

(Unruhe)

- Gibt es noch Stress bei Ihnen?

(Christopher Vogt [FDP]: Bei Ihnen gibt es Oberstress!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort. - Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Vielen Dank. - Ich habe in den zahlreichen Debatten, die wir zu dem Thema mittlerweile geführt haben, immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass die Landesregierung volles Verständnis für die Forderung nach einer zeit- und wirkungsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses hat, dass sich die Besoldungs- und **Versorgungsanpassung** aber zugleich wie alle anderen Ausgaben auch an den **Vorgaben der Schuldenbremse** orientieren muss.

Haushaltskonsolidierung einerseits und verdiente Besoldungserhöhung für unsere Landesbediensteten andererseits, das ist der Spagat, den wir zu vollführen haben und der im Vorschlag der Landesregierung seinen Niederschlag fand.

Seit der Einbringung des Gesetzentwurfs hat sich der **Spielraum** für eine **Entlohnung** unserer Landesbediensteten erfreulicherweise erweitert. Durch das Zensus-Ergebnis hat Schleswig-Holstein künftig jährlich strukturell 50 Millionen € bis 60 Millionen € an zusätzlichen Einnahmen. Daraus lässt sich die von den Koalitionsfraktionen beschlossene strukturelle Mehrbelastung von 15 Millionen € gut finanzieren. Substanzielle Veränderungen heißen nicht automatisch wirkungsgleich. Glauben Sie mir, diese Lösung hätte es mit mir ohne Zensus nicht gegeben.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe)

- Es gibt keinen Konflikt, Herr Kubicki.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort. - Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Meine Damen und Herren, 2013 werden wir die zusätzlichen Kosten im Haushaltsvollzug erwirtschaften und 2014 innerhalb der geplanten Eckwerte finanzieren. Damit hat die Landesregierung etwas zur **Finanzierung** gesagt. Die CDU sagt immer nur: „Sparen Sie an anderer Stelle“, aber nennt nie ein Beispiel. Darauf zu spekulieren, dass wir bei den Zinsen weniger ausgeben, und dann zu sagen,

(Ministerin Monika Heinold)

das sei der eigene Sparbeitrag, ist ein bisschen zu dünn, Herr Koch.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Tobias Koch [CDU]: Frau Ministerin, als es um den Flutopferfonds ging, haben Sie ausgeführt, dass die potenziell 140 Millionen €, die Schleswig-Holstein einbringen müsste, als Spielraum im Haushalt dank günstiger Zinssituation glücklicherweise vorhanden seien.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt ja!)

- Das stimmt auch; das haben auch wir als CDU-Fraktion immer so gesagt. Geben Sie mir recht, dass, bevor die Flutkatastrophe eingetreten ist, dieser Spielraum auch für eine zeitgleiche Übernahme des Tarifabschlusses hätte genutzt werden können?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Genau das habe ich eben gesagt. Ich habe gesagt: Wenn Sie vorschlagen, Zinsmittel zu nehmen, ist dies kein Sparbeitrag, sondern Sie nehmen Mittel, die sonst nicht ausgegeben und den Haushalt entlasten würden. Das ist keine Sparmaßnahme, Herr Koch.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Oder die Sie anders ausgeben!)

Man kann es finanzieren, aber es ist kein Sparbeitrag.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Nein, ist es nicht. Freuen Sie sich, dass wir nicht alles so verplant haben, wie Sie es bisher verplant haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dann wäre es für uns deutlich schwieriger gewesen, sofort Hilfe zuzusagen.

Meine Damen und Herren, die erwartete Einnahmeerhöhung aus dem Zensus wird ab 2015 für die Besoldungsanpassung eingestellt. Das Verhandlungsergebnis bleibt damit im Rahmen des Möglichen, den wir als Koalition gemeinsam abgesteckt haben.

Dadurch dass wir im Vergleich zu einer zeitgleichen Übernahme des Tarifergebnisses rund 75 Millionen € sparen oder nicht ausgeben, enthält das Ergebnis noch immer einen erheblichen solidarischen Beitrag unserer Beamtinnen und Beamten zur Konsolidierung des Landes. Das verdient - wie ich finde - ganz besondere Anerkennung.

Meine Damen und Herren, der nunmehr in zweiter Lesung vorliegende Gesetzentwurf bestätigt zweierlei: Er bestätigt zum einen, dass ein Gesetz - wie es Peter Struck einmal ausgedrückt hat - das Parlament niemals so verlässt, wie es eingebracht wurde. Das ist etwas anderes, als wenn ein Parlament eine Regierung demütigt. Zum anderen - das sage ich ausdrücklich in Richtung derjenigen, die bereits den ersten **Gesetzentwurf der Landesregierung** vor schnell als „Besoldungsdiktat“ bezeichnet haben - gab es tatsächlich einen Dialog. Damit bestätigt der Gesetzentwurf, dass der Begriff Dialog für die Landesregierung, für die Koalition keineswegs nur eine leere Worthülse ist. Im Gegenteil, der jetzige Gesetzentwurf ist gerade das Produkt eines äußerst konstruktiven Dialogs mit den Gewerkschaften, mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit den im Finanzausschuss hinzugezogenen Sachverständigen.

Herr Koch, ein konstruktiver Dialog, den Sie so vielleicht nicht kennen, kann hart in der Sache sein. Er ist fair geführt worden. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Bitte schön.

Tobias Koch [CDU]: Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass sich der Ministerpräsident vor wenigen Tagen beim Deutschen Beamtenbund für die gravierenden Fehler in diesem Dialogprozess entschuldigt und zugesichert hat, dass es Derartiges nicht wieder geben wird?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Wenn Sie das so sagen, wird es stimmen. Auch ich habe davon gehört. Das ist völlig in Ordnung. Ich weiß nicht, was Sie jetzt damit ausdrücken wollen.

(Beifall, Heiterkeit und Zurufe)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird dem Parlament immer wieder Vorschläge unterbreiten, welche den Konsolidierungskurs des Landes unterstützen. Das Ergebnis des Zensus hat es diesmal möglich gemacht, eine von der Landesregierung ursprünglich geplante strukturell wirkende Kostenbegrenzung nicht umsetzen zu müssen. Das freut unsere Beschäftigten, das freut aber auch uns als Arbeitgeber, Arbeitgeberin. Denn es verbessert die Ausgangslage für unser Land, qualifiziertes Personal an uns zu binden und im Wettbewerb mit den anderen Ländern zu bestehen.

Der nun vorliegende Gesetzentwurf schließt nahtlos an unser Maßnahmenpaket an, das wir zur Steigerung der **Attraktivität des öffentlichen Dienstes** bereits hier miteinander beraten haben. Mit der Besoldungserhöhung in den Jahren 2013 und 2014 ist Schleswig-Holstein gut aufgestellt. Als attraktiver Arbeitgeber müssen wir den Vergleich zu anderen Ländern nicht scheuen.

Das Verfahren beim Besoldungsgesetz hat gezeigt: Die rot-grün-blaue Koalition nimmt ihr Dialogversprechen ernst. Sie sucht das Gespräch mit den Menschen. Sie ist bereit für den Kompromiss. Argumente werden abgewogen, was möglich ist, wird umgesetzt.

(Zurufe CDU)

- Herr Koch, ich weiß, dass Ihnen das alles ein bisschen schwerfällt, weil Sie das in der Form nicht kennen, aber für uns ist Dialog Dialog und Kompromiss Kompromiss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD - Christopher Vogt [FDP]: Sie schaffen es noch nicht mal, über den Gesetzentwurf zu reden! - Weitere Zurufe)

Als Finanzministerin sage ich: Solange sich die Beschlüsse der Koalition im Rahmen des Konsolidierungskurses bewegen, ist auch für mich alles gut.

(Christopher Vogt [FDP]: Toller Dialog!)

Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf ist ein fairer **Kompromiss** zwischen **Konsolidierung** und Tarifbeziehungsweise **Besoldungserhöhung**. Schade, dass die Opposition auf stur schaltet und noch immer an der Maximalforderung festhält, weitere

75 Millionen € auszugeben. Es wäre schön gewesen - -

(Zuruf: Einmal!)

- Ja, einmal, aber 75 Millionen € einmal sind auch Geld.

(Tobias Koch [CDU]: Sie belasten strukturell über mehrere Jahre!)

- Ich sage nicht, dass das strukturell ist.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Ich sage, Sie wollen heute 75 Millionen € einmalig mehr ausgeben als wir. Dazu sollten Sie jetzt auch stehen und nicht so tun, als sei das nicht so.

(Tobias Koch [CDU]: Ja!)

Ich sage: Schade, alle haben sich bewegt. Es wäre schön gewesen, wenn wir zum Schluss vielleicht auch Ihre Sturheit in etwas Kompromissbereitschaft hätten umwandeln können und zusammengestanden hätten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch? - Bitte schön, Herr Koch.

Tobias Koch [CDU]: Ich würde Sie gern auf den Unterschied aufmerksam machen wollen, Frau Ministerin, dass die zeitgleiche Übernahme ein **Einmaleffekt** von 75 Millionen € in den Jahren 2013/2014 ausmacht, bei dem wir immer der Auffassung waren, der Spielraum sei dafür auch vorhanden. Der Gesetzentwurf, so wie ihn die Regierungsfractionen verändert haben - abweichend von Ihrem Entwurf - führt ab 2015 Jahr für Jahr in alle Zeit hinaus zu einer **strukturellen Mehrbelastung** im zweistelligen Millionenbereich. Diese Einsparung durch den Einmaleffekt werden Sie bis 2020 schon wieder vollständig durch Ihre strukturellen Mehrausgaben ausgegeben haben.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Sehr geehrter Herr Koch, erstens müssten wir die 75 Millionen € wahrscheinlich 50 Jahre lang verzinsen. Zweitens ist es ab 2015 kein zweistelliger Betrag, sondern nach meiner Erinnerung sind das ungefähr 8 Millionen €. Drittens ist in diesem Betrag unter anderem ein Beförderungspaket enthalten. Das halte ich für zwingend notwendig, wenn

(Ministerin Monika Heinold)

wir den öffentlichen Dienst attraktiver machen wollen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es sind Zulagen enthalten, Zulagen insbesondere für diejenigen, die im Hamburger Rand wenig verdienen. Aber ich freue mich, dass Sie es richtig verstanden haben, so wie ich es auch gesagt habe: Die 75 Millionen € sind einmalig. Aber nur, weil Sie die Ausgabe einmalig fordern, ist das dennoch Geld, was wir uns erst von der Bank holen müssen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, SSW und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die verabredete Redezeit um 3 Minuten überzogen. Das steht auch den Fraktionen zu.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das passt ja!)

Das Wort für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich ausdrücklich betonen, Frau Ministerin Heinold, dass ich sehr froh bin, dass das Finanzministerium von Ihnen geführt wird und nicht von dem Kollegen Stegner, weil ich bei Ihnen zumindest immer das Bemühen sehe, unterhalb der Schuldengrenze mit den finanzpolitischen Herausforderungen fertigzuwerden, die vor diesem Land liegen.

Selbstverständlich, Frau Ministerin, wäre die Finanzierung der Anhebung der Beamtenbesoldung über die **Zinersparnisse** nicht geeignet, den Schuldenberg unterhalb des Pfades weiter abzuschmelzen. Aber wir hätten keine strukturellen Mehrausgaben, weil wir auf diese Art und Weise strukturelle Mindereinnahmen haben. Wenn Sie die 40 oder 50 Millionen €, die Sie durch Zinersparnisse jedes Jahr generieren, verwenden würden, um die Schulden herunterzufahren, wäre das in Ordnung. Sie geben sie aber nur anders aus.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Zuruf: Noch nicht!)

Ich habe großes Verständnis dafür. Wir wären sicher auch, wären wir an der Regierung, richtig froh

gewesen, hätten wir durch eine Vorverlagerung des Zensus einen Teil des Drucks von unseren Sparbemühungen nehmen können. Aber das sei dahingestellt. Das ist in diesem Fall nicht das Glück des Tüchtigen, sondern die Gnade Gottes, die hier über dieser Regierung ihr Füllhorn ausschüttet.

Was ich besonders bemerkenswert finde, sind Beiträge von Lars Harms und dem Genossen Stegner, die darauf hinauslaufen, man mache als Haushaltsgesetzgeber ein Gesetz im Parlament, und hinterher kommt etwas anderes heraus als vorher reingekommen ist. Als wir mit der **Haushaltsstrukturkommission** angefangen haben, unsere Vorschläge an den Markt der Meinungen zu bringen - da gab es noch nicht einmal ein Gesetzgebungsvorhaben -, da gab es einen wilden Aufschrei nach der Devise, der Untergang des Abendlandes fände statt. Sie erwarten dann andererseits, dass wir dann immer Händchen haltend hier stehen und warten, bis die Regierungskoalition sich auf ein Ergebnis geeinigt hat, bevor wir am parlamentarischen Prozess teilnehmen. Das kann nicht sein. Das müssen Sie eigentlich auch akzeptieren.

Was mich eigentlich bewogen hat, ans Rednerpult zu treten, sind die dauerhaft vorgetragenen Unwahrheiten des Kollegen Dr. Stegner. Ich sage Unwahrheiten, weil ich davon ausgehe, dass er es nicht besser weiß. Deshalb ist es eine Unwahrheit. Denn wenn er es besser wüsste und trotzdem wieder behauptete, wäre es eine Lüge.

Eine Vorlage aus dem Finanzministerium, die allen Beteiligten zur Verfügung gestellt werden und zugehen kann, weist aus, dass der **Stellenabbau** im Bereich der **Lehrer** von der Koalition von CDU und FDP bis zum Jahr 2020 auf 3.906 angewachsen wäre und der Stellenabbau der Koalition bis zum Jahr 2020 auf 3.716 aufwächst.

Herr Kollege Dr. Stegner, vielleicht würden Sie mir zuhören: Wenn Sie glauben, dass die Differenz von 190 die Hälfte der demografischen Rendite ist, dann tun Sie mir wirklich leid, weil die demografische Rendite tatsächlich um den Faktor 20 höher liegt als hier ausgewiesen.

Schlimmer aber ist - Frau Franzen hat darauf hingewiesen -, dass in den Zahlen die Referendarstellen enthalten sind. Da Sie aber 200 Referendarstellen mehr abbauen als wir, werden Sie erleben, dass Sie am Ende des Tages - im Jahr 2020 - definitiv mehr Lehrerstellen abbauen als es CDU und FDP je getan hätten.

(Beifall FDP und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Das dokumentieren wir jetzt überall. Ich habe die Vorlage hier, Sie können sie sich gern ansehen. Sie haben sie ja auch erhalten. Das dokumentieren wir jetzt überall, weil wir nicht mehr bereit sind, diese polemischen Äußerungen von Ihnen, Herr Dr. Stegner, hinzunehmen, die auf Unwahrheiten basieren, von denen Sie zumindest jetzt wissen, dass es Unwahrheiten sind. Behaupten Sie das künftig weiter, wäre es eine Lüge. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/816 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie zwei Abgeordnete der Piratenfraktion. Wer gegen diese Vorlage stimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und drei Mitglieder der Piratenfraktion. Wer enthält sich bei diesem Gesetzentwurf? - Das sind die Mitglieder der FDP-Fraktion.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/820. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 18/820 abzulehnen. Wer so, wie der Ausschuss das empfohlen hat - also die Ablehnung - beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer für die Annahme des Antrags der FDP-Fraktion, also gegen die Empfehlung des Finanzausschusses ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW so, wie der Finanzausschuss vorgegeben hat, abgelehnt worden. Das ist ein bisschen kompliziert, aber im Ergebnis hat der Antrag keine Mehrheit bekommen.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Bitte schön.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident, ich wäre dankbar, wenn Sie feststellen würden, in welcher Konstellation die Ablehnung dieser Beschlussvorlage hinsichtlich des FDP-

Gesetzentwurfs vorgenommen worden ist, nämlich mit den Stimmen von CDU, FDP und der Piratenfraktion. Diese Feststellung haben Sie unterlassen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Diese Feststellung hole ich gern nach, Herr Abgeordneter. Die Ablehnung erfolgte gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion der PIRATEN. Das wird im Protokoll so festgehalten. Herzlichen Dank für die Erinnerung.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 36:

Ehegattensplitting auch für eingetragene Lebenspartnerschaften

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/924](#)

Völlige Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften in allen Lebensbereichen

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/939 \(neu\)](#)

Ehegattensplitting auch für eingetragene Lebenspartnerschaften

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/940](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das sehe ich nicht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Simone Lange von der SPD-Fraktion.

Simone Lange [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, insbesondere nach dieser intensiven Debatte, zwei kleine Feststellungen: Der 6. Mai 2012 war ein guter Tag für Schleswig-Holstein, und der 7. Mai 2013 war ein guter Tag für die Gleichstellung, denn an diesem Tag hat das Bundesverfassungsgericht einen Beschluss gefasst, dessen Tragweite sich erst noch entfalten wird.

(Simone Lange)

(Beifall SPD, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Kurz und knapp, aber deutlich, stellt das Bundesverfassungsgericht fest:

„Die Ungleichbehandlung von Verheirateten und eingetragenen Lebenspartnern in den Vorschriften der §§ 26, 26 b, 32 a Abs. 5 EStG zum Ehegattensplitting ist mit dem allgemeinen Gleichheitssatz des Artikel 3 Abs. 1 GG nicht vereinbar.“

(Beifall SPD, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die **steuerliche Gleichstellung der Lebenspartnerschaften** mit der Ehe ist damit entschieden. Dass die Bundesregierung mit dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf handeln musste, war quasi alternativlos. Der Gesetzentwurf kam schnell und ist doch weniger als halbherzig. Er beinhaltet gerade einmal das, was das Urteil verlangt und zielt auf alle noch nicht bestandskräftig festgesetzten Einkommensteuerfälle ab. Gerecht ist etwas anderes. Deshalb gibt es einen Gesetzentwurf der SPD im Bundestag, der nicht nur rückwirkend, sondern auch umfassend für alle bereits bestandskräftigen Steuerfestsetzungen meint und fordert, dass diese zu ändern sind.

So wie wir weiter auf eine **echte steuerliche Gleichstellung** der Lebenspartnerschaften warten müssen, lässt auch die **Gleichstellung mit der Ehe** auf sich warten. Längst hätte die Bundesregierung politischen Zeichen setzen können, längst hätte die Bundesregierung alles dafür in die Wege leiten können, was für eine Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der heterosexuellen Ehe notwendig gewesen wäre.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass sie das nicht getan hat, unterstreicht, dass die Bundesregierung zwischen beidem nach wie vor einen Unterschied macht und dass es eben nicht - wie immer wieder angeführt - um die Lösung eines juristischen Problems geht. Nein, es geht darum, Menschen in einen Kontrast zu stellen, den es nicht gibt und nicht geben darf. Ob hetero- oder homosexuell, alle Partnerschaften müssen in allen Bereichen des Lebens gleichgestellt sein.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Den gewissen Unterschied zwischen Lebenspartnerschaften und der Ehe gibt es nicht. Also steht ihrer Gleichstellung auch nichts im Weg - außer der schwarz-gelben Bundesregierung. Ja, die schwarz-gelbe Bundesregierung ist ein Hindernis auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Wolfgang Baasch [SPD]: Nicht nur da!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Begriff „Dänenampel“ ist plump, wir haben ihn oft gehört. Aber an dieser Stelle möchte ich sagen: Lieber eine wegweisende Dänenampel im Land als ein schwarz-gelbes Absperrband im Bund. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht - das haben wir eben gehört; und das war auch zu erwarten - hat ein Urteil zur **steuerlichen Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften** oder eingetragenen Lebenspartnerschaften gesprochen. Die steuerliche Gleichstellung mit der Ehe, also der Anspruch auf die steuerliche Zusammenveranlagung, besteht ab sofort.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung liegt nun vor. Die **Änderung des Einkommensteuergesetzes** mit dem Zweck, einkommensteuerrechtliche Vorschriften auf die Lebenspartnerschaften auszuweiten, liegt vor.

Am 11. Juni 2012 gelangte dieser Gesetzentwurf in den Fraktionen zur Abstimmung, und am Tag darauf, am 12. Juni 2013, wurde er vom Kabinett verabschiedet. Am Freitag, dem 14. Juni 2012, fand die erste Lesung im Bundestag statt. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusehen, dass wahrscheinlich Ende Juni 2013 das entsprechende Gesetz den Bundestag passieren wird.

Damit ist die steuerliche Gleichstellung von Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften Realität

(Katja Rathje-Hoffmann)

in Deutschland. Zugegeben, wir als Union - das muss man auch einmal kritisch sehen - haben uns viel Raum für die Diskussion zu diesem Thema gegeben, auf Bundesparteitagen, auf Landesparteitagen - Herr Stegner -; wir diskutieren auf Kreisparteitagen, auf Mitgliederversammlungen, in unseren Vereinigungen, mit anderen Parteien, bei Podiumsdiskussionen, mit Freunden und Bekannten, mit Jungen und Alten, und nicht zuletzt auch in der eigenen Familie.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, jetzt muss ich einmal den Berliner Bürgermeister zitieren: Das war auch gut so! Diese Diskussion war ehrlich und im Sinne der Gleichstellung erfolgreich. In diesen Diskussionen ist es uns als Gesellschaft gelungen, miteinander ins Gespräch zu kommen und die unterschiedlichen und verschiedenen Argumente auszutauschen. Als Beispiel möchte ich nennen, dass Ende letzten Jahres noch rund 60 % der Delegierten der CDU auf dem Bundesparteitag gegen die steuerliche Gleichstellung waren. Ich glaube, das Ergebnis würde bei einer heutigen Abstimmung ein anderes sein. Die größere Zahl unserer CDU-Mitglieder würde sich heute unserer Meinung nach für die steuerliche Gleichstellung aussprechen. Das ist das Ergebnis davon, dass wir miteinander sprechen.

Die meisten Menschen brauchen Zeit und Raum, um neue Gedanken zu erfassen und Argumente aufzunehmen und auszutauschen. Das ist uns wichtig. Das bedeutet aber nicht automatisch, dass nun alle komplett einer Meinung sein oder alle ihre Meinung ändern müssen. Es gibt immer noch einige Vorbehalte, vor allem in unserer Schwesterpartei, in der CSU, und auch an der Spitze der katholischen Kirche. Es ist aus unserer Sicht auch völlig in Ordnung, sich das Recht herauszunehmen, eine andere Meinung zu haben.

Mit unserem Änderungsantrag sprechen wir uns heute nach langen, manchmal zähen und intensiven Diskussionen für die **steuerliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften** mit der Ehe aus. Die damit verbundenen Kosten zur Übertragung des ansonsten von Ihnen so stark kritisierten **Ehegattensplittings** belaufen sich für 2014 für 34.000 Lebenspartnerschaften auf etwa 40 Millionen € und für die rückwirkende Gleichstellung bis 2001 auf etwa 175 Millionen €. Wir wollen und werden das leisten, weil wir das Ehegattensplitting auch künftig erhalten wollen - im Gegensatz zu Sozialdemokraten, Grünen und anderen Parteien.

Zurückhaltung werden wir vorerst beim Adoptionsrecht für gleichgeschlechtlich eingetragene Lebenspartnerschaften üben, beim vollen **Adoptionsrecht**. Hier gibt es bei uns noch großen Diskussionsbedarf, im Übrigen nicht nur allein bei uns, sondern dem Vernehmen nach auch in Teilen der SPD und sogar bei den Liberalen. Ich verweise hier mit Verlaub auf den Gesetzentwurf der SPD. Dieser Gesetzentwurf im Bundestag beinhaltet das nämlich nicht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen?

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter,

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Frau Kollegin. Ich habe auch großen Respekt - ich sage das, weil das vielleicht bei dem Zwischenruf eben anders klang - davor, dass Parteien in Diskussionsprozessen ihre Meinung weiterentwickeln. Das ist ein guter Prozess in allen Parteien, nicht zuletzt auch in meiner Partei. Ich will Ihnen auch zugestehen, dass die **Frage des Adoptionsrechts** vielleicht noch einmal eine andere ist. Dazu könnte man sich - das ist meine Anmerkung und Meinung - auch als Union vielleicht inzwischen durchringen.

Aber ich finde, eine Sache ist besonders auffällig in dem Gesetzentwurf, der in der nächsten Woche im Bundestag verabschiedet werden soll: Und zwar werden bei den eingetragenen Lebenspartnerschaften die Kinderfreibeträge gleichgestellt, beim Kindergeld gilt das jedoch nicht. Deshalb würde mich interessieren, auch wenn man das direkt aus Ihrem Antrag nicht herauslesen kann, ob Sie dort als schleswig-holsteinische CDU etwas weiter sind als die Koalitionsfraktionen im Bund. Wären Sie auch bereit, beim Kindergeld gleichzustellen, oder ist das für Sie sozusagen auch noch ein Unterschied?

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Nein, ich glaube nicht. Dazu müssen wir noch einmal miteinander ins Gespräch kommen. Beim Kindergeld sollte es keine Unterschiede geben, Herr Kollege. Das sehe ich genauso wie Sie. Da müssen wir miteinander reden. Vielleicht wird es nach dem einen oder anderen Gespräch auch noch die eine oder andere Nachbesserung geben. Das hoffe ich. Gerade bei Kindern ist mir das auch wichtig. Vielen Dank für den Einwand.

Wir brauchen Zeit und Raum. Ich glaube, problematisch ist es ein wenig, dass wir jetzt etwas überhitzt ein Gesetz auf den Weg bringen müssen. Wir brauchen Zeit und Raum für Diskussionen, um uns zu beraten. Ich glaube, diese Beratungszeit sollten wir uns nehmen. Wir sollten unsere Argumente weiter austauschen, nichts übers Knie brechen und die Sache vernünftig durchbringen. Das ist uns wichtig, und deshalb stehen wir zu dem Gesetzentwurf der christlich-liberalen Koalition im Bundestag und werden das so begrüßen. Für weitere Verhandlungen sind wir offen. Der Dialog - ich benutze einmal dieses Wort - oder dieses Gespräch miteinander tut uns allen gut, Herr Stegner. Das sehe ich auch. Aber wir sollten das auch nicht strapazieren. - Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne 15 Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei - Seniorinnen und Senioren -, 20 Mitglieder der Gesellschaft für Paritätische Soziale Dienste und elf Personen vom Berufsbildungszentrum Schleswig. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diskriminierung abzubauen, sollte uns allen ein Anliegen sein. Dazu gibt uns das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts heute die Gelegenheit. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass eingetragene **Lebenspartnerschaften im Einkommensteuerrecht** mit der Ehe gleichzustellen sind. Damit bestätigt sich aus grüner Sicht eine alte Forderung: gleiche Rechte für gleiche Pflichten. Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in

der Werte wie Freiheit, Toleranz und Respekt eine Rolle spielen, und zwar nicht irgendeine blasse Nebenrolle, sondern eine bunte, kräftige Hauptrolle.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Doch was macht die CDU? Sie wird zur Getriebenen der Justiz und erstarrt vor lauter Schreck.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Oh!)

Gleiche Rechte für Lesben und Schwule bei der Hinterbliebenenrente? - Die CDU sagt Nein, die Justiz sagt Ja. Gleiche Rechte bei der Erbschaftsteuer? - Die CDU sagt Nein, die Justiz sagt Ja. Gleiche Rechte beim Familienzuschlag? - Die CDU sagt Nein, die Justiz sagt Ja. Gleiche Rechte bei der Grunderwerbsteuer? - Die CDU sagt Nein, die Justiz sagt Ja. Gleiche Rechte beim Adoptionsrecht? - Die CDU sagt Nein, die Justiz sagt Ja. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht es - ich zähle zusammen, Frau Kollegin Franzen - 6:0 gegen Sie. 6:0 gegen die CDU beim Thema Gleichstellung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Hallo, CDU, merken Sie noch etwas? Bitte aufwachen! Beteiligen Sie sich daran, unsere Gesellschaft ein bisschen moderner und gerechter zu machen. Und nicht immer auf die Gerichte warten! Das wäre schade.

Was den **Familienzuschlag** angeht, freue ich mich, dass wir uns in den Koalitionsverhandlungen mit unseren Bündnispartnern einig geworden sind, dass er rückwirkend zum 1. August 2001 gezahlt wird.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit ist Schleswig-Holstein beim Minderheitenschutz einmal mehr Vorbild, und das ist auch gut so, um das Zitat aufzugreifen, liebe Kollegin Heike Franzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit dem 1. August 2001 - Frau Kollegin Rathje-Hoffmann, das stimmt -, können gleichgeschlechtliche Paare eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen. Seitdem übernehmen viele Frauen und Männer in ihrer Partnerschaft Verantwortung, wenn eine oder einer arbeitslos oder krank wird. Der 1. August 2001 ist fast zwölf Jahre her. Es ist höchste Zeit, dass der Landtag heute ein einstimmiges Votum für Freiheit, Respekt und Toleranz auch für **eingetragene Lebenspartnerschaften** ausspricht.

(Dr. Marret Bohn)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, vereinzelt PIRATEN und SSW)

Gleiches Recht für gleiche Pflichten - das ist das Ziel.

Zum Verhalten von CDU und FDP in Berlin kann ich leider nur sagen: Was sie machen, ist nichts Halbes und nichts Ganzes. In Trippelschritten geht es ein bisschen voran. Dabei brauchen wir einen großen Schritt, die **Öffnung der Ehe**, nicht mehr und nicht weniger.

Aus familienpolitischer Sicht gibt es ganz erhebliche Kritik am Ehegattensplitting. Auch die EU teilt diese Kritik. Solange es das **Ehegattensplitting** allerdings gibt, so lange muss es für alle Partnerschaften gelten; denn das ist fair und gerecht. Deswegen werden wir den vorliegenden Antrag der CDU ablehnen. Ich beantrage im Namen meiner Fraktion, die übrigen Anträge zu eigenständigen Anträgen zu erklären. Wir möchten heute Schluss mit der Diskriminierung von Lesben und Schwulen machen. Wir wollen Nägel mit Köpfen machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie unseren Anträgen zu. Dann gilt auch in Schleswig-Holstein: gleiche Rechte für gleiche Pflichten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der FDP hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Menschen sind unterschiedlich. Ich glaube, diese Unterschiedlichkeit macht nicht nur den Reiz dieser Gesellschaft aus, sondern von dieser Unterschiedlichkeit profitiert diese Gesellschaft auch.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Alle Unterschiedlichkeit ändert aber nichts daran, dass für alle Menschen dasselbe Recht gelten muss. Auch für jede Partnerschaft muss dasselbe Recht gelten. Es darf keine Partnerschaft erster und zweiter Klasse geben.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Kollegin Bohn, in der Tat ist es schade - aus meiner Sicht jedenfalls -, dass man im Jahr 2013 über eine solche Banalität ernsthaft diskutieren muss.

Man kann die Rede von Barack Obama vor dem Brandenburger Tor historisch einordnen, wie man möchte. Ich war beeindruckt davon, dass ein amerikanischer Präsident den folgenden Satz gesprochen hat:

„Wenn wir uns für unsere schwulen und lesbischen Brüder und Schwestern einsetzen und ihre Liebe und ihre Rechte vor dem Gesetz gleichstellen, dann verteidigen wir auch unsere Freiheit. Wir sind freier, wenn alle Menschen und alle Völker ihr eigenes Glück verfolgen können.“

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich finde, dass war ein starkes Signal eines ausländischen Staatsgastes im Jahr 2013 an durchaus historischer Stelle.

Meine Damen und Herren, wir haben uns in diesem Jahr bereits in zwei Tagungen mit der **Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften**, also für gleiche Rechte von lesbischen und schwulen Menschen eingesetzt. Wir haben uns im Januar gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen und den PIRATEN für die steuerliche Gleichbehandlung ausgesprochen. Im März haben wir uns in derselben Konstellation für die völlige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe eingesetzt. Ich will an dieser Stelle gar nicht wiederholen, was die Kollegin Bohn hier ausgeführt hat. Kollegin Rathje-Hoffmann, dazu kann man stehen, wie man möchte. Auch ich habe Respekt vor Diskussionsprozessen, aber an der Realität führt nichts vorbei. Ich finde es schade, dass die Politik Gestaltungsspielräume nicht genutzt hat, sondern immer lediglich **verfassungsrichterlichen Anordnungen** hinterherläuft. Ich finde es schade, dass sie nicht selber das Heft des Handelns in die Hand nimmt, um eine moderne Gesellschaft zu gestalten.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich hätte fast, halb scherzhaft, gesagt: Vielleicht sollte ich Sie einmal für einen Tag zum Praktikum einladen,

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

damit Sie sehen, dass Familie auch bei einem gleichgeschlechtlichen Paar nichts anderes ist. Es gibt Höhen und Tiefen. Dann musste ich aber an

(Dr. Heiner Garg)

die PIRATEN denken. Ich weiß nicht, ob das mit dem Grundsatz der Transparenz vereinbar ist. Insofern hoffe ich, dass Sie mir einfach glauben. Ein Mehr an **Rechten für eingetragene Lebenspartnerschaften** tangiert in keiner Weise die Ehe. Das heißt doch nicht, dass man der Ehe etwas wegnimmt, sondern, dass man anderen etwas gibt, was ihnen, jedenfalls aus Sicht meiner Fraktion, längst zusteht.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das gilt aus meiner Sicht für alle Bereiche des Lebens.

Ich bin zwar froh, dass im Jahr 2001 ein Kompromiss gefunden werden konnte, ich glaube aber, dass man im Jahr 2013 durchaus feststellen darf, dass das Konstrukt „eingetragene Lebenspartnerschaft“, allein der Begriff, in Abgrenzung zur Ehe nicht mehr zeitgemäß ist. Wenn wir über gleiche Rechte und gleiche Pflichten sprechen, dann können wir sehr wohl und sehr offensiv die Gleichstellung fordern, und das heißt schlicht und ergreifend: die **Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare**.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Die vormalige CDU-Generalsekretärin und heutige Kanzlerin, Angela Merkel, hat am 13. Dezember 1999 die, wie ich finde, richtigen Worte gefunden, als sie sagte:

„Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen.“

Ich will Ihnen mein Verständnis von Familie nicht vorenthalten. Familie bedeutet für mich zuallererst Liebe, Geborgenheit, Fürsorge, füreinander da zu sein, und zwar nicht nur in Krisensituationen des Lebens, sondern es geht darum, dass man alle Situationen des Lebens miteinander teilt und meistert. Ich glaube, dass es überhaupt keinen Unterschied macht und es überhaupt keine Rolle spielen darf, auch bei der politischen Rechtsetzung, ob es um eine Familie zwischen Mann und Frau und Kindern geht, um eine Familie zwischen Frau und Frau oder eine Familie zwischen Mann und Mann. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat der Herr Abgeordnete Torge Schmidt das Wort. - Sie sind Fraktionsvorsitzender, richtig? - Ich habe vergessen, das zu sagen. Entschuldigung!

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, Herr Garg hat eben alles gesagt, was zu diesem Thema essenziell wichtig ist. Wir leben im Jahr 2013. Ich verstehe bis heute nicht, warum das noch nicht so ist und warum wir immer noch darüber reden, dass Menschen Rechte verwehrt werden, nur weil sie gleichgeschlechtlich leben.

(Beifall PIRATEN, SSW und vereinzelt SPD)

Ich habe mir im Vorfeld dieser Debatte überlegt, ob ich meine letzte Rede zu diesem Thema noch einmal halte. Ich glaube, in den vergangenen zwei Monaten hat sich meine Haltung und auch die Haltung dieses Parlaments zu diesem Thema nicht geändert. Ich finde es trotzdem wichtig, dass wir jedes Mal wieder in diesem Parlament darüber reden, so lange, bis es wirklich keinen Unterschied mehr zwischen Menschen in unserer Gesellschaft gibt, so lange, bis jeder Mensch in unserer Gesellschaft die gleichen Rechte hat. So lange sollten wir in diesem Parlament noch darüber reden.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und FDP)

Das **Adoptionsrecht** wurde heute angesprochen. Ich glaube, es ist wichtig, dass auch Menschen in **gleichgeschlechtlichen Partnerschaften** es bekommen. Es kommt zwar immer wieder der Einwand, dass diese Kinder dann diskriminiert würden, was ein schreckliches Leben für sie bedeute, aber das ist falsch. Diese Diskriminierung entsteht nur daher, weil wir diesen Unterschied immer so sehr betonen.

(Beifall PIRATEN, FDP und Simone Lange [SPD])

Daher sollten wir als Gesellschaft sagen: Hier gibt es keine Unterschiede. Wir sind froh, wenn Kinder in einem glücklichen Zuhause aufwachsen, egal, ob Mann und Mann oder Frau und Frau die Eltern sind. So lange sollten wir im Parlament darüber reden und weiterhin dafür kämpfen.

Frau Rathje-Hoffmann, Sie haben eben gesagt, wir sollten nichts übers Knie brechen. Hier muss ich Ihnen leider widersprechen. Wir leben im Jahr 2013. Wir reden seit vielen Jahren - praktisch seitdem ich

(Torge Schmidt)

geboren bin - darüber. Ich glaube, die Zeit ist reif dafür. Alle Argumente sind ausgetauscht. Es gibt nichts Neues. Die CDU muss sich einen Ruck geben und in der modernen Zeit ankommen. Sie muss Flagge zeigen und für die Rechte von Menschen eintreten. Es ist meiner Meinung nach ein höchst konservatives Gut, für Ehe und Familie einzutreten und dafür, dass Menschen füreinander da sind. Warum sollen das nicht auch Mann und Mann sein? - Ich glaube, diese Haltung würde die CDU deutlich besserstellen.

(Beifall PIRATEN)

Es wurde schon angesprochen, ich möchte in die Richtung der Bundesregierung klar sagen: Ich möchte in keinem Land leben, in dem ein Verfassungsgericht progressiver ist als unsere Bundesregierung.

(Beifall PIRATEN und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, unsere Bundesregierung sollte sich hier mehr zutrauen und mehr machen. Der FDP möchte ich sagen: Ich glaube, es ist schmerzhaft, dass ihr hier nicht vorankommt, aber setzt die CDU weiter unter Druck. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN und Wolfgang Baasch [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder erstaunlich, wie sehr die Wahrnehmung der Lebenswirklichkeit in Deutschland mitunter variiert. Seit das **Ehegattensplitting** vor mehr als 50 Jahren eingeführt wurde, hat sich das gängige Familienbild - zumindest in meinen Augen - doch recht stark verändert. Der Mann als versorgender Alleinverdiener und die Frau, die sich um Haushalt und Kinder kümmert, entsprechen schon seit vielen Jahren nicht mehr der Norm. Doch statt diese Entwicklung anzuerkennen, wird sie von vielen strikt ignoriert.

Beim Thema Gleichbehandlung von homo- und heterosexuellen Beziehungen wird die reaktionäre Haltung mancher Politiker in Bund und Ländern besonders deutlich. In den Reihen der CSU lassen sich beispielsweise zum **Adoptionsrecht** die abstrusesten Theorien finden. So hat Norbert Geis

jüngst wieder darauf verwiesen, dass es - ich zitiere - in der Natur vorgesehen sei, dass es für das Kind am besten sei, wenn es bei Vater und Mutter aufwache. Es gebe nun einmal keine Belege dafür, dass Kinder, die bei gleichgeschlechtlichen Paaren aufwachsen, eine ebenso gute Kindheit hätten. - In den Augen des SSW sind solche Behauptungen schlicht und einfach überholt.

(Beifall SSW, vereinzelt FDP und PIRATEN)

Für uns ist nicht erst mit dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur **Homo-Ehe** klar, dass wir endlich eine völlige **Gleichstellung** eingetragener Lebenspartnerschaften brauchen. Um es ganz deutlich zu sagen: Uns geht es um das Ende der Diskriminierung **gleichgeschlechtlicher Paare** und nicht etwa darum, den Wertehalt der Ehe infrage zu stellen. Ich habe in der letzten Debatte zum Thema darauf hingewiesen und wiederhole mich gern: Immer mehr Menschen gleichen Geschlechts verbinden sich zu einer festen Partnerschaft und schließen den Bund der eingetragenen Lebenspartnerschaft. Sie fordern dabei nicht nur die gleichen Rechte, sondern sie übernehmen auch die gleichen Pflichten wie zweigeschlechtliche Paare. Daraus folgt für mich der berechnete Anspruch auf Gleichstellung in allen Lebensbereichen.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es freut mich ungemein, dass mit dem aktuellen Urteil aus Karlsruhe wohl nun auch die Ewiggestrigen die steuerliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften nicht mehr aufhalten können. Der SSW hat diese Gleichstellung im **Steuerrecht** seit vielen Jahren gefordert. Doch auch wenn hierdurch die Diskriminierung der in einer verbindlichen Partnerschaft lebenden Lesben und Schwulen in einem Bereich beendet wird, so hoffe ich sehr, dass es nicht nur bei diesem einen Bereich bleibt. Die Bundesregierung täte jedenfalls gut daran, wenn sie die verschiedenen verfassungsgerichtlichen Urteile zu diesem Thema endlich ernst nähme und entsprechend handelte, anstatt den Kopf weiter in den Sand zu stecken.

Ich habe die Gleichstellung im Adoptionsrecht schon angesprochen. Auch wenn es müßig ist, über die Vor- und Nachteile für Kinder durch das Aufwachsen in einer zwei- beziehungsweise gleichgeschlechtlichen Ehe zu streiten, so ist doch eins klar: Das Kindeswohl muss bei der Entscheidung darüber, wer unter welchen Bedingungen Kinder adoptieren darf, maßgeblich sein. Das Kindeswohl ist

(Lars Harms)

nicht davon abhängig, in welcher sexuellen Observanz die Eltern leben, sondern in welchen Verhältnissen die Kinder groß werden. Für den SSW kann ich nur sagen, dass wir nicht den leisesten Zweifel daran haben, dass homosexuelle Paare ihre Kinder ebenso fürsorglich und liebevoll erziehen wie heterosexuelle. Wir meinen, dass es auch bei diesem Thema höchste Zeit ist, die Schlechterstellung homosexueller Paare zu beenden.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Man muss kein Hellseher sein, um zu ahnen, dass es in diesem Land noch einige Zeit dauern wird, bis wirklich alle Bürger die gleichen Rechte bekommen. Dass nun zumindest das Ehegattensplitting auch für eingetragene Lebenspartnerschaften Anwendung findet, sehen wir als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer Gleichstellung in allen Lebensbereichen. Ich will aber auf einen sehr wichtigen Punkt hinweisen: Auch wenn wir diese Entscheidung grundsätzlich begrüßen, ändert sie nichts an dem Grundproblem des Ehegattensplittings. Wir alle wissen, dass hiervon im Grunde nur mittel- und besserverdienende Paare stark profitieren. Ihr Vorteil ist umso größer, wenn einer nicht erwerbstätig oder nur geringfügig beschäftigt ist. Ob und, wenn ja, wie viele Kinder ein Paar hat, spielt dabei überhaupt keine Rolle. Dass diese steuerliche Entlastung von Eheleuten von vielen noch als familienpolitische Leistung deklariert wird, finde ich äußerst fragwürdig.

(Beifall PIRATEN)

Aus diesen Gründen hat der SSW immer die Position vertreten, dass das Ehegattensplitting familienfeindlich ist und Frauen beziehungsweise in diesem Fall auch Männer vom Arbeitsmarkt ausgrenzt. Doch solange diese steuerrechtliche Maßnahme in Kraft ist, sollen selbstverständlich auch eingetragene Lebenspartnerschaften davon profitieren können. Dann hat das Ehegattensplitting zumindest den sinnvollen Effekt, dass homosexuelle Paare gleichgestellt werden.

Ein letztes Wort: Eigentlich brauchen wir das Instrument der eingetragenen Lebenspartnerschaften nicht. Eigentlich sollte die Ehe für alle Verbindungen offenstehen. Dann hätten wir die vollständige Gleichstellung auf einen Schlag.

(Beifall SSW, FDP, PIRATEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Für die Landesregierung hat die Frau Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Jahren haben Grüne, SPD und SSW schon mehrfach den Versuch gestartet, die steuerliche Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften endlich zu beenden. Die erste Initiative ist im Jahr 2001 gescheitert, weil das seinerzeit von Rot und Grün beschlossene Ergänzungsgesetz zum Lebenspartnerschaftsgesetz im Bundesrat keine Mehrheit fand. Die zweite Initiative ist im Januar dieses Jahres gescheitert, als die schwarz-gelbe Bundestagsmehrheit das Jahressteuergesetz 2013 allein deshalb verhindert hat, weil es die steuerrechtliche Gleichstellung homo- und heterosexueller Lebenspartnerschaften regelte.

Der dritte Versuch ist dann im März dieses Jahres gescheitert, als Union und FDP die auf Betreiben von Schleswig-Holstein und anderen rot-grün geführten Bundesländern gestartete Bundesratsinitiative zur Durchsetzung der Rechte Homosexueller erneut im Bundestag blockierten - und das, obwohl im schwarz-gelben Koalitionsvertrag das Ziel festgeschrieben ist, die Benachteiligung eingetragener Lebenspartnerschaften zu beseitigen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- So viel zu Dialog und Kompromiss. Meine Damen und Herren, die von mir genannte Bundesratsinitiative Schleswig-Holsteins ging zurück auf den im Januar getroffenen Landtagsbeschluss zur **steuerrechtlichen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften**. Ich erinnere mich daran: Das war ein Beschluss, der von einer breiten Mehrheit hier im Hause getragen wurde. Nur die CDU stimmte gegen den Landtagsbeschluss, obwohl schon damals nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption keinerlei Zweifel mehr daran bestand, dass die Schlechterbehandlung von homosexuellen Paaren beim Ehegattensplitting verfassungswidrig ist.

Nun also hat das Bundesverfassungsgericht Anfang Juni die Verfassungswidrigkeit der derzeitigen Rechtslage festgestellt. Es hat damit so entschieden, wie es alle Steuer- und Verfassungsrechtsexperten schon lange vorhergesagt hatten. Dies ist ein gutes Urteil für die Bürgerrechtsbewegung, die viel zu lange gegen die steuerrechtliche Schlechterstellung

(Ministerin Monika Heinold)

homosexueller Lebenspartner kämpfen musste. Und es ist erneut eine schallende Ohrfeige für den beharrlichen Diskriminierungskurs der schwarz-gelben Bundesregierung.

Das **Bundesverfassungsgericht** hat wieder einmal ganz klargemacht, dass es im Recht keine Liebe nach Güteklassen A und B gibt. Es wäre schön gewesen, wenn die Bundesregierung selbst die Kraft zu dieser Erkenntnis gehabt hätte. Vor allem aber wäre es schön, wenn sie jetzt auch die richtigen Schlüsse aus den mittlerweile zahlreichen Verfassungsgerichtsentscheidungen zur Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften ziehen würde. Denn nachdem die Diskriminierungspolitik der Bundesregierung nunmehr zum sechsten Mal in Folge an der Verfassung gescheitert ist - Frau Bohn hat das aufgezählt -, ist jetzt die Zeit gekommen, mit der Salamatik der letzten Jahre Schluss zu machen und endlich die völlige **Gleichstellung** von homo- und heterosexuellen Paaren in allen Lebensbereichen zu vollziehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gleiches Recht für gleiche Liebe, das ist die Devise. Deshalb begrüßt die Landesregierung den fraktionsübergreifenden Antrag zur völligen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften in allen Lebensbereichen, einschließlich des **Adoptionsrechts**. Es wäre schön, wenn es der FDP auf Bundesebene gelingen würde, die Union von der Richtigkeit dieser Politik zu überzeugen. Zu erwarten ist dies freilich eher nicht. Deshalb wird es höchste Zeit, dass wir auch im Bundestag eine parlamentarische Mehrheit bekommen, die dafür sorgt, dass für alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande die gleichen Rechte gelten, und zwar nicht nur im Steuerrecht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung die vorliegenden Änderungsanträge zu selbstständigen Anträgen zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 18/940 abstimmen. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? -

Bei Enthaltung der FDP mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW auf der Drucksache 18/939 (neu) abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist gegen die Stimmen der Fraktion der CDU mit den Stimmen aller anderen Fraktionen so beschlossen.

Ich lasse schließlich über den Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW auf der Drucksache 18/924 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist auch dieser Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen außer der CDU-Fraktion, die dagegen gestimmt hat, so angenommen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 41:

a) HSH Nordbank AG - Erhöhung des Garantievolumens

Antrag der Landesregierung
Drucksache 18/654

b) Kein Wertpapierankauf durch den HSH Finanzfonds!

Antrag der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der CDU
Drucksache 18/726 (neu) - 2. Fassung

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/905

HSH Nordbank AG - Erhöhung des Garantievolumens

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/937

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, dem Herrn Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einfachheit halber verweise ich auf die Vorlage.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Vielen Dank für den Bericht.

Wir kommen jetzt zur Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Herr Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Erhöhung des Garantievolumens auf 10 Milliarden € für die **HSH Nordbank** ist nicht alternativlos, aber es ist die beste Alternative, die zurzeit zur Verfügung steht. Wir befinden uns damit in der gleichen Situation wie im Jahre 2009. Damals wie heute wäre eine unkontrollierte Abwicklung der Bank der finanzielle Ruin - oder der GAU, wie es der Kollege Andresen einmal formuliert hat - für den Landeshaushalt. Die aus rot-grüner Regierungszeit stammenden Bürgschaften des Landes von ehemals 160 Milliarden € in der Spitze belaufen sich auch heute noch auf über 30 Milliarden €.

Diese Zusagen schließen eine unkontrollierte Abwicklung heute genauso aus wie im Jahr 2009 bei einer damaligen Gewährträgerhaftung von über 60 Milliarden €. Damals wie heute ist auch ein Käufer für die Anteile des Landes an der HSH Nordbank nicht in Sicht. Damals wie heute ist der Bund auch nicht bereit, uns die Risiken und Verluste aus den Altlasten abzunehmen.

Die Sicherung der Überlebensfähigkeit der Bank ist deshalb im Interesse Schleswig-Holsteins. Sie dient dem Schutz unseres Landesvermögens.

Die CDU-Fraktion wird deshalb keine Fundamentalopposition betreiben. Wir werden die 10 Milliarden € Garantie nicht ablehnen, wie es Monika Heindold und die Grünen im Jahre 2009 gemacht haben.

Aber genauso wie CDU und FDP nach 2009 eine konsequente **Haushaltskonsolidierung** eingeleitet haben, um das Land für zukünftige Belastungen zu wappnen, müssen wir uns auch heute fragen: Was passiert nach der Garantieraufstockung? Das ist die entscheidende Frage, meine Damen und Herren; denn mit der Abstimmung heute allein ist es doch nicht getan, sondern es gilt auch, die Konsequenzen in der Zukunft zu bedenken.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen?

Tobias Koch [CDU]:

Ich möchte es angesichts der Bedeutung dieses Themas vorziehen, meine Gedanken zunächst komplett auszuführen. Am Ende der Rede gestatte ich gern eine Zwischenfrage.

Es geht darum, die Konsequenzen für die Zukunft zu bedenken. Das erste Szenario, das es dazu gibt, beschreiben wir mit den Worten „Geordnete Abwicklung der Bank“. Aus den Reihen der Regierungsfaktionen wird argumentiert, die **Garantieraufstockung** sei Voraussetzung für eine spätere, geordnete Abwicklung der Bank. Wenn die Garantieraufstockung das Überleben der Bank bis 2015 sichern würde, so vermutlich die Überlegung, dann wäre die Gewährträgerhaftung nahezu vollständig ausgelaufen, und einer geordneten Abwicklung stünde vermeintlich nichts mehr im Wege.

Das ist ein verlockender Gedanke, aber ein großer Irrtum; denn die Rechnung und die Hoffnung der Regierung basieren doch darauf, dass die Bank nicht nur bis 2015, sondern zehn Jahre länger, bis zum Jahre 2025 Garantierprovisionen in Milliardenhöhe überweist und dass genau diese Provisionszahlungen die Inanspruchnahme der Garantie ausgleichen, sodass keine Belastung für den Landeshaushalt eintritt. Wird die Bank aber schon früher abgewickelt, fallen diese Garantierprovisionen weg. Die Rechnung geht nicht mehr auf, die Inanspruchnahme der Garantie schlägt direkt auf den Landeshaushalt durch.

Szenario zwei: Die EU-Kommission entscheidet. Auch ohne politisches Zutun der Regierungsfaktionen kann es zu einer vorzeitigen **Abwicklung der Bank** kommen. Dies wäre der Fall, wenn die **EU-Kommission** wie bei der WestLB damit die Konsequenzen aus dem erneuten **Beihilfeverfahren** zieht. Die Folgen wären die gleichen wie in Fall eins: Die HSH Nordbank wäre nicht mehr in der Lage, die Garantierprovisionen bis zum Jahre 2025 zu bezahlen. Die Inanspruchnahme der Garantie müsste auch in diesem Szenario direkt aus dem Landeshaushalt beglichen werden.

Szenario drei: keine Abwicklung, aber falsche Prognose. In diesem Szenario erfolgt keine geordnete Abwicklung der Bank, sondern die Geschäfte werden fortgeführt. In diesem Szenario besteht aber das

(Tobias Koch)

Risiko, dass sich die Prognose der Bank als falsch erweist, wie schon so oft in der Vergangenheit. Die Darstellung der Bank, dass die Garantie mit 1,3 Milliarden € in Anspruch genommen werde, dass dies aber erst im Zeitraum 2019 bis 2025 geschehe und dass die bis dahin gezahlten Garantieprovisionen die Inanspruchnahme der Garantie exakt ausgleichen, kann sich allzu leicht als trügerische Scheingenauigkeit erweisen.

Was passiert, wenn die **Schiffahrtskrise** länger andauert als gedacht? Was passiert, wenn die Bank nicht in der Lage ist, die **Garantieprovisionen** von zukünftig wieder 400 Millionen € pro Jahr aus dem operativen Geschäft heraus zu verdienen? Und was passiert, wenn die Anteile der HSH Nordbank weiter an Wert verlieren?

Zum jetzigen Zeitpunkt liegt die bilanzielle Sicherungswirkung der Garantie nicht bei 1,3 Milliarden €, sondern bereits bei über 3 Milliarden €. Wenn die Garantie in dieser Größenordnung in Anspruch genommen wird, dann helfen auch keine Provisionszahlungen mehr, dann wird der Landeshaushalt massiv belastet.

Szenario vier: die beste aller Welten. Die Bank setzt ihre Geschäfte erfolgreich fort. Das neue **Geschäftsmodell** bewährt sich. Die Schiffahrtskrise endet wie erhofft 2014. Die Prognosen der Bank erweisen sich als zutreffend. Die Garantiezahlungen werden durch die Garantieprovisionen exakt ausgeglichen. 2025 findet sich auch ein Käufer für die Anteile der HSH Nordbank zu dem erwarteten Preis. Dann und nur dann ergibt sich keine Belastung für den Landeshaushalt.

In drei von vier Szenarien ist aber genau das der Fall. Diese Belastungen für den Steuerzahler gilt es zu vermeiden. Deshalb sagen wir als CDU-Fraktion: Die Rettung der HSH Nordbank und die Sanierung des Landeshaushalts sind zwei Seiten einer Medaille.

(Beifall CDU - Zuruf: Das hat man gemerkt!)

Wer nur das eine tut, aber keine weiteren Konsequenzen daraus zieht, wird seiner Verantwortung nicht gerecht. Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, stimmen Sie heute unserem Entschließungsantrag in allen drei Punkten zu! Lassen Sie uns diese Herausforderungen gemeinsam bewältigen und zusammen vereinbaren, wie wir Schleswig-Holstein sicher in die Zukunft führen. Dann wird die CDU-Fraktion hier und heute der Garantieerhöhung zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Bericht der Landesregierung zur aktuellen Lage der **HSH Nordbank** sowie den Antrag der Landesregierung und den fraktionsübergreifenden Antrag, über die wir nun entscheiden, im Finanzausschuss und im Unterausschuss Beteiligungen intensiv beraten. Den eigentlich Hamburger CDU-Antrag haben wir im Ausschuss vorgestellt bekommen.

Wir hatten eine gemeinsame Sachverständigenanhörung mit unseren Hamburger Kolleginnen und Kollegen. Zu dieser Anhörung ist anzumerken, dass die Sachverständigen zu der Auffassung gelangt sind, dass die Wiederherstellung der alten Garantiesumme sinnvoll ist. Sie haben gleichzeitig aber die Datenlage, die Grundlage ihrer Meinungsbildung war - eine Vorlage des Hamburger Senats -, als unzureichend bezeichnet. Daher ist auch eine etwas kontroverse Berichterstattung über diese Anhörung entstanden, weil sich so natürlich jede Position letztlich bestätigt fühlt.

Es war in der Tat vorschnell von der damaligen Geschäftsführung, 3 Milliarden € der Ländergarantien von 10 Milliarden € zu kündigen und die Garantiesumme auf 7 Milliarden € zu reduzieren. Die Bank wollte Gebühren sparen, das ist verständlich. Die erforderliche **Kernkapitalquote** wurde damit jedoch in Gefahr gebracht. Die Wiederherstellung der Ländergarantie wird die Quote über 9 % stabilisieren. Herr Koch, wir können vor diesem Hintergrund auch der dritten Forderung des CDU-Antrags zustimmen, um die Nachzahlung der Gebühr für die Bank erträglicher zu gestalten.

Es ist klar, dass wir mit der **Garantieerhöhung** nicht alle Probleme der Bank dauerhaft beseitigen. Sie dient aber auch dazu, das Vertrauen der Kunden in die Bank zu stärken. Denn die schwierige Lage in der Seeschifffahrt, die Auswirkungen von Dollarkursschwankungen und die unterschiedlichen Konjunkturaussichten bleiben bestehen und sind für die Entwicklung der Bank nicht gerade einfach. Daher halten auch wir eine Umsetzung der ersten Forderung aus dem CDU-Antrag, Herr Koch, zur Lockerung bei der Begrenzung des Geschäftsmodells der HSH Nordbank für sinnvoll - unabhängig davon, wie aussichtsreich das im EU-Verfahren ist.

(Thomas Rother)

Die zweite Forderung der CDU lehnen wir allerdings nach wie vor ab. Wir kennen diesen Punkt ja bereits aus den Haushaltsberatungen. Er wird uns wohl auch als Antrag für den Haushalt 2014 wieder begegnen. Eine Begründung, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Ablehnung liefert die CDU selbst. Ich zitiere aus dem Antrag, Seite 2. Das ist quasi die Begründung dafür:

„Diese Mittel könnten weitestgehend durch die aufgelaufenen Prämienzahlungen der Bank aufgebracht werden.“

Das ist ein kluger Satz, der deutlich macht, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Risikoversorge eben nicht erforderlich ist.

(Beifall SPD)

Allerdings - das ist auch klar - kann das natürlich nicht als Entwarnung verstanden werden. Wenn sich die Lage der Bank verschlechtern sollte, ist natürlich über solche Maßnahmen zu reden. Gegenwärtig erscheint die haushalterische Ernsthaftigkeit dieses Ansatzes jedenfalls aus meiner Sicht nicht gegeben zu sein, da auch Herr Koch in seinen Pressemeldungen gerne von sogenannten Wahlgeweschen spricht, die eine **Risikoversorge** verhindern würden. Wir machen halt das, was wir im Programm und im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Dass Sie das nicht wollen, dass Sie das stört, ist klar. Es ist also eher eine Frage von Politikverständnis und politischer Position, hier zu entscheiden, und nicht von Haushaltstechnik, wie es manchmal vorgetäuscht wird.

(Beifall SPD)

Natürlich gibt es zu alledem Alternativen - da stimme ich Herrn Koch zu. Häufig, so auch in diesem Fall, sind sie allerdings schlecht. Es gibt weder einen Interessenten, der zu annehmbaren Bedingungen in die Garantie einsteigen will, noch gibt es **Kaufinteressenten**. Die Bemühungen der Landesregierung zu diesen beiden Möglichkeiten sind im Unterausschuss Beteiligungen ausführlich erörtert worden. Sachdienliche Hinweise der Opposition habe ich nicht gesehen. Selbst der Bund der Steuerzahler bestätigt in der letzten Ausgabe seiner Verbandszeitschrift diese Auffassung.

Auch eine Kapitalerhöhung wie von der FDP gefordert würde ein völlig neues EU-Verfahren erfordern und wäre vor dem Hintergrund unserer Schuldenbremsenregelung schwer umsetzbar und auch öffentlich schwer vermittelbar.

Ebenso ist die Prüfung der **Abwicklung der Bank** keine Alternative. Das wäre keine gute Botschaft

für die Kundinnen und Kunden der Bank und würde natürlich zu Fluchtbewegungen führen. Eine Auseinandersetzung mit diesem Szenario hat aber in Bezug auf mögliche Folgen stattgefunden und deutlich gemacht, dass uns auch das nicht weiterbringen würde. Garantie und Haftung bestehen ja so oder so für die Länder weiter.

Ich bitte daher um Zustimmung für den Antrag der Landesregierung, damit die Bank ihren Konsolidierungskurs weiterführen kann.

Für den Antrag zum Nichtwertpapierankauf bitte ich ebenfalls um Zustimmung. Das Land darf nicht zusätzlich durch den Ankauf zweifelhafter **Wertpapiere** belastet werden. Wir sollten die finfo nicht zu einer Art Bad Bank entwickeln, die spekulative Wertpapiere ihr Eigen nennt. Auch das wäre der Öffentlichkeit kaum zu vermitteln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

So weit, dass diese Rettungsmaßnahme in Betracht gezogen werden müsste, sind wir nicht. Dieses Fass sollten wir nicht aufmachen. Vielleicht könnten sich auch die PIRATEN dazu durchringen, Herr Schmidt, mal dieses Fass zuzulassen, auch wenn Ihnen das naturgemäß vielleicht schwerfällt.

Den Vertreterinnen und Vertretern von Landesregierung, Bank und finfo sowie den Sachverständigen, die in Hamburg und Kiel Rede und Antwort gestanden haben, danke ich für ihre ausführliche und gute Beratung. Abschließend richte ich an unser neues Aufsichtsratsmitglied, Thomas Losse-Müller, die Hoffnung, künftig besser und rechtzeitiger über die Entwicklungen in der Bank informiert zu werden, als dies in den zurückliegenden Jahren der Fall gewesen ist.

Für die weitere Abstimmung zum CDU-Antrag, Herr Präsident, bitte ich dann um punktweise Abstimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was wir heute beschließen werden, ist das Ergebnis eines langen Beratungs-

(Rasmus Andresen)

prozesses. Wir Grüne haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Es ist kein Geheimnis, dass wir 2009 gegen die Garantiekonstruktion waren. Trotzdem stehen wir jetzt in der Verantwortung, die Probleme der **HSH** anzugehen.

Die **Garantierhöhung** ist die beste aller schlechten Alternativen. Wir haben alle Alternativen geprüft. Nichts zu tun ist schon mal keine Option, denn die **Eigenkapitalquote** der Bank muss schleunigst stabilisiert werden. Ansonsten droht eine unkontrollierte **Abwicklung**. Die kann keiner im Ernst wollen.

Die Landesregierung hat konkrete Gespräche geführt, um auch beispielsweise Private mit ins Boot zu holen. Es konnte allerdings keine private Garantiebeteiligung zu vertretbaren Konditionen verhandelt werden. Ein Privater, der nebenbei nur die Garantiegebühren kassieren will, hilft uns als Land nicht wirklich.

Es bleibt nur noch die Möglichkeit, den Garantierahmen selbst zu erhöhen. Dass dies ein neues **Beihilfeverfahren** auslöst, ist ein Risiko, dessen wir uns bewusst sind. Soeben ist die vorläufige Entscheidung der Europäische Union eingetroffen. Sie hat die Garantierhöhung vorläufig genehmigt. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen dafür, dass wir hier auch dem richtigen Weg sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vieles von dem, was wir heute beschließen, hätte vermieden werden können, wenn die Bank nicht vorschnell die Garantie abgesenkt hätte. Es geht für uns im Kern darum, das **Landesvermögen** bestmöglich zu schonen.

Was fordern allerdings die Kritiker der Garantiewiedererhöhung? Die FDP fordert, frisches Eigenkapital aufzutreiben. Gewiss, das wäre auch aus Sicht der Koalition eine interessante Option gewesen. Doch weder die FDP noch die Kritiker, die sich dieser Position in der gemeinsamen Anhörung mit der Hamburger Bürgerschaft angeschlossen haben, haben eine Idee, wo dieses Kapital herkommen soll.

Vielleicht ist das auch der Grund, Herr Kubicki, Herr Garg, dass es von Ihnen zu diesem Aspekt bisher noch keinen Antrag gibt. Es gibt andere Fraktionen in Hamburg, aber auch die CDU-Fraktion hier, die ihre Position mit einem Initiativantrag deutlich gemacht haben und Alternativen gefordert beziehungsweise Forderungen aufgestellt haben, die über die Garantierhöhung hinausgehen. Das ist

bei Ihrer Fraktion nicht der Fall. Vielleicht ist das auch ein Eingeständnis dessen, dass Ihre Positionen, die Sie am Anfang noch sehr deutlich vertreten haben, nicht so stichhaltig sind, wie Sie es uns weismachen wollten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie müssen einfach noch ein bisschen älter werden!)

Merkwürdiger ist allerdings das Doppelspiel der CDU. Dass Sie heute erklären, die Garantierhöhung nicht abzulehnen, Herr Kollege Koch, ist das eine. Dass Sie aber der Garantierhöhung - wahrscheinlich anders als Ihre Kollegen in der Hamburger Bürgerschaft - nicht zustimmen werden, ist das andere. Mit einer billigen Enthaltung kann man sich in dieser Frage nicht aus der Verantwortung stellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich will ganz deutlich sagen, dass das in Hamburg besser lief. Dort haben sowohl die grüne Fraktion, die in der Opposition ist, als auch Ihre Fraktion durch Zusatzanträge deutlich gemacht, dass sie in Einzelaspekten, in bestimmten Punkten eine andere Meinung haben als der SPD-Senat. Sie haben das aber gleichzeitig nicht zur Bedingung erkoren und der Garantierhöhung gemeinsam mit der SPD zugestimmt. Das ist verantwortungsvolle Oppositionsarbeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie mal nach Hamburg, wie Ihre Fraktion das dort macht, wenn Sie schon den Hamburger Grünen nicht folgen mögen!

Ich frage mich, warum das bei uns in Schleswig-Holstein nicht funktioniert.

Denn, Herr Koch, auch Sie haben - anders als die grüne Fraktion und ich - 2009 die Konstruktion des **Garantieschirms** mit auf den Weg gebracht. Damals stand es noch desolater um den Haushalt, weil es noch nicht einmal die Schuldenbremse gab. Alles, was in der Haushaltskonsolidierung geschehen ist, war unverbindlicher.

Sie bezeichnen in Ihrem aktuellen Antrag die Wiederaufstockung selbst - ich zitiere aus ihrem Antrag - als „zum jetzigen Zeitpunkt richtige Maßnahme“, die zwar die Probleme der Bank nicht dauerhaft löst - das ist korrekt -, ihr und uns aber Zeit verschafft. Genau darum geht es. Ich frage mich deshalb: Wie kann man dann der **Garantierhöhung** heute nicht zustimmen?

(Rasmus Andresen)

Ich akzeptiere nicht, dass Sie sich aus der Verantwortung für diese Bank verabschieden. Ich hätte gern erlebt, wie Ihre Partei reagiert hätte, wenn Grün und Rot bei den Euro-Rettungspaketen ähnlich gehandelt hätten. Dann wäre die Aufregung groß gewesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie legen hier ein bestimmtes Verhalten an den Tag, hätten uns an anderer Stelle aber deutlich kritisiert, wenn wir uns so verhalten hätten.

(Tobias Koch [CDU]: So haben Sie sich 2009 verhalten!)

- Sehr geehrter Herr Kollege Koch, keine und keiner von uns ist so naiv zu glauben, dass mit dem heutigen Beschluss alle Probleme der HSH Nordbank gelöst sind. Im Wesentlichen verschafft uns diese Maßnahme eben die Zeit, die selbst die CDU-Fraktion in ihrem Antrag zumindest rhetorisch aufgegriffen hat. Das ist Zeit, in der sich das Geschäftsmodell der Bank etablieren könnte. Sie wird auch benötigt, um die hohe Gewährträgerhaftung abzubauen.

Ich persönlich glaube nicht, dass sich die **Bank** allein über den Schifffahrtsmarkt saniert. Die **Krise** ist weder gelöst, noch wird das im nächsten Jahr der Fall sein. Wir müssen über weitere Maßnahmen nachdenken. Das Wort „Abwicklung“ ist in der Diskussion. Auch in der Hamburger Parlamentsdebatte hat es eine Rolle gespielt.

Für alle Maßnahmen, die wir ergreifen können, ist die Garantierhöhung die absolute Grundlage. Deshalb stimmen wir als grüne Fraktion anders als 2009 gleich der Garantierhöhung zu.

Ich sage am Ende meiner Reden normalerweise etwas versöhnlich: Ich freue mich auf Weiteres. - Ich weiß nicht, ob man das bei der Bank sagen sollte. Das tue ich nicht.

(Heiterkeit Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden noch einige Debatten in den Ausschüssen führen müssen. Ich hoffe weiterhin auf die gute Zusammenarbeit mit der Landesregierung, die im Übrigen eine ganz andere Informationspolitik als ihre Vorgängerregierung betreibt. - Schönen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich dem Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich manche Redebeiträge meines sehr geschätzten Kollegen Andresen höre, was Banken und Bankenrettung angeht, die auch für die Öffentlichkeit bestimmt sind, muss man sich fragen, ob es der HSH Nordbank nicht wirklich besser gehen würden, wenn Sie ins operative Geschäft eintreten würden - insbesondere bei Ihrem Wissenstand und den Beiträgen, die Sie der Öffentlichkeit liefern.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sollten es beide sein lassen!)

- Herr Kollege Andresen, bei diesen Fragen nützt das Eingehen auf Verhaltensweisen gar nichts. Man muss sich fragen, was im Zweifel die bessere beziehungsweise die beste Lösung ist, welche Schritte unternommen worden sind, welche Risiken auf uns warten und wie man sie im Zweifel beherrschen kann.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Habe ich gesagt!)

Wir können heute alle übereinstimmend feststellen, dass sich die im April 2009 geäußerte Kritik der damaligen Opposition von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW in der Rückschau als richtig erwiesen hat.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Die damals gefundene Lösung hat weder Ihre Erwartungen noch den Zweck erfüllt. So, wie eine Lösung unter Einbeziehung des SoFFin 2009 für das Land besser gewesen wäre,

(Beifall Lars Harms [SSW])

wären heute andere Alternativen für das Land, aber auch die **Bank** und ihre Beschäftigten nachhaltiger und besser. Die **Garantierhöhung** ist nicht der erwünschte Befreiungsschlag, sondern erkaufte den Beteiligten allenfalls etwas mehr Zeit. Auch dazu hege ich eine große Skepsis; das werden Sie bei meinen weiteren Ausführungen sehen.

Die Umstellung der internationalen Rechnungslegung sowie die erhöhten Eigenkapitalanforderungen durch Basel III, welche in der Richtlinie CRD IV, Capital Requirements Directive IV, festgehalten sind, die beide zum 1. Januar 2014 in

(Wolfgang Kubicki)

Kraft treten, werden viel stärker wirken, als bisher die dargestellten Zahlen der Bank vermuten lassen.

Ich empfehle dazu allen - insbesondere denjenigen, die sich in dieser Frage öffentlich äußern -, das **CRD-IV-Umsetzungsgesetz** im Detail anzuschauen. Die Auswirkungen auf die Bilanz der Banken und deren Eigenkapitalquoten werden immens sein. Die Bundesbank hat die Auswirkungen von Basel III auf die deutschen Banken in einer Studie zum Stichtag 30. Juni 2012 untersucht - übrigens unter Einbeziehung eines Garantierahmens von 10 Milliarden € für die HSH Nordbank. Das Ergebnis lässt aufschrecken. In der Pressemitteilung der Deutschen Bundesbank vom 19. März dieses Jahres heißt es - ich zitiere -:

„Die Quote des harten Kernkapitals nach Basel-III-Definition beträgt im Mittel für die acht großen Institute 5,7 %.“

Unter den großen acht Instituten befindet sich auch die HSH Nordbank. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, dass die HSH Nordbank im Vergleich zu den anderen sieben Instituten nicht am üppigsten mit Eigenkapital ausgestattet ist.

Diese Studie zeigt Ihnen deutlich, wie die **Rahmenbedingungen von Basel III** sukzessive auf die Banken wirken werden. Dies wird auch der Stresstest der Europäischen Bankenaufsicht EBA zeigen, der im kommenden Jahr durchgeführt wird und dessen Ergebnisse für alle einzelnen Institute im Anschluss veröffentlicht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine von der FDP-Fraktion vorgeschlagene Kapitalerhöhung ist kein Märchenschloss, sondern sie wäre realisierbar gewesen. Sie ist aber nicht versucht worden. Herr Kollege Andresen, die Commerzbank hat seit Januar 2011 trotz eines schwierigen Umfeldes insgesamt sechs Kapitalerhöhungen erfolgreich durchgeführt, die letzte vor wenigen Wochen.

Eine **Kapitalerhöhung** wäre auch bei der HSH Nordbank möglich gewesen, sie wurde nur nicht ernsthaft verfolgt, weil man vermutlich aus nicht erklärbaren Gründen eine Verwässerung der Anteile befürchtete. Dieses Aufholpotenzial hatten wir schon 2009 im Kopf, als die Frage im Raum stand: Machen wir das selbst, oder lassen wir den Bund zum Zuge kommen? Da gab es die allgemeine Meinung - nicht bei uns, aber bei anderen -: Wenn sich die HSH Nordbank erholt, soll das Wertaufholungs-potenzial in Schleswig-Holstein bleiben und nicht an andere fließen.

Stattdessen wurde das Gespenst der Gewährträgerhaftung an die Wand gemalt. Aber die Inanspruchnahme auch nur eines einzigen Euros aus der Gewährträgerhaftung wäre in keinem Szenario realistisch zu erwarten. Diese Befürchtung existiert nur auf dem Papier, Herr Kollege Andresen. Ansonsten hätte Nordrhein-Westfalen mit seiner Abwicklung der WestLB zeitgleich Insolvenz anmelden müssen.

Mit dem ganzen Prozess haben die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen nur eines bewiesen: Sie lassen sich bei der HSH Nordbank gern von Interessen Dritter leiten - dafür habe ich Verständnis -, nämlich denen des Vorstands der HSH Nordbank. Er hat natürlich ein Interesse daran, dass nicht nur die Bank selbst, sondern auch er selbst existent bleibt.

Ob es um die Garantieerhöhung oder um die **Bekämpfung von Steueroasen** geht, bei der HSH Nordbank wird die eigene Programmatik hintangestellt. In dem von den regierungstragenden Fraktionen beschlossenen Änderungsantrag zu den Steueroasen heißt es wie folgt:

„Dabei muss insbesondere sichergestellt werden, dass die HSH Nordbank AG ihre Gewinne aus Offshore-Beteiligungen auch künftig in Deutschland versteuert und zugunsten der Kunden der Bank durch die Offshore-Beteiligungen keine illegalen Steuervorteile generiert werden.“

Sie waren sich noch nicht einmal zu schade, mit diesem Änderungsantrag die HSH Nordbank dafür zu loben, Herr Kollege Andresen, dass sie keine illegalen Steuervorteile generiert. - Ist das Ihr Ernst? Ich würde von einer in der öffentlichen Hand befindlichen Bank gar nichts anderes erwarten.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist bedauerlich, dass hier bankeigene Partikularinteressen dem Gemeinwohl vorgezogen wurden. Das Primat des Parlaments ist an den Widerständen der regierungstragenden Fraktionen gescheitert.

Ich möchte gern zusammenfassen: Außer Zeit haben wir nichts gewonnen. Spätestens nach Veröffentlichung des Stresstests der EBA wird sich der Landtag erneut mit der Kapitalsituation der HSH Nordbank befassen müssen. Bis dahin wird man Stoßgebete an die Devisenmärkte senden. Sollte der US-Dollar aufwerten,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Tut er doch schon!)

(Wolfgang Kubicki)

wird sich dieser Zeitraum nicht nur erheblich verkürzen, sondern es wird eine Situation eintreten, in der die Kapitalzuführung unabwendbar oder die Abwicklung des Instituts eine ernsthafte Option sein wird.

Frau Präsidentin, ich beantrage, über beide Fragen der Beschlussempfehlung getrennt abstimmen, weil wir zu diesen Positionen jeweils unterschiedliche Abstimmungsverhalten an den Tag legen wollen: zum einen die Frage der Garantierahmenerhöhung, die wir als FDP konsequent wie im Jahr 2009 ablehnen werden, und zum anderen die Frage des Wertpapiereinkaufs durch den Finanzfonds, der wir zustimmen werden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das heißt, wir sollen Bericht und Beschlussempfehlungen punkt- beziehungsweise nummernweise abstimmen?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

So ist es; das ist meine Bitte.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Okay, danke schön. - Gestatten Sie jetzt noch eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Andresen?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank. - Herr Kollege, wir sind uns insofern - ich fange versöhnlich an - einig, dass es um die Eigenkapitalausstattung geht und dass man sich fragen muss, welche Maßnahmen man ergreifen kann, um diese zu verbessern beziehungsweise die Bank in diesem Punkt überlebensfähig zu halten.

Sie haben deutlich gemacht, warum Sie die Maßnahmen, denen wir als Koalitionsfraktionen gleich zustimmen werden, ablehnen. Das ist Ihr gutes Recht. Es gibt sicherlich gute Argumente für unsere, aber auch für Ihre Position.

Mich verwundert allerdings, dass Sie anders als beispielsweise die Kollegen der CDU-Fraktion Ihre Ideen und Ihre Konzepte für

die HSH Nordbank nicht durch einen eigenen Änderungsantrag unterfüttern.

Ich frage Sie: Warum haben Sie eigentlich keinen eigenen Änderungsantrag eingebracht, wenn Ihre Ideen so schlüssig und die bessere Alternative zu dem sind, was wir vorhaben?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Andresen, ich finde diese Frage - bitte erlauben Sie mir das als Älterer - etwas kindisch. Denn es geht nicht darum, welche Anträge wir einbringen - der Kollege Stegner weist immer darauf hin, dass in bestimmten Bereichen Regierungshandeln vorliegt -, sondern es geht momentan um eine konkrete Maßnahme, an deren Wirkung wir erhebliche Zweifel haben und die wir für wirkungslos halten. Ich habe immer wieder vorgetragen und die Regierung seit mehreren Jahren gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die Eigenkapitalausstattung der Bank verbessert wird, weil der Garantierahmen nicht helfen wird. Das Problem wird Ihnen in spätestens einem halben, einem dreiviertel Jahr wieder auf die Füße fallen. Wir werden die Frage, ob wir zusätzliches Eigenkapital bekommen, lösen müssen, entweder indem wir es selbst machen oder indem wir andere Kapitalgeber finden. Sonst werden Sie das Problem der Bank nicht lösen. Je mehr Zeit wir verlieren, desto schwieriger wird es werden, weil Kapitalgeber, die wir von anderer Seite gewinnen wollen, die Situation der Bank aufgrund eigener Interessen einschätzen können und im Zweifel ihre Konditionen diktieren können.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Andresen?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Jederzeit gern. Es ist ja ein interessantes Feld.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Obwohl ich jünger bin. Schönen Dank.

- Weil Sie jünger sind.

- Ich erwarte, dass Sie als Oppositionsfraktion Alternativen, die dringend notwendig sind, wenn man der Garantierhöhung nicht zustimmt, Herr Kollege, in Anträgen formulieren. Nur immer in Zeitungsartikeln zu erklären, dass von irgendwoher ein weißer Ritter kommen mag, sei es bei der Drittverlust-

(Wolfgang Kubicki)

garantie oder beim Eigenkapital, reicht nicht aus. Dadurch lösen sich die Probleme der Bank nicht. Darauf habe ich angespielt. - Schönen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Herr Kollege Andresen, ich wiederhole das, was ich Ihrem Staatssekretär schon gesagt habe: Wenn die Regierung auslobt, dass ich mit 5 % Provision bei denjenigen beteiligt werde, die der Bank Kapital zuführen, kümmere ich mich darum. Ich garantiere Ihnen, dass ich Menschen finden werde, die sich an dieser Bank beteiligen. Wir können ja einen entsprechenden Vertrag schließen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Piratenfraktion erteile ich dem Abgeordneten Torge Schmidt das Wort.

(Zurufe)

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Erstes möchte ich mich beim Finanzministerium bedanken: Wann immer wir Fragen hatten, hat es sich bemüht, sie uns schnellstmöglich zu beantworten. Natürlich haben uns nicht alle Antworten gefallen; so ist das leider.

Wir können den Fokus der Debatte weiter auf die Vergangenheit legen - ich halte das für falsch. Wer wie wann welche Fehler gemacht hat und dafür nun Verantwortung übernehmen müsste, führt uns in der jetzigen Debatte nicht weiter.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir können die damaligen Entscheidungen nicht revidieren. Natürlich wäre es einfacher gewesen, bereits damals mit den Ländergarantien und der Unterstützung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen eine Abwicklungsanstalt zu gründen. Diese Option wurde leider vertan.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Es geht nun darum, eine **Entscheidung** zu treffen, die uns auch in Zukunft weitere **Handlungsspielräume** ermöglicht. Jeder hat dabei das Recht, seine Meinung aufgrund von Fakten zu ändern. Das gilt nicht nur für die CDU, sondern auch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den SSW; auch die Finanz-

ministerin verweigerte 2009 ihre Zustimmung. Jeder Einzelne von uns muss heute eine schwierige Abwägung zwischen den Szenarien treffen. Wir müssen die Aussagen der Bank und die Informationen, die uns das Finanzministerium bereitgestellt hat, bewerten. Auch das Risiko eines erneuten Beihilfeverfahrens dürfen wir nicht außer Acht lassen.

Ich habe mich - wie wir alle - mit allen Szenarien, die uns die Bank vorgelegt hat, beschäftigt. Mein Vertrauen in die Bank hält sich in Grenzen.

(Beifall PIRATEN)

Dafür wurden zu viele Prognosen revidiert und Erwartungen nachträglich nach unten angepasst. Die jetzige Frage ist also: Wie schlimm kann das Szenario noch werden, und bis wann bringt den Ländern eine Garantie einen Vorteil?

Man kann nachrechnen - de facto ist es so -, dass eine **Garantierhöhung** für das Land nur dann von Nachteil wäre, wenn sehr kurzfristig sehr viele Verluste in der Bank anfielen, auf Deutsch: Wenn die BaFin uns den Laden dichtmacht, ist die Garantierhöhung für uns ein Nachteil.

Wird uns die BaFin den Laden dichtmachen? Das ist schwer abzusehen. Auf jeden Fall wird es so kommen, wenn wir die Garantie selbst nicht erhöhen. Die BaFin akzeptiert die finanziellen Sicherungswirkungen der Garantie nur, wenn das Portfolio mit einer angemessenen Garantiesumme abgesichert ist. Die BaFin erwartet von uns, dass wir die Garantie wieder erhöhen.

Die Landesregierung sagt immer wieder, es müsse der Eindruck gewahrt werden, dass die Länder hinter der Bank stünden. Mit Verlaub - das möchte ich hier noch einmal ausdrücklich betonen -, ich als Abgeordneter stehe hinter diesem Land und nicht hinter einer Bank.

(Beifall PIRATEN)

Als Land sind wir in der Situation, dass wir zum Spielball von Ratingagenturen, der BaFin, der EU und auch der Bank selbst geworden sind. Die Landesregierung fühlt sich gezwungen, immer wieder zu lächeln und zu sagen: Wir bekommen das hin und bekennen uns zur Bank.

Man muss sich aber auch die Frage stellen, ob die **Bank** mit ihrem neuen **Geschäftsmodell** eine Perspektive hat. Ich persönlich glaube nicht, dass es für unser Land volkswirtschaftlich Sinn macht. Die HSH Nordbank wurde im Prinzip dazu gezwungen, im Fahrwasser der Sparkassen und Volksbanken zu wildern, auf Deutsch: ihren eigenen Anteilseignern

(Torge Schmidt)

das Geschäft zu vermiesen. Gleichzeitig befindet sich die HSH im Wettbewerb mit anderen großen deutschen Banken. Die Margen sind gering, und die Bank muss noch die ganzen Kosten der Restrukturierung tragen.

Die EU hat der Bank keine andere Wahl gelassen, als sich auf dieses Nullachtfünfzehn-Geschäftsmodell einzulassen. Die damalige Entscheidung der EU war falsch, der Bank zu verbieten, in sämtlichen Geschäftsbereichen tätig zu sein. Hier muss ich den Antrag der CDU ausdrücklich loben, denn unter Punkt 1 des Antrags fordert die CDU, im neuen **Beihilfverfahren** die „Vorgaben aus dem Jahr 2011 kritisch zu hinterfragen und dabei zu prüfen, ob eine Änderung dieser zugunsten von relevanten Projekten und Finanzierungen im Schifffahrt- und Luftfahrtsektor möglich ist“. Ich halte diesen Punkt für essenziell und möchte daher - wie Herr Rother schon angekündigt hat - über den Antrag der CDU in den einzelnen Punkten abstimmen.

Kommen wir nun zum Fazit. Unsere Möglichkeiten, mit einem blauen Auge aus der HSH Nordbank herauszukommen, sind vorbei. Wenn wir heute die Garantierhöhung annehmen, müssen wir auch sagen, wie es weitergeht. Für mich kann es nach der Garantierhöhung nur drei Szenarien geben. Erstens. Wir bauen die Bank in eine Abwicklungsanstalt um und setzen dem Schauspiel ein Ende. Zweitens. Wir bauen eine Bad Bank, nehmen die alten, faulen Kredite heraus und schauen, ob die Bank mit ihrem neuen Geschäftsmodell überleben kann. Drittens. Wir verkaufen unsere Anteile. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt aber extrem unwahrscheinlich, dass die jemand kaufen wird.

Ganz ehrlich: Die kontrollierte Abwicklung ist für mich derzeit am attraktivsten. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Abgeordneten des SSW erlaube ich dem Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zweifelsohne hätten wir uns heute wirklich etwas anderes als eine Debatte über die **Garantierhöhung** für die **HSH Nordbank** vorstellen können. Schon 2009 befand sich die Bank an einem Scheideweg. Damals schlugen wir vor, den Bund mit ins Boot zu nehmen. Leider gab es dafür keine

Mehrheit, sonst hätten wir heute womöglich einen soliden Partner an unserer Seite. Aber sei es drum, wir können die Zeit nicht mehr zurückdrehen.

Ich erlaube mir trotzdem, auf die Ausführungen des Kollegen Kubicki zu verweisen: Die damaligen Oppositionsfraktionen, FDP, Grüne und SSW, hatten durchaus andere Modelle im Auge und haben der Garantiegewährung damals deshalb nicht zugestimmt. Heute ist die Situation allerdings anders: Heute haben wir keine Chance für andere Lösungen; zumindest liegen sie nicht vor. Das hat auch der Kollege Andresen schon gesagt. Deswegen macht es inhaltlich einen Unterschied, ob man mit anderen Lösungen kommt und die Mehrheitslösung ablehnt oder ob es nur eine Lösung gibt, zu der man sich positionieren muss.

Wir müssen jetzt nach vorn gucken und herausfinden, was die Bank heute braucht und wo wir sie unterstützen können. Hier haben wir eine klare Verantwortung zu tragen. Wir sind für die Bank verantwortlich, denn schließlich geht es dabei um unser Landesvermögen. Die Bürgschaftserhöhung ist der richtige Weg, die Bank in ihrem Bestreben für ein **beständigeres Kernkapital** mittelfristig zu unterstützen. Ich möchte auch noch einmal betonen - gerade für die Öffentlichkeit -, dass es sich nicht um eine Cash-auf-die-Hand-Aktion handelt. Es handelt sich lediglich um eine Garantiegewährung. Wenn man einen anderen Weg gehen möchte, dann muss man diesen heute auch aufzeigen können. Zur Erinnerung: Auch eine Abwicklung gibt es nicht umsonst.

Der Ruf der FDP nach einem reichen Scheich, der mit einem Haufen frischem Geld dahergeritten kommt, mag sich vielleicht sehr attraktiv anhören, ist meiner Meinung nach aber völlig unrealistisch. Wir müssen uns der Realität stellen. Deshalb helfen weder Wunschvorstellungen noch ein Blick zurück zu unseren damaligen Lösungsmöglichkeiten. Ich hoffe, dass sich für unser Bestreben eine breite Mehrheit findet, um für die Bank auch dem Markt ein Signal zu geben - das Signal, dass wir als Landtag hinter der HSH Nordbank stehen.

Natürlich hoffen auch wir auf eine Besserstellung der Bank in künftigen Ratings, auch vor dem Hintergrund, dass die Bank in Zukunft die Anforderungen von Basel III einhalten kann. Ein positives **Rating** kann dazu beitragen, die Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank zu verbessern. Dies ist Voraussetzung dafür, dass sich die Bank nachhaltig neu aufstellen und weiter festigen kann.

(Lars Harms)

Schon jetzt verzeichnet die Bank im **Sanierungskurs** erste Fortschritte. Das neue Geschäft mit den Firmenkunden schlägt an. Die Kunden haben Vertrauen dazugewonnen. Die größte Herausforderung allerdings wird auch in den nächsten Jahren nicht verschwinden: die internationale Schifffahrtskrise. Was wir in diesem Fall brauchen, ist Zeit. Die Garantierhöhung verschafft uns diese Zeit. Dieser zusätzliche Zeit- und Spielraum dient der Verbesserung der Kapitalquoten. Damit kann die HSH ihr Kundengeschäft planmäßig ausbauen und die Positionierung der Kernbank in den Märkten zusätzlich stärken.

Zudem hat die EU-Kommission verordnet, das Schifffahrtportfolio bis Ende 2014 zurückzufahren. Wie der Aufsichtsratsvorsitzende der HSH Nordbank, Herr Thomas Mirow, schon sagte: Diese Bank traut sich zu, am Markt zu bestehen und in neuer Form zu überleben. Die HSH Nordbank begibt sich also auf einen Weg in neue, hoffentlich ruhigere Gewässer. - Wir wollen dazu beitragen.

Abschließend möchte ich an alle hier im Hohen Hause appellieren, sich fraktionübergreifend zu diesem Weg zu bekennen. Damit andere politische Zielsetzungen, frühere Zielsetzungen oder auch andere Wunschmodelle oder den politischen Schlagabtausch zu verbinden, macht keinen Sinn. Es geht hier um eine Entscheidung, ob man eine Lösung mittragen will und ob man die Bank unterstützen will. Die Bank braucht unsere Unterstützung, weil die Bank dann besser am Markt aufgestellt ist.

Ich möchte es noch einmal ganz deutlich machen: Es geht hier, lieber Kollege Kubicki, nicht nur um die Bank, sondern auch um die Bürgerinnen und Bürger im Land. Es geht um ihr Vermögen, denn das Landesvermögen ist ihr Vermögen, es ist nicht unser Vermögen. Deshalb wünschen wir uns eine möglichst breite Zustimmung zu unserem Antrag.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Eine Bemerkung und eine Frage, Frau Präsidentin. - Lieber

Kollege Harms, stimmen Sie mit mir überein, dass die Schwierigkeiten der HSH Nordbank nicht durch Entscheidungen des Parlaments - egal in welcher Form - entstanden sind, sondern durch eine unzureichend ordnungsge-
mäßige Geschäftspolitik der Bank?

Sie ist nicht aufgrund der parlamentarischen Entscheidungen in der Krise, sondern aufgrund ihrer eigenen Geschäftspolitik. Deshalb sind Erklärungen wie die, wir müssen jetzt zur Rettung der Bank beitragen und jeder, der nicht Ihren Vorschlägen zustimmt, ruiniere das Land Schleswig-Holstein beziehungsweise schade der Bevölkerung, aus meiner Sicht ziemlich euphemistisch; wir haben seit 2008 drei Aufsichtsratsvorsitzende und vier Vorstandsvorsitzende gehabt, die uns jeweils erklärt haben, wie erfolgreich ihre Geschäftspolitik dazu beitrage, die Bank zu stabilisieren und Schaden vom Land abzuwenden.

Lars Harms [SSW]:

In der Analyse dessen, was in den letzten Jahren passiert ist, gebe ich Ihnen recht. Das, was die Bank runtergerissen hat, ist natürlich eng verbunden mit der Geschäftspolitik, die seit 2003 betrieben wurde - völlig klar. Mein Hinweis darauf, dass es auch um das Landesvermögen geht, bezieht sich insbesondere darauf, dass wir nicht nur schon in der Vergangenheit Garantien gegeben haben, sondern dass wir auch die Gewährträgerhaftung noch im Spiel haben. Sollte die Bank unkontrolliert in eine Abwicklung geraten, könnte es sein, dass diese Gewährträgerhaftung zum Tragen kommt. Das würde das Landesvermögen und damit das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes schädigen.

Vor dem Hintergrund appelliere ich, für unsere Lösung zu stimmen. Man mag es nicht tun, das ist in Ordnung. Jeder kann sich entscheiden, wie er will. Wir sind frei gewählte Abgeordnete. Aber meine persönliche Einschätzung ist, dass man, wenn man heute unserer Lösung der Garantierhöhung zustimmt, doch noch eher einen Beitrag leistet, als wenn man das nicht tut. Aber das mag jeder selbst für sich unterschiedlich einschätzen.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten König von der Fraktion der PIRATEN das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bitte erlauben Sie mir, mein Abstimmungsverhalten zu begründen. Im Laufe des Verfahrens gab es mehrere **Alternativen**, die in meinen Augen leichtfertig verworfen wurden.

Erstens: **Bad Bank**. Die Ablehnung scheint allein politischer Natur zu sein. Die vorgelegten Informationen sind nicht ausreichend, um abschließend beurteilen zu können, welche Effekte das Auslösen von Wertpapieren besessen hätte. Wie hätte sich das Risikoprofil für die Länder und die Bank konkret verändert? Wie und welche Wertpapiere hätten übertragen werden müssen? - Diese Fragen sollten erst gar nicht beantwortet werden.

Zweitens: **Gewährträgerhaftung**. Wie wir gestern erfahren haben, ist die Landesregierung nicht in Verhandlungen mit Nordrhein-Westfalen getreten, um diese an der Garantie zu beteiligen, obwohl Nordrhein-Westfalen über ehemalige Beteiligungen der WestLB auch für die Gewährträgerhaftung aufkommen muss. Wir reden hier von einer Größenordnung von bis zu 27 %. Das sind 7 Milliarden €! Das Damokles-Schwert wäre deutlich stumpfer, wenn hier zeitig gehandelt worden wäre.

Drittens: **Drittverlustgarantie**. Wenn es nicht gelingt, einen privaten Investor für einen Zinssatz von 4 % zu gewinnen, sollten bei der Landesregierung die Alarmglocken läuten. Anders als die Landesregierung verlassen diese sich nicht auf die Aussagen der Bank. Diese prüfen selbst das komplette Referenzportfolio. Anscheinend ist die Garantiegebühr nicht mehr marktüblich. Erhöht das nicht gerade die Gefahr einer Erhöhung für ein weiteres EU-Beihilfeverfahren? Die Tragfähigkeit des neuen Geschäftsmodells wäre dadurch extrem bedroht. Die Lebensfähigkeit der Bank könnte hinfällig werden.

Sollte die EU zu diesem Fazit kommen, ist das, was wir heute entscheiden, nichtig. Die Garantie wird gestrichen, und die Bank geht in die Abwicklung. Niemand kann uns sagen, dass die Garantierhöhung überhaupt zu einer nachträglichen Stärkung der harten Kernkapitalquote führen würde. Allein IFRS und Basel III senken die harte Kernkapitalquote erneut um jeweils einen Prozentpunkt.

Sie haben den Entscheidungsspielraum bewusst kontinuierlich eingeengt, um uns die **Garantierhöhung** als einzige Möglichkeit zu präsentieren. Die Alternativen waren da, doch Sie wollten sie nicht. Verantwortung für dieses Land übernimmt nur, wer unvoreingenommen alle Möglichkeiten prüft. Das haben Sie nicht getan.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Wortmeldung Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

Uli König [PIRATEN]:

Ich möchte hier mein Abstimmungsverhalten begründen und nicht mit Ihnen meine Meinung diskutieren. - Vielen Dank.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus den gerade genannten Gründen kann ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, für die Garantierhöhung zu stimmen. Daher werde ich Ihren Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte es hier nicht unnötig in die Länge ziehen, die Regierung spricht auch gleich selbst noch, aber ich möchte noch etwas zu dem Beitrag sagen. Jeder hat hier natürlich das gute Recht - ich habe das auch gerade zu dem Kollegen Kubicki gesagt, dass es gute Gründe gibt -, sich anders zu entscheiden, als wir als Regierungsfractionen es tun.

Aber, Herr König, Sie haben hier einige Vorwürfe in den Raum gestellt, die ich so nicht stehenlassen möchte, weil es wirklich in sehr vielen Sitzungen des Beteiligungsausschusses, in sehr vielen Sitzungen des Finanzausschusses und in einer gemeinsamen Anhörung in der Hamburger Bürgerschaft - viele Kollegen sind in ihren Redebeiträgen darauf

(Rasmus Andresen)

eingegangen - sehr viele Informationen gegeben hat. Dass Sie als Abgeordneter daran - aus welchen Gründen auch immer - nicht teilgenommen haben und deswegen diese Information nicht haben, ist eine andere Geschichte. Aber sich hier hinzustellen und zu sagen, dass die **Informationspolitik** der Landesregierung oder die Informationspolitik insgesamt schlecht sei, kann man so nicht stehenlassen. Deswegen habe ich mich hier noch einmal zu Wort gemeldet.

Etwas anderes ist es, wenn man in der Abwägung dann zu anderen Entscheidungen kommt. Aber es hat so viele Informationen gegeben - auch durch den öffentlichen Umdruck, durch die Beantwortung von vielen Fragen, auch aus Ihrer Fraktion - wie noch niemals zuvor, jedenfalls nicht, dass ich mich aus meiner Zeit im Parlament daran erinnere. Auch nach dem, was ich von Vorgängern gehört habe, war das, was es an Informationspolitik gegeben hat, wirklich sehr gut. Dass hier mit anderen Vorwürfen gearbeitet wird, weil man sich selbst das Abstimmungsverhalten vielleicht nicht anders erklären kann, weise ich scharf zurück. Das war der Grund, aus dem ich mich hier gemeldet habe. - Schönen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung hat Frau Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor circa einer halben Stunde hat die **Europäische Kommission** die **vorläufige Genehmigung** für die **Wiederaufstockung der Garantie** ausgesprochen. Manche hatten nicht erwartet, dass es so kommt. Aber es ist so gekommen. Die Hamburger Bürgerschaft hat bereits in der vergangenen Woche entschieden. Wenn heute noch der Schleswig-Holsteinische Landtag die Wiedererhöhung der Garantie beschließt, dann haben wir alle notwendigen Beschlüsse, um die Bank zu stärken.

Sehr geehrter Herr Kubicki, Sie sagten, wir hätten vielleicht nicht mehr als Zeit gewonnen. Ich sage Ihnen: Zeit zu gewinnen, ist an dieser Stelle sehr viel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

In den letzten Wochen habe ich bei vielen Gesprächen, auf zahlreichen Veranstaltungen die Gründe für die Wiederaufstockung der Ländergarantie dargelegt.

Dabei habe ich immer wieder feststellen müssen, dass sich bei vielen Bürgerinnen und Bürgern der Eindruck verfestigt hat, der Landtag würde heute über eine **Kapitalerhöhung**, also über eine weitere Milliardenzahlung der Länder an die HSH-Nordbank, entscheiden. Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle noch einmal in aller Deutlichkeit klarstellen, dass das nicht der Fall ist. Im Gegenteil, die Garantierhöhung verpflichtet die HSH-Nordbank zu einer Einmalzahlung von rund 275 Millionen €, zudem steigt die jährliche Zahlung an die gemeinsame Länderanstalt von derzeit 280 Millionen € jährlich auf dann 400 Millionen €. Anders als 2009 nimmt die Länderanstalt also keine neuen Kredite auf, um sie an die Bank weiterzuleiten.

Vielmehr erhalten die Länder eine Gebühr dafür, dass sie die Bank gegen **Zahlungsausfälle versichern**. Wer etwas versichert, der darf natürlich nicht die Augen davor verschließen, dass der Versicherungsfall irgendwann eintreten könnte. Das ist das Risiko, Herr Koch, das es 2009 schon gegeben hat. Mich wundert ein bisschen, dass Sie in drei Vierteln Ihrer Rede heute das Risiko betont haben. Das gab es bereits 2009. Aber das Risiko ist natürlich mit der Wiederaufstockung der Garantie erneut verbunden. Das sagt die Landesregierung, und das muss man auch in aller Offenheit benennen.

Meine Damen und Herren, auf der anderen Seite wissen wir aber, ohne die Wiederaufstockung der Garantie bestünde die Gefahr einer **unkontrollierten Abwicklung der Bank**. Herr Schmidt, wenn man die kontrollierte Abwicklung will, dann würde man - Herr Schmidt, Sie hatten gesagt, Sie seien für die kontrollierte Abwicklung - diese Garantie auch brauchen. Das haben wir auch schon miteinander diskutiert. Die Gefahr besteht in der unkontrollierten Abwicklung. Milliarden schwere Verluste für das Land und spürbare Belastungen für die Sparkassen wären dann wohl unvermeidlich. Das kann keiner wollen.

Die Wiederaufstockung ist aktuell der einzige Weg, der es der Bank ermöglicht, sich zu bewähren. Es ist der Weg, der am besten geeignet ist, unser Landesvermögen zu schützen. Durch die Wiederaufstockung der Garantie pumpen wir also nicht - wie Herr Kubicki es in der letzten Landtagstagung noch sagte - erneut Geld in die Bank, das Gegenteil ist der Fall. Durch die Wiederaufstockung der Garantie verhindern wir, dass Schleswig-Holstein und Ham-

(Ministerin Monika Heinold)

burg nach der Kapitalerhöhung 2009 erneut Milliarden für die Bank zahlen müssen. Die Wiederaufstockung sorgt dafür, dass die **Kernkapitalquote** der Bank über der entscheidenden aufsichtsrechtlichen Hürde von 9 % bleibt. Eine andere realistische Möglichkeit, dies zu erreichen, besteht zurzeit nicht.

Meine Damen und Herren, ich will nichts beschwichtigen, die Lage ist ernst. Auch mir wäre es lieber, wenn wir heute statt über die Wiederaufstockung der Garantie über die Verwendung von Dividenden für unsere Bankenanteile beraten könnten. Aber es hilft nichts, wir müssen uns der Realität stellen. Und da ist nach Abwägung aller Chancen und Risiken - wir haben viel darüber diskutiert; auch das noch einmal in Richtung der PIRATEN; es sind viele Frage gestellt und beantwortet worden - und nach heutigen Erkenntnissen die Wiederaufstockung der Garantie das beste Mittel, um unser Landesvermögen zu schützen.

Herr Koch, Sie haben in der letzten Landtagsdebatte zur HSH und auch heute selbst festgestellt, dass die Garantiefestsetzung notwendig sei, um - ich zitiere aus Ihrer damaligen Rede - „die Überlebensfähigkeit der Bank zu sichern, um die Kernkapitalquote zu stärken und den Abbau der Gewährträgerhaftung bis zum Jahr 2015 zu ermöglichen.“

Wenn Sie trotz der von Ihnen selbst ausgedrückten und festgestellten Notwendigkeit der Aufstockung dieser jetzt nicht zustimmen, weil Ihnen die konstruktive Sparpolitik der Konsolidierungskoalition nicht in den Kram passt,

(Lachen Tobias Koch [CDU] - Tobias Koch [CDU]: Jetzt erst recht nicht mehr!)

dann nehmen Sie die HSH Nordbank und damit das Landesvermögen als Faustpfand, um uns Ihren Sparkurs aufzudrücken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Zustimmung zur Garantierhöhung bei der HSH Nordbank im Tauschhandel gegen massive Kürzungen bei der Bildung und einen weiteren Stellenabbau im öffentlichen Dienst - Herr Koch, das machen wir nicht mit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, in **Hamburg** läuft das anders. CDU und Grüne in Hamburg, die damals genauso wie die CDU hier in Schleswig-Holstein das Rettungspaket zu verantworten hatten, haben

sich jetzt nicht davongeschlichen, sondern stehen zu ihrer Verantwortung, zu ihrer damals übernommenen Verantwortung. Sie haben vergangene Woche in der Bürgerschaft der Wiederaufstockung zugestimmt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist auch richtig so. Das wurde dort auch breit anerkannt. Denn wenn es um Milliardenrisiken geht, gilt ganz klar, sich zu enthalten heißt an dieser Stelle, keine Haltung zu haben. Das kann nicht der Anspruch einer großen Volkspartei sein.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, von der größten Oppositionsfraktion kann in einer solch wichtigen Frage eine klare Positionierung erwartet werden. Stimmen Sie dagegen, Herr Koch, wenn Sie das falsch finden. Die FDP hat ihre Argumente. Das wird von uns respektiert. Das ist in sich nach den letzten Jahren auch konsequent. Aber meine Damen und Herren von der CDU, bei Ihnen werbe ich noch einmal dafür: Stimmen Sie für das, was notwendig ist, was Sie selbst für notwendig erachten. Koppeln Sie es nicht an die **Haushaltspolitik**, sondern folgen Sie der Vernunft. Die HSH Nordbank ist in großen Teilen unser Eigentum. Eigentum verpflichtet, und in dem Sinne werbe ich für eine möglichst breite Zustimmung zu dieser Rettungsmaßnahme, die die Landesregierung heute beantragt.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Zunächst kommen wir zur Abstimmung zum Antrag der Landesregierung in der Drucksache 18/654. Da geht es um die Erhöhung des Garantievolumens. Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Antrags. Wer dieser Ausschussempfehlung folgen will - -

(Thomas Rother [SPD]: Erst der CDU-Antrag!)

- Der muss zuerst abgestimmt werden?

(Tobias Koch [CDU]: Ja, das wäre sinnvoll! - Weitere Zurufe)

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

- Okay, Entschuldigung. Ja, jetzt habe ich es begriffen.

Dazu war mir von dem Kollegen Heinemann vermittelt worden, dass Sie über den Antrag nummernweise abstimmen wollen. Ist das richtig?

(Zuruf Thomas Rother [SPD])

- Genau. Da gibt es drei Punkte, die jeweils einzeln abgestimmt werden sollen. Ist das richtig? - Okay.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/937. Wir stimmen zunächst über die Nummer 1 des Antrages ab. Wer dieser Nummer seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP, CDU, drei Abgeordnete der PIRATEN, die Stimmen des SSW und die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen? - Das ist der Kollege Dr. Breyer. Enthaltungen? - Das ist der Kollege König; beide von der Fraktion der PIRATEN. - Damit ist die Nummer 1 des Antrags mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Nummer 2 des Antrags. Wer dieser seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von der CDU und der Kollege Breyer von der Piratenfraktion. Wer stimmt dieser Nummer nicht zu? - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion, des SSW, der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD sowie teilweise die Abgeordneten der PIRATEN. - Enthaltungen? - Kollege König von der Piratenfraktion enthält sich. - Damit ist diese Nummer mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Nummer 3 des Antrags. Wer dieser Nummer seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, des SSW, der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer lehnt die Nummer 3 ab? - Das sind vier Abgeordnete der Piratenfraktion. - Wer enthält sich? - Das sind die Kollegen von der FDP-Fraktion sowie der Kollege König von der Piratenfraktion. - Damit ist diese Nummer mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen zu dem Teil a) des Tagesordnungspunktes, den Antrag der Landesregierung in der Drucksache 18/654. Dabei geht es um die Erhöhung des Garantievolumens. Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Antrags in der Drucksache 18/654. Wer dieser Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte

ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und Kollegen der Fraktion der PIRATEN. Wer diesen Antrag ablehnen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP und der Kollege König von der Piratenfraktion. Wer enthält sich? - Das sind die CDU-Fraktion und der Kollege Dr. Breyer von der Piratenfraktion. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung zu Teil b), Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/726 (neu) - 2. Fassung. Da geht es um den Wertpapierankauf. Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Antrags Drucksache 18/726 (neu) - 2. Fassung. Wer dieser Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von CDU und FDP und der Abgeordnete Dr. Breyer von der Piratenfraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das ist niemand. Wer enthält sich? - Das sind die vier weiteren Kollegen der Piratenfraktion. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 25 auf:

Offenlegung von „Gesetzgebungs-Outsourcing“

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/897

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer von der Fraktion der PIRATEN das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben gerade über die Einflussnahme der HSH Nordbank auf die Politik der Landesregierung gesprochen. Leider ist ganz allgemein die **Einflussnahme** der **Wirtschaft** auf die Politik groß und hat die Verflechtung von Wirtschaft und Politik in Deutschland erschreckende Ausmaße angenommen. Parteien und Wahlkämpfe werden von Wirtschaftsunternehmen finanziert. Parteitage werden von Wirtschaftsunternehmen gesponsert, zum Beispiel Bundesparteitage der FDP von Unternehmen der Glücksspielbranche. Abgeordnete werden als Aufsichtsratsmitglieder oder als Berater von Wirtschaftsunternehmen bezahlt. Spit-

(Dr. Patrick Breyer)

zenverdiener im Bundestag ist bekanntlich der SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück.

Es besteht ein reger personeller Wechsel aus der Wirtschaft in die Politik und umgekehrt. Politiker, die sich für eine Gaspipeline oder für Biometrie einsetzen, wechseln nach dem Ende ihres Amtes zu den davon profitierenden Unternehmen - Stichwort: Gerhard Schröder oder Otto Schily. Es gibt keine Karenzzeiten, die dies begrenzen. Die Wirtschaft verleiht Personal an Ministerien, das in der Vergangenheit schon einmal an Gesetzentwürfen mitgeschrieben oder an der Aufsicht für das zu entsendende Unternehmen mitwirkte, und Ministerien lassen Gesetzentwürfe von Wirtschaftskanzleien schreiben, die sonst für Großunternehmen arbeiten.

Der CSU-Wirtschaftsminister zu Guttenberg ließ einen Gesetzentwurf zur Bankenrettung von einer Anwaltskanzlei erstellen, die vorher eben die Bank, die gerettet werden sollte, beraten hatte. Durch diese Praxis entsteht der Eindruck eines zunehmenden **Ausverkaufs politischer Macht**. Es ist ein Kernziel der Piratenpartei, diesen Sumpf trockenzulegen und die Herrschaft der Demokratie über die Wirtschaft sicherzustellen. Deswegen fordern wir endlich klare Antikorruptionsregeln, Karenzzeitenregeln und Offenlegungsregeln.

Viele dieser Dinge kann nur der **Bundestag** beschließen, zum Beispiel endlich Abgeordnetenbestechung unter Strafe zu stellen. Darin haben wechselnde Mehrheiten der etablierten Parteien aller Couleur versagt. Wir PIRATEN werden dafür kämpfen. Auf Landesebene haben wir einen Gesetzentwurf zur **Offenlegung von Nebeneinkünften** vorgelegt, der leider seit Monaten in dem zuständigen Ausschuss versauert.

Nun ist bekannt geworden, dass die Landtagsfraktionen von CDU und FDP bei einer Anwaltskanzlei ein Komplettpaket in Sachen Glücksspielgesetz in Auftrag gegeben haben. Wir fordern, solches **Gesetzgebungs-Outsourcing** offenzulegen und den Bürgern ganz klar mitzuteilen, wer welche Teile von Gesetzentwürfen mitgeschrieben hat. Wir sind der Überzeugung, dass die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch darauf haben zu erfahren, von wem die Gesetze stammen, an die sie sich halten sollen. Entscheidend ist dabei nicht, ob ihr Ghostwriter tatsächlich Einzel- oder sogar Eigeninteressen hat einfließen lassen, entscheidend ist, dass bei der demokratischen Gesetzgebung schon der Anschein einer Einflussnahme vermieden werden muss. Geheimes Gesetzgebungs-Outsourcing setzt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Unabhängigkeit des demokratischen Gesetzgebers aufs Spiel und damit

letztlich die Demokratie selbst. Deswegen muss das ein Ende haben.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn Sie nicht selbst in der Lage sind, ein Gesetz zu schreiben - wie soll sich dann der Bürger darauf verlassen können,

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

dass Sie im Einzelnen den Entwurf einer Anwaltskanzlei daraufhin überprüfen können, ob nicht Einzel- oder Eigeninteressen eingeflossen sind?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür ist das Parlament da!)

Wir fordern ganz klar, dass solche Aufträge ausgeschrieben und offengelegt werden müssen, und von der Koalition verlangen wir eine klare Entscheidung zu diesem Punkt. Wir werden es nicht zulassen, dass dieser Antrag wieder über Monate hinweg verschleppt wird - so wie der Gesetzentwurf zur Offenlegung von Nebeneinkünften. Wir sind der klaren Überzeugung: Wenn Sie tatsächlich meinen, Gesetzgebung outsourcen zu müssen, übernehmen Sie auch die Verantwortung dafür und rechtfertigen Sie sich davor vor der Öffentlichkeit! Das verlangen wir PIRATEN, das erwarten auch die Bürgerinnen und Bürger. -Danke.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Breyer, ich bin über Ihr **Demokratieverständnis** entsetzt. Hier in diesem Hohen Haus wird alles entschieden. Sie brauchen hier für alles eine Mehrheit. Sie müssen es hier auch rechtfertigen. Tun Sie nicht so, als sei das von außen beeinflusst, als sei das käuflich. Damit treffen Sie alle Parlamentarier, nicht nur uns, die Sie jetzt offensichtlich damit treffen wollen. Das unterscheidet uns.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Auch der Begriff **Outsourcing** besagt nichts anderes, als dass Sie sagen: Es wird von außen entschieden. - Nein, entschieden wird es hier. Hier in diesem Haus, an dieser Stelle wird es entschieden, nicht von außen. Deshalb ist der Begriff Outsour-

(Hans-Jörn Arp)

cing falsch. Die inhaltliche und **politische Verantwortung** liegt immer bei demjenigen, der ein Gesetz einbringt, und später beim gesamten **Parlament**.

Es bestehen keine rechtlichen, übrigens auch keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen eine solche **Beratung durch Dritte**. Wir brauchen so etwas auch. Wir machen das beispielsweise bei jeder Anhörung. Dort hören wir Dritte an und nehmen deren Gedanken auf.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

In unserem Fall war es ein komplett neues Feld, das wir beschritten haben und das vorher keiner gemacht hatte. Es war ein ganz außergewöhnliches Gesetz. Wir hatten in der Fraktion nicht die Fachleute. Wir wollten es in der Fraktion schreiben und nicht von der Regierung schreiben lassen. Das hatten wir uns auf die Fahnen geschrieben. Da wir aber weder das entsprechende Personal noch die Ausstattung, auch nicht die finanzielle Ausstattung hatten, mussten wir es extern machen. Dann wurde es in den Apparat gegeben und gefragt, ob es praktikabel ist. Aber die Entscheidung treffen nicht die Berater, trifft nicht die Anwaltskanzlei - nein, die Entscheidung treffen ausschließlich die Fraktionen, die das Gesetz eingebracht haben, niemand anderes.

Wir haben auch nie ein Geheimnis aus der Beteiligung **externen Sachverständs** gemacht. Bei der ersten Präsentation in Berlin haben wir Vertreter der Kanzlei in die Pressekonferenz genommen.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Ich lasse keine Zwischenfrage zu; das hat bei Ihnen heute wenig Zweck. - Am 1. November 2011 bereits stand im „Hamburger Abendblatt“ die Kanzlei, die dafür zuständig war. Wir haben auch keinen Grund gehabt, irgendetwas zu verheimlichen. Deswegen ist das, was Sie hier sagen, eigentlich eine Verleumdung.

Es ist auch nicht ungewöhnlich, so zu verfahren. **Peer Steinbrück**, der hochgelobte SPD-Spitzenkandidat - mit 22 %! - hat als damaliger **Finanzminister** Beratungsleistung der Firma Freshfields Bruckhaus Deringer für 1,8 Millionen € beauftragt. Weiterhin wurden 4,5 Millionen € für die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung ausgegeben. Offensichtlich war das Finanzministerium nicht in der Lage, mit guten Leuten zu arbeiten. Das werfe ich ihnen nicht einmal vor. Es ist besser, sich dann externe Beratung zu holen.

(Beifall CDU und FDP)

In der Zeit der rot-grünen Koalition wurde für mindestens 16 Gesetze und Verordnungen die Hilfe externer Berater in Anspruch genommen. Diese Koalition hier hätte ein Gutes daran getan, ebenso zu verfahren. Dann hätten wir nicht so ein **Tariftreue- und Vergaberecht** gehabt wie das, das wir jetzt haben, das sicherlich vor dem Verfassungsgericht scheitern wird.

(Beifall CDU und FDP)

Bei der Frage der **Regionalplanung** werden Sie scheitern. Das kommt bei den Leuten nicht an, weil das nicht professionell gemacht wurde. Auch die sogenannte **Knickverordnung** und das **Grünlandbruchgesetz**, das Sie jetzt auf den Weg gebracht haben, sind Beispiele dafür, dass Sie scheitern werden. Sie schaffen an den Menschen vorbei Gesetze. Holen Sie sich doch Sachverstand, holen Sie sich doch Rat von außen. Dann passiert so etwas nicht.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Rechtsanwälte RAUE LLP mit der Erstellung des Entwurfs eines ÖPP-Beschleunigungsgesetzes beauftragt, das am 8. September 2005 in Kraft getreten ist. Es wurde kurz vor dem Ende der damaligen Legislaturperiode im Deutschen Bundestag verabschiedet. Das alles haben wir niemandem vorgeworfen. Das alles ist ein ganz normales Vorgehen.

Sie sollten dies auch nicht mit **Spenden auf Parteitagen** in Zusammenhang bringen. Ich will Ihnen einmal Folgendes sagen: Wie wollen Sie Parteien heute überhaupt noch finanzieren?

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die Anzahl der Mitglieder geht zurück, die Beiträge können Sie nicht erhöhen, und der Staat zieht sich immer weiter aus der Finanzierung zurück. Wenn jetzt auch noch nicht mehr gespendet werden darf, dann geht das - das gilt für alle Parteien - an die **Substanz der Demokratie**. Dann haben vielleicht Schreihälse wie Sie bei der einen oder anderen Wahl Glück, aber das hilft dem Hohen Haus und dem Ansehen der Politik überhaupt nicht. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag in der Sache ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, bevor wir fortfahren, möchte ich kurz darauf hinweisen, dass wir es bei dem vorherigen Tagesordnungspunkt versäumt ha-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

ben - ich habe das versäumt -, eine Schlussabstimmung über den CDU-Antrag herbeizuführen. Ich gehe davon aus, dass Sie Ihre Reihen zum Zeitpunkt der Abstimmung gefüllt sehen möchten. Deswegen kündige ich hiermit an, dass wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes den Punkt noch einmal aufrufen und eine Gesamtabstimmung über den CDU-Antrag durchführen werden.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Guter Trick, um die Anwesenheit zu erhöhen!)

- Das ist kein Trick, sondern die Chance für alle, aufmerksam über wichtige Punkte abzustimmen.

Die SPD-Fraktion hat nun das Rederecht. Herr Dr. Stegner wird sprechen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Debatte geht es um die Legitimität von Gesetzgebungsprozessen und um demokratische Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört in erster Linie ein **transparenter, nachvollziehbarer Entscheidungsprozess**. Nur so ist Akzeptanz möglich.

(Beifall PIRATEN, Martin Habersaat [SPD] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt gerade bei komplexen, umstrittenen und mit Unsicherheiten behafteten Themen. Parlamentarierinnen und Parlamentarier können nicht Experten für alle zu entscheidenden Fragen sein, weder fachlich noch juristisch. Selbstverständlich ist es deshalb erlaubt und auch sinnvoll, sich **externen Rat** zu holen. Wir selbst haben ihn beispielsweise bei der HSH Nordbank und, ja, auch beim Glücksspielrecht in Anspruch genommen. Die Grenze für Regierung wie Parlament ist allerdings überschritten, wenn Berater, Interessenvertreter, Lobbyisten Gesetze diktieren. Dass es da Unsitten auf Bundesebene gibt, zum Beispiel in der Gesundheitspolitik, ist wahrlich kein Gegenargument.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Interessenvertretung und Lobbyismus sind bis zu einem gewissen Grad durchaus legitim. Der Austausch von Argumenten macht uns alle schlauer. Anhörungen Dritter und Beratungen in den Ausschüssen befördern sinnvolle Lösungen. Wir Sozialdemokraten schätzen beispielsweise ganz besonders die Gespräche mit Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeiterwohlfahrt, auch mit Wirtschaftsvertretern. Es wäre falsch, denkbare Alternativen zu früh zu verwerfen. Es wäre falsch, wenn etablierte Interessenvertreter verhindern könnten, dass denkbare Alternativen ernsthaft erwogen werden.

Unsere politischen Entscheidungen müssen aber für Betroffene und Interessierte durchschaubar sein. Beratung ja, Beeinflussung nein! Landtag und Landesregierung müssen in der Lage sein und das Selbstverständnis haben, Beschlüsse eigenständig zu fassen. Das gilt auch für die unmittelbare Vorbereitung von Gesetzen und Verordnungen.

(Beifall PIRATEN)

Fragen wirft in diesem Zusammenhang das von erheblichem Lobbydruck begleitete Zustandekommen des schwarz-gelben **Glücksspielrechts** auf. Politisch hat unsere Regierungskoalition zum Glück die Geisterfahrt Schleswig-Holsteins beim Glücksspielrecht beendet.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Na ja!)

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage vom Kollegen Dolgner und mir lässt aber Fragen offen, auch nach den jüngsten Auskünften der Kollegen Arp und Kubicki.

Die Landesregierung hat den Entwurf einer Verordnung zur Überwachung von Veranstaltungs- und Vertriebsgenehmigungen sowie den Entwurf einer Verordnung zur Erteilung von Veranstaltungs- und Vertriebsgenehmigungen von einer Anwaltskanzlei - ich zitiere - „unaufgefordert zur Verfügung gestellt“ bekommen. Auftraggeber und Zahler hierfür seien ihr nicht bekannt. Die Fraktionen von CDU und FDP haben inzwischen eingeräumt,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir mussten nichts einräumen!)

den juristischen Sachverstand bei der Fertigung des Gesetzentwurfs und im weiteren parlamentarischen Verfahren beauftragt und bezahlt zu haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

- Ich würde gern in Ruhe vortragen, wenn das möglich ist. Ich möchte hier nicht brüllen müssen, sondern ruhig vortragen können.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stegner. Die Kollegen von der FDP können sich gleich selbst ans Mikrofon stellen und zu Wort melden. Herr Garg und Herr Kubicki, ich bitte Sie um Ruhe.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sie haben weiter erklärt, es sei für Fraktionen zulässig, auch Verordnungsentwürfe zu erstellen und zu übermitteln. Warum wurde der Landesregierung auf Kosten der Fraktionen unaufgefordert eine Vorlage für etwas geliefert, was sie doch selbst erarbeiten sollte?

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wenn wir von Herrn Kubicki etwas lernen können, dann den Satz, dass sich Investitionen lohnen müssen. Im Übrigen gilt für mich: Nicht alles, was legal ist, ist auch legitim.

(Vereinzelter Beifall SPD und PIRATEN)

Ich sage Ihnen: Interessant ist auch die Werbung auf der Homepage der **Pinneberger Anwaltskanzlei**. Ich zitiere:

„Wir haben jeweils ... im Auftrag der Fraktionen Vorlagen für die Verordnung gefertigt. Gerne sind wir bereit, Sie bei Ihrem Angebot von Glücksspiel zu unterstützen.“

Ob diese Anwaltskanzlei angesichts solcher Akquise der richtige Ratgeber war, lasse ich einmal dahingestellt, zumal der Kollege Arp ja im „Schleswig-Holstein-Magazin“ des NDR freimütig sagte - ich zitiere :

„...da brauchten wir jemanden Externes, der damit Erfahrung hat, auch die Zeit hat und nicht aus den Häusern kommt. Kollege Kubicki hat häufig diese Mitarbeiter nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit ... Lotto-Talibane genannt, weil sie häufig keine Veränderung wollten. Und wir brauchten die neuen Ideen ... Zunächst einmal war der Widerstand in den Ministerien relativ groß.“

Ich finde, das spricht für sich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, für das parlamentarische Selbstverständnis!)

- Herr Kollege Kubicki, da Sie sich immer so aufregen, sage ich Ihnen mit Laotse: Andere beherrschen erfordert Kraft. Sich selbst beherrschen erfordert Stärke. - Vielleicht sollten Sie darüber einmal nachdenken.

Die steuerfinanzierten Leistungen nach **§ 6 Abs. 5 Satz 1** des **Gesetzes für die Fraktionen** des Schleswig-Holsteinischen Landtages dürfen nur für Aufgaben verwendet werden, die ihnen nach der Landesverfassung, diesem Gesetz oder der Geschäftsordnung des Landtages obliegen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben doch gar keine Ahnung!)

Jenseits der juristischen Problematik muss zweifelsfrei geklärt werden, ob die Finanzierung dieser Verordnungsentwürfe hierunter fällt oder nicht. Angesichts des sonst sehr intensiven Interesses von CDU und FDP an der Rechtmäßigkeit der Verwendung öffentlicher Mittel durch andere überraschen uns die sehr heftigen Reaktionen

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gar nicht!)

der Herren Arp und Kubicki schon. Oder dürfen nur Sie in diesem Haus Finanzaufsicht spielen?

(Beifall SPD)

Sie sehen also: Es gibt einige offene Fragen. Wir werden den Dingen weiter nachgehen, ob Ihnen das passt oder nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen Sie das mal!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind in den Landtag gewählt worden, um **frei und unabhängig** politische Entscheidungen zu treffen. Wir sollten uns dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen und niemandem sonst.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das definieren gerade Sie!)

Keine einzelne Lobbygruppe, keine Interessengruppe darf diktieren, was hier geschieht.

(Beifall SPD und PIRATEN)

Dass hier abgestimmt wird, hat ja niemand bestritten. Es geht um die Frage, ob das transparent hier hereinkommt oder nicht. Darüber reden wir.

(Beifall SPD und PIRATEN)

Die Bürgerinnen und Bürger des Landes müssen sich darauf verlassen können, dass wir abwägen und das Gemeinwohl im Blick haben. Deshalb sollten wir uns alle unabhängig von dieser aufgeregten aktuellen Debatte in Ruhe mit dem Vorschlag der PIRATEN befassen. Ich füge hinzu: Ob Ihnen das gefällt oder nicht, wir werden nach der Sommerpause entscheiden, welche weiteren Schritte wir in diesem konkreten Fall unternehmen werden.

(Beifall PIRATEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen Sie das mal!)

Wir werden in aller Ruhe beraten, was zu beraten ist. Ihre Aufgeregtheit spricht nur dafür, dass es Ihnen unangenehm ist, dass wir das tun.

(Dr. Ralf Stegner)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist keine Aufgeregtheit!)

Das ist der Punkt. Wir werden es aber tun. Sie schüchtern uns nicht ein.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich komme zum Schluss. - Ich habe Ihnen schon ein paar Mal gesagt: Ihr Trick, uns hier mit Anwaltsrhetorik oder sonst etwas zu versuchen einzuschüchtern, zieht bei mir jedenfalls nicht. Daran werden Sie sich gewöhnen müssen.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Burkhard Peters.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wort Lobbyismus taucht im Antrag der PIRATEN nicht auf, aber um dieses Phänomen geht es im Kern. Darum erlauben Sie mir ein paar grundsätzliche Ausführungen dazu.

Lobbyismus ist nicht die böse Macht, als die er gelegentlich angesehen wird. Lobbyismus tritt dann auf, wenn Unternehmen, Verbände und Institutionen in einer pluralen Demokratie ihr Anliegen in die parlamentarischen Entscheidungsprozesse einspeisen wollen. Die dahinterstehenden Interessen kann man für unterstützenswert halten oder nicht. Jedenfalls handelt es sich insoweit um ein normales Element der Demokratie, welches den Diskurs bereichern, voranbringen und korrigieren kann. So weit die abstrakte Ebene. Entscheidend ist das Wie des Lobbyierens. Mit welchen Mitteln wird das Anliegen vorgetragen? In einem trockenen fachlichen Gespräch, das dem Austausch dient, und zu dem bestenfalls Bohnenkaffee serviert wird, oder im Rahmen einer „Hochglanzveranstaltung“ auf einer feinen Urlaubsinsel, bei der edler Wein fließt, ein Drei-Gänge-Menü serviert wird und An- und Abreise bezahlt werden?

Die Grenzen zwischen Korruption und Lobbyismus sind fließend, und nicht nur vor diesem Hintergrund ist und bleibt es ein drängendes Problem, dass es in Deutschland den **Tatbestand der Abgeordnetenbestechung** nicht gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und PIRATEN)

Lobbyismus wird umso dunkler, je undurchsichtiger der Austausch stattfindet.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Welche Kontakte gab es? Wie häufig waren die Kontakte? Gab es einen fachlichen Austausch, in dem das Anliegen vorgetragen wurde? Gab es konkrete Vorschläge für die parlamentarischen Initiativen, oder wurden gar ganze Gesetzentwürfe in die Feder diktiert?

Daher finde ich den Ansatz der PIRATEN grundsätzlich richtig. Es sollte offen nachvollziehbar sein, wer die Gesetze schreibt. **Lobbyismus** braucht **demokratische Kontrolle**.

(Beifall PIRATEN)

Für alle muss nachvollziehbar sein, wessen Ideen und Interessen hinter einem Gesetz stehen. Nur so wird Bürgerinnen und Bürgern ein klares Bild davon vermittelt, wer die Politik und die Gesetze macht. Es ist ein Merkmal der Anträge der PIRATINNEN und PIRATEN, dass sie sich gern mit Themen beschäftigen, die auf Bundesebene und auf EU-Ebene wesentlich virulenter sind. Tatsächlich treten Lobbyisten dort in einem Umfang auf, der bedenklich ist. Wir müssen uns aber nichts vormachen: Auch auf Länderebene bestehen Verflechtungen zwischen Lobbyisten, Legislative und Exekutive.

(Beifall PIRATEN)

Natürlich erscheint es auf den ersten Blick plausibel, sich bei komplexen rechtlichen Materien von Profis helfen zu lassen. Gerade für kleine Fraktionen ist es nicht leicht, dem Apparat der Ministerien Paroli zu bieten, insbesondere wenn es um das Erstellen umfangreicher Gesetzentwürfe geht. Die Gefahr des Interessenkonflikts ist allerdings groß, wenn diese Profis keine neutralen Sachwalter sind, sondern Anwaltskanzleien, deren Alltagsgeschäft in der Wahrnehmung jener Interessen liegt, die ein Gesetz anschließend begünstigt. Der schlechte Schein lässt sich vermeiden, wenn man klar Ross und Reiter benennt. Wer nicht proaktiv Aufklärung betreibt, muss sich nicht wundern, wenn ein Geschmäckle bleibt.

(Burkhard Peters)

(Beifall PIRATEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich will gar nicht das böse Lied der **Wirtschaftskanzleien** singen, Herr Kollege Kubicki. Alle Parteien haben Interessen, denen sie nahestehen und denen sie sich verpflichtet fühlen. Es wäre allerdings naiv zu meinen, im freien Spiel der Kräfte komme es am Ende zu ausgleichender Gerechtigkeit. Das ist mitnichten der Fall. Es ist schon ein Unterschied, ob man zivilgesellschaftliche Anliegen wahrnimmt oder die Interessen millionen- oder milliarden schwerer Wirtschaftsunternehmen uneingeschränkt nach vorn bringt.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie meinen, Sie müssten das tun, dann tun Sie das. Seien Sie aber auch ehrlich, und sagen Sie es den Menschen. Die Nähe der FDP zur **Glücksspielindustrie** ist bekannt und Thema zahlreicher investigativer Recherchen. Anlass dieser Diskussion war zwar das Outsourcing von Fraktionen zu Anwaltskanzleien und nicht die Mitarbeit Dritter in Ministerien, aber auch Letzteres sollten wir bedenken. Warum soll die **Offenlegungspflicht** nicht auch für die Exekutive gelten? - Insoweit hat der Piratenantrag Lücken, die wir in der parlamentarischen Beratung schließen wollen.

An diesem Punkt sieht man allerdings auch: Die Umsetzung der an sich guten Idee ist gar nicht so einfach. Inwieweit der **Vorschlag der Kennzeichnung** einer außerparlamentarischen Fußspur praktikabel ist, wird sich im Ausschuss zeigen. Muss jede Formulierung, muss jeder Halbsatz ausgewiesen werden? Müssen ganze Sätze oder nur Absätze, ein einzelner Paragraph oder mehrere Paragraphen oder Texte erst dann, wenn ganze Gesetze in Auftrag gegeben werden, ausgewiesen werden? - Hier fehlt es dem Antrag der PIRATEN an der notwendigen Differenziertheit. Darüber werden wir uns im Ausschuss unterhalten müssen.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die PIRATEN in dieser Sitzung mit gutem Beispiel vorgegangen sind. Wenn wir uns den Antrag zur Änderung der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung ansehen, dann sehen wir, dass darunter steht: Dieser Antrag wurde in Kooperation von Foodwatch e.V. und der Piratenfraktion Nordrhein-Westfalen erstellt. Wir müssen akzeptieren, dass Sie zumindest mit gutem Beispiel vorgehen - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW, vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der FDP hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedauere sehr, dass sich die regierungstragenden Fraktionen namens Herrn Dr. Stegner bei dem wichtigen Anliegen der PIRATEN nicht haben zurückhalten können, diese Debatte mit einer unglaublichen Polemik und Unterstellungen zu befeuern.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Kollege Dr. Stegner, ich habe erst gestern im Ältestenrat gesagt: Wir können so weitermachen. Es wurde mehrfach angesprochen: Sie und Ihre Partei haben eine glorreiche Erfahrung damit, wie Leute, die aus exekutiven Funktionen kommen, anschließend in Wirtschaftsunternehmen eintreten, die sie vorher beaufsichtigt haben, wie Herr Müller oder - bei GAZPROM - Gerhard Schröder, bei dem sogar noch Genehmigungen erteilt werden mussten, über die man streiten kann, oder der jetzige Spitzenkandidat. Er hat sich beispielsweise noch als Finanzminister für die Durchführung von **ÖPP-Projekten** eingesetzt, um anschließend bei Bilfinger & Berger in der Bilanz genau dieses abzufeiern.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn wir also von korruptiven Fragen reden können, dann ist die SPD hier an erster Front zu nennen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich komme nun zu dem Vorgang, der mich eigentlich gar nicht weiter berührt, denn er war ganz offen. Kollege Peters, zunächst einmal ist ein Anwalt gegenüber seinem Auftraggeber verpflichtet. Jedenfalls denke ich, dass es bei Ihnen genauso ist wie bei mir. Er hat die **Interessen des Auftraggebers** zu wahren und keine anderen Interessen. Wenn das bei Ihnen in Ihrer Kanzlei möglicherweise anders ist, dann ist das sehr bedauerlich. Auftraggeber einer solchen Formulierung waren die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, niemand sonst. Warum? - In unserem Wahlprogramm - im Wahlprogramm der CDU - stand eine Veränderung des Glücksspielrechts. Im Koalitionsvertrag kam es zu einer **Veränderung des Glücksspielrechts**. Selbstverständlich sind wir bei der komplexen Materie davon ausgegangen, dass wir das selbst erledigen müssen, weil mein parlamentarisches Grundverständnis dahin geht, nicht - wie vielleicht Herr Dr. Stegner -

(Wolfgang Kubicki)

dauernd einen Willen zu formulieren und diesen dann an andere abzugeben und zu sagen: Macht ihr das mal in den Ministerien. Die Ministerien sollen ausführen, was das Parlament beschließt, nicht umgekehrt. Sie sollen sich nicht selbst die Gesetze schaffen, die sie brauchen, und wir sind nur noch Abstimmungsveh.

Das ist zumindest mein Grundverständnis. Das war übrigens nicht nur beim Glücksspielrecht so, auch beim Denkmalschutzrecht war das so und bei der Novellierung des Schulgesetzes. Das kam aus den Fraktionen und nicht aus der Regierung.

Wir haben den Wissenschaftlichen Dienst kontaktiert, der uns erklärt hat: Bedauerlicherweise verfüge er nicht über die Kapazitäten, die notwendig sind. Dafür habe ich großes Verständnis. Er verfüge auch nicht über die notwendige Expertise. Deshalb brauchten wir eine externe Beratung und haben uns jemanden gesucht, der in diesem Bereich zu Hause war.

Bei dem Antrag der PIRATEN wird etwas anderes deutlich: Wie laufen Gesetzgebungsverfahren ab? - Es wird insinuiert, als würde alles hinter verschlossenen Türen stattfinden und als gäbe es keine Anhörungen, als würden in den Anhörungen nicht auch Vorschläge unterbreitet, die aufgenommen werden, als würden nicht aufgrund von Anhörungen Gesetzesinitiativen komplett verändert. Herr Dr. Stegner sagte dies bereits. Auch die Regierungskoalition hat manchmal in laufenden Verfahren Einsichtsfähigkeit gezeigt und Gesetzesvorschläge aufgrund von Anregungen verändert. Das ist Sinn einer **parlamentarischen Beratung** und von **Anhörungen**. Wenn wir von vornherein sagen, das wollen wir nicht, dann hilft das nicht weiter.

Es kommt auf das Ergebnis des parlamentarischen Prozesses an und nicht auf den Start. Herr Peters, entscheiden tun wir. Ich denke, Sie entscheiden aufgrund eigener Expertise und eigener Beratung und nicht aufgrund einer Vorlage; völlig egal, wo diese herkommt.

Wenn ich die PIRATEN in dieser Frage ernst nehmen würde, und darüber werden wir im Ausschuss näher beraten, dann hätten sie ihren Antrag zur **Reduzierung der Fraktionsfinanzen** nicht stellen dürfen, denn je geringer die Fraktionsfinanzen ausfallen, desto weniger Eigenexpertise können wir organisieren und desto mehr sind wir darauf angewiesen, Expertise von außen zu bekommen. Das heißt, Sie müssen sich schon überlegen, ob Sie glauben, dass andere Anregungen von außen an uns herange-

tragen werden können und sogar müssen, oder ob Sie davon ausgehen, dass unsere Kapazitäten aufgestockt werden müssen, damit wir das im eigenen Bereich machen können.

(Beifall FDP und CDU)

Beides zusammen geht nicht: die Funktionsfähigkeit der Fraktionsarbeit durch Mittelkürzung zu reduzieren und gleichzeitig zu fordern, dass man auf Expertise von außen verzichten soll.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Das ist übrigens kein Gesetzentwurf, der - wie geschrieben - in gemeinsamer Aktion von Ihnen, der Organisation Foodwatch und der Piratenfraktion in NRW entstanden ist, sondern das ist eins zu eins eine Übernahme eines Entwurfs von Foodwatch, den zunächst die Piratenfraktion in Nordrhein-Westfalen und jetzt auch Sie übernommen haben. Sie haben daran nicht weiter mitgewirkt. Es ist mir aber auch völlig egal, wo er herkommt. Wenn er in der Sache gut ist, dann wird er umgesetzt. Wenn er in der Sache schlecht ist, dann wird er im Zweifel nicht umgesetzt. Jedenfalls ist das mein Parlamentsverständnis, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Dr. Breyer?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Sehr gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Kubicki, zum Thema der Fraktionsmittel habe ich die Frage an Sie, ob Sie mir nachweisen können, dass ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Fraktionsmittel einerseits und der Einflussnahme oder Übernahme von Gesetzentwürfen von außen andererseits besteht? Ich glaube nicht, dass nachweisbar ist, dass mit höheren Fraktionsmitteln die Einflussnahme von außen ansteigt. Ich kenne umgekehrt aus dem Europaparlament, das eine sehr gute finanzielle Ausstattung aufweist, sehr viele Fälle, bei denen gut ausgestattete Abgeordnete sich bei Gesetzesformulierungen gern der Hilfe von Lobbyisten bedient haben, zum Beispiel bei der Datenschutzverordnung.

- Herr Kollege Dr. Breyer, Einzelfälle kenne ich nicht. Es geht hier um die Frage der Ausstattung

(Wolfgang Kubicki)

mit Fraktionsmitteln. Ich kann Ihnen sagen: Je mehr Fraktionsmittel Sie haben, desto mehr Personal mit Sachverstand können Sie beschäftigen, das dann auch in der Lage wäre, beispielsweise Vorlagen von Dritten aufgrund der eigenen Programmatik und der eigenen Beurteilung zu überprüfen und gegebenenfalls anders zu formulieren.

Wenn Sie beispielsweise keinen Juristen als Mitarbeiter in Ihrer Fraktion haben, dann wird es schwer festzustellen, ob Vorlagen, die Sie von wem auch immer bekommen, mit bestimmten rechtlichen Grundfragen kompatibel sind. Deshalb sage ich: Je mehr Kompetenz Sie in den Fraktionen bündeln, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Einflussnahme von außen aufs Parlament geschieht, die ja gewollt ist. Die Einflussnahme auf das Parlament von außen ist gewollt. Sie ist intendiert. Je größer der Personalbesatz und je höher die Kompetenz in den Fraktionen ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die **Kontrollfunktion** wahrgenommen werden kann, das Abweichen von der eigenen programmatischen Vorstellung und von dem eigenen Willen zu identifizieren, der sich von Fraktion zu Fraktion unterscheidet und entsprechende Änderungsvorschläge zu unterbreiten. Sie tun so, als müssten wir im Parlament in allen Fragen der gleichen Meinung sein. Das müssen wir mitnichten.

(Beifall FDP)

Ich kann einer **Differenzierung** zwischen guten **Lobbyisten** - beispielsweise der AWO, Foodwatch oder Greenpeace - und schlechten Lobbyisten wie beispielsweise Wirtschaftsverbänden nicht erkennen, weil ich diese Differenzierung für unzulässig halte.

(Beifall FDP)

Entscheidend für uns ist nur der parlamentarische Prozess, und der findet in voller Offenheit statt. Ich sage Ihnen noch einmal aus voller Überzeugung, wobei ich 23 Jahre Mitglied eines Parlaments bin: Je besser Sie Fraktionen ausstatten, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass dabei etwas Vernünftiges herauskommt. Je schlechter Sie sie ausstatten, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit; vor allem deshalb, weil ich Ihnen sage: Nicht jeder in diesem Hause ist - was seine Entscheidungsmöglichkeiten angeht - gleich kompetent. Deshalb brauchen Sie eine **qualifizierte Mitarbeit**, die sicherstellt, dass anhand der zum Beispiel bei den Grünen und der FDP unterschiedlichen Programmatik die Einflussnahme auf das Gesetzgebungsverfahren eine sinnvolle Auswirkung entfalten kann.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage? - Ach so, das war es schon.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich bin ja freundlicherweise hier etwas länger stehen geblieben. Ich habe auch festgestellt, dass ich im Rahmen meiner Antwort länger als eine Minute geredet habe. Dankenswerterweise ist die Zeit angehalten worden.

Ich komme aber jetzt trotzdem zum Schluss, weil ich glaube, dass wir die vielfältigen Fragestellungen, die sich hier ergeben haben, wirklich intensiv auch noch im Ausschuss erörtern müssen.

Aber gegen eines wehre ich mich aus voller Überzeugung. Wer dauernd insinuiert, als seien wir hier alle fremdgesteuert, der muss sich nicht wundern, dass die Akzeptanz des parlamentarischen Prozesses zum Nachteil aller endgültig leidet.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Dr. Breyer, ich unterstelle niemandem hier im Hause, dass er nicht Manns oder Frau genug ist, **Einflussnahmen** von außen zu widerstehen, soweit diese nicht seinen **Überzeugungen** entsprechen. Aber Sie können niemandem vorwerfen, dass er etwas in das parlamentarische Verfahren einbringt, das seiner Überzeugung entspricht. Auch das muss man schlicht und ergreifend akzeptieren. Ansonsten können wir uns den parlamentarischen Prozess insgesamt sparen und brauchen nur noch darauf zu gucken wie die jeweiligen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse sind, und dann brauchen wir nur noch drei Leute hier im Saal und nicht 69, was übrigens ein großer Verlust für das demokratische Gemeinwesen wäre.

Machen wir den Leuten klar, dass der parlamentarische Prozess mit einer Vorlage beginnt. Aber er endet mit einer **Willensbildung der Mehrheit** aufgrund eines sehr intensiven Prozesses. Und das hat seinen Sinn, nicht die Vorlage ist das Entscheidende, sondern entscheidend ist das, was hinten dabei herauskommt. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gesetzgebungs-Outsourcing - dieses 24-Buchstaben-Ungetüm benennt einen neuen Trend. Es geht um die Frage der bezahlten **Beteiligung von Dritten** - die Antragsteller nennen ausdrücklich Juristen - bei der Normsetzung. Dieses Verfahren der Auslagerung im Gesetzgebungsprozess beschäftigt inzwischen ganze Heerscharen von Juristen. Der Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer Axel Filges fragt daher allen Ernstes, ob das Gesetzgebungs-Outsourcing ein neues Berufsfeld für Rechtsanwältinnen sei.

Dabei ist es eigentlich ganz einfach: Es gilt für die Gesetzgebung das strucksche Gesetz, wonach kein Gesetz den Bundestag beziehungsweise den Landtag so verlässt, wie es hineinkommt. Experten, Fraktionen, Nutzer und nicht zuletzt Journalisten nehmen sich Gesetze vor. Und dann werden sie geändert, in der Regel verbessert. Neue Formulierungen werden eingearbeitet und alte verworfen. Die **Nutzung außerparlamentarischer Expertise** ist also nicht die Ausnahme, sondern der ausdrückliche Normalfall.

Meine Fraktion nimmt jedenfalls für sich nicht in Anspruch, in jeder Fachfrage ohne Beratung von außen auskunftsfähig zu sein. Ganz im Gegenteil, wir verstehen die Gespräche mit Verbänden als probates Mittel der Frühwarnung. Manchmal sind wir hier einfach zu weit weg, um die Veränderungen zu registrieren. Da ist es gut, wenn von außen entsprechende Signale kommen.

So schätze ich besonders die **Anhörungen** als ein **Korrektiv parlamentarischen Handelns**. Oft genug haben in der Vergangenheit Anzuhörende Dinge geradegerückt, nicht immer unwidersprochen; aber gerade das Zusammenspiel von Rede und Gegenrede auch in den Anhörungen lässt der eigenen Meinungsbildung der Parlamentarier breiten Raum. Schließlich haben wir es weit überwiegend mit Partikularinteressen zu tun. Es liegt an uns selbst, aus den Einwänden und Argumenten und aus dem Input gemeinwohlorientierte Gesetzentwürfe zu erstellen.

Die Beiträge und Protokolle der Anhörungen sind verumdruckt, also im Landtagsinformationssystem nachzulesen, niedrigschwellig und umfassend. Jede Schleswig-Holsteinerin und jeder Schleswig-Holsteiner kann nachlesen, welcher Verband welche Stellungnahme erarbeitetet und abgegeben hat. Das ist in lobenswerterweise technisch aufbereitet, so dass die Vorgänge für Bürgerinnen und Bürger

leicht nachzuvollziehen sind, ohne dass man sich durchs System durchklicken muss.

Dem Landtag wiederum steht zur Kontrolle der gesetzformierenden Arbeit der Landesregierung ebenfalls ein bewährtes Instrument zur Verfügung, das ja auch genutzt wird, nämlich die **Kleine Anfrage**. Diese ist ein bewährtes Verfahren, um Auskünfte zu erhalten. Die Landesregierung liefert auf diesem Wege oftmals auch **Informationen zu Gesetzgebungsverfahren** nach, und zwar allen, denn die Antworten sind öffentlich und jederzeit zugänglich. Diese Transparenz hat sich insgesamt bewährt. Darüber hinaus gibt es auch noch die Möglichkeit der Einsichtnahme in Akten und Vorgängen, von der auch immer sehr gern in diesem Hohen Haus Gebrauch gemacht wird. Im Wesentlichen ist also alles nachvollziehbar.

Ich will allerdings nicht verhehlen, dass nicht alle Einflussnahmen öffentlich rekonstruierbar sind. Es ist nicht immer klar ersichtlich, wer versucht hat, ein Gesetz umzuformulieren. Das gilt übrigens auch für die PIRATEN, die alle einladen, sich zu Gesetzen zu äußern. Auch sie sind nicht gefeit davor, dass Lobbyisten diese Öffnung für ihre eigenen Zwecke nutzen, indem sie unter falscher Fahne E-Mails schicken und auf diese Weise das scheinbar offene System kapern.

Natürlich kann es auch sein, dass Lobbyisten Gesetze schreiben. Das ist natürlich nicht die Regel, aber es ist schon vorgekommen, und dies ist auch in der Zukunft denkbar. Und nur dann, wenn **Formulierungshilfe** und Vorteile zusammenkommen, ist es anrühlich. Der direkte Vorteil ergibt sich, wenn der Auftragnehmer sich ein Gesetz zusammenschustert, von dem er selbst profitiert. Das geht natürlich nicht. Hier müssen wir wachsam sein, und das sind wir in der Regel auch.

Aber noch einmal: Die Formulierungshilfen bei Gesetzen oder Verordnungen sind nicht per se problematisch. Das gilt im Übrigen sowohl für Gesetzentwürfe von Regierungen als auch für Gesetzentwürfe von Fraktionen. Allerdings ist den Auftraggebern nicht immer bekannt, dass ihre Auftragnehmer einen Vorteil aus der Gesetzgebung ziehen können. Deswegen ist der Nachweis auch nicht ganz einfach. An dieser Stelle wäre möglicherweise **Transparenz** hilfreich. Aber wie man diese Transparenz umsetzt, ist eine schwierige Frage, die wir noch einmal im Ausschuss klären sollten.

Abschließend: Fachmeinungen und Hilfestellungen von außen sind in Ordnung. Nur wenn für bezahlte **Auftragnehmer** von außen ein **direkter Vorteil**

(Lars Harms)

aus ihrer Tätigkeit entsteht, ist das nicht okay. Allerdings kommt diese negative Kombination in der Politik sehr selten vor. Deshalb kann es hier keine pauschalen Vorwürfe gegen die Regierung oder die Fraktionen geben. Der Regelfall ist, dass externe Beratung von Politik völlig in Ordnung und im Übrigen auch notwendig ist. Letzten Endes sind wir es in diesem Hohen Hause, die die Entscheidung treffen. Und diese Entscheidung ist immer noch transparent. Deswegen, glaube ich, ist unser System so, wie wir es haben, auch in Ordnung.

(Beifall SSW, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist beantragt worden - -

(Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

- Entschuldigung! Der Kollege Habersaat von der SPD-Fraktion hat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will es kurz vor den Sommerferien einmal mit einer Gratwanderung zwischen sommerlicher Lockerheit und aufrichtiger Empörung versuchen.

Herr Kubicki, Sie haben den Kollegen Stegner im Anschluss an seine Rede als kleinen Uwe Barschel bezeichnet. Dies weise ich im Namen der SPD entschieden zurück. So lassen wir uns von Ihnen nicht im Vorbeigehen beschimpfen.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratungen.

Es ist beantragt worden, den Antrag auf der Drucksache 18/897 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt in der Abstimmung! - Wer der Ausschussüberweisung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt noch einmal zurück zum Tagesordnungspunkt 41:

a) HSH Nordbank AG - Erhöhung des Garantievolumens

Antrag der Landesregierung
Drucksache 18/654

b) Kein Wertpapierankauf durch den HSH Finanzfonds!

Antrag der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der CDU
Drucksache 18/726 (neu) - 2. Fassung

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/905

HSH Nordbank AG - Erhöhung des Garantievolumens

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/937

Da fehlte formal noch die Gesamtabstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion. Das ist der Antrag mit der Drucksachenummer 18/937. Über diese Drucksache hatten wir vorhin nur nummernweise abgestimmt. Wer diesem Antrag nun der so geänderten Form seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe - Große Unruhe)

Sie haben vorhin zwei Punkte mehrheitlich beschlossen und die Nummer 2 mehrheitlich abgelehnt. Wir kommen deshalb jetzt nur noch zur Gesamtabstimmung über diesen Antrag. Wer diesem so geänderten Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Anhaltende Unruhe - Zuruf SPD: Neuer Antrag! - Wortmeldung Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Arp, Sie möchten etwas sagen?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ich habe noch eine Verständnisfrage. Ich will auch gern dazulernen.

Wenn der Antrag mit drei Punkten in zwei Punkten die Mehrheit gefunden hat, dann wird doch über den Antrag ohne diesen einen Punkt, der nicht die Mehrheit gefunden hat, abgestimmt, oder? Wenn das so ist, dann findet das auch unsere Zustimmung.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann lasse ich jetzt über den Antrag Drucksache 18/937 im Gesamtumfang abstimmen.

(Zuruf)

- In dem Umfang, den wir gerade beschlossen haben: Von drei Punkten sind zwei mehrheitlich angenommen und einer mehrheitlich abgelehnt worden, so wie es der Kollege Arp gerade noch einmal gesagt hat.

Wer diesem jetzt seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer lehnt den Antrag ab? - Das ist der Kollege Dr. Patrick Breyer von der Piratenfraktion. Wer enthält sich? - Das sind die CDU, die FDP und die restlichen Mitglieder der Piratenfraktion. - Vielen Dank.

(Zuruf: Jetzt gehen wir in die Sommerpause!)

- Nein, wir gehen noch nicht ganz in die Sommerpause.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes - Anpassung des manuellen Abrufs der Bestandsdaten nach dem Telekommunikationsgesetz an die verfassungsrechtlichen Vorgaben

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/713

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/928

Bevor ich dem Kollegen Krumbeck das Wort erteile, bekommt die Kollegin Barbara Ostmeier als Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses das Wort für den kurzen Bericht.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Mit Erlaubnis der Präsidentin verweise ich auf die Vorlage.

(Zuruf SPD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. - Wortmeldungen zu dem Bericht sehe ich nicht. Es gab ursprünglich die Vereinbarung, diesen Tagesord-

nungspunkt ohne Aussprache bekannt zu geben. Die PIRATEN haben mir gerade signalisiert, dass sie eine Bemerkung zu ihrem eigenen Abstimmungsverhalten machen möchten. - Herr Krumbeck, Sie haben das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Wir beantragen, dass jeder von uns sein Abstimmungsverhalten begründen darf.

(Zuruf: Alle sechs? - Zurufe: Oh nein!)

- Es sind nur fünf da.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das ist Ihr gutes Recht.

(Zurufe - Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es wird nicht hilfreich sein, wenn wir jetzt alle durcheinanderreden. Es ist das gute Recht, dass die Kollegen der PIRATEN ihr Abstimmungsverhalten darlegen. Dazu dürfen sie jetzt nach vorne kommen. Herr Kollege Dolgner, was ist Ihr Geschäftsordnungsantrag?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich schlage vor, dass die PIRATEN ihre Erklärung zu ihrem Abstimmungsverhalten zu Protokoll geben.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Dolgner, diesen Vorschlag habe ich bereits unterbreitet. Das konnten Sie in der Tat nicht wissen. Das hatte ich im Vorfeld, als wir darüber sprachen, auch schon vorgeschlagen. Die Kollegen der PIRATEN möchten aber gern hier vorne am Mikrofon ihre Erklärung abgeben. Ich bitte Sie, das jetzt nicht nur zuzulassen - das lasse ich zu -, sondern auch zuzuhören, und um ein wenig mehr Disziplin. - Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Breyer von der Piratenfraktion.

(Zuruf SPD: Das ist lächerlich! - Weitere Zurufe - Glocke Präsidentin)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich lehne dieses Gesetz zum **Zugriff auf unsere Bestandsdaten** ab, weil es dem

(Dr. Patrick Breyer)

Verfassungsschutz meine Identifizierung im Internet unter denselben Voraussetzungen erlaubt wie die Abfrage einer Telefonnummer. Sie verstehen nicht, dass die Identifizierung meiner IP-Adresse im Internet das Ausspähen meiner Internetnutzung ermöglicht und nichts mit einem Blick ins Telefonbuch zu tun hat. Wenn Sie dieses Gesetz heute so beschließen, werde ich Verfassungsbeschwerde dagegen einlegen

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Gut so!)

wegen Verletzung meiner Grundrechte auf **Fernmeldegeheimnis** und **Datenschutz**.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete König von der Fraktion der PIRATEN.

Uli König [PIRATEN]:

Meine Damen und Herren, ich lehne dieses Bestandsdatengesetz ab, weil meine Passwörter mir gehören und nicht der Polizei oder dem Verfassungsschutz. Passwörter ermöglichen den **Zugriff auf hochsensible Inhalte** von E-Mails oder sogar persönliche Inhalte wie Fotos, Tagebücher oder Dokumente. Wenn Sie dieses Gesetz so beschließen, werde ich dagegen Verfassungsbeschwerde einlegen. - Vielen Dank.

(Zuruf: Das hättet ihr auch in einer Wortmeldung machen können!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Torge Schmidt von der Fraktion der PIRATEN.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ich lehne dieses Bestandsdatengesetz ab, weil es über das katastrophale Bundesgesetz zur Bestandsdatenauskunft sogar noch hinausgeht, weil Sie erstmals Internetdienste wie Gesundheitsportale, Internetangebote von Kirchen und politischen Parteien oder das Angebot von Beratungsstellen zur Auskunft an die Polizei und den Verfassungsschutz verpflichten wollen. Wenn Sie dieses Gesetz so beschließen, werde ich Verfassungsbeschwerde dagegen einlegen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Der Herr Abgeordnete Sven Krumbek von der Fraktion der PIRATEN hat das Wort.

Sven Krumbek [PIRATEN]:

Auch ich lehne dieses Bestandsdatengesetz ab, weil es die **Vertraulichkeit unseres Surfverhaltens** im Internet nicht genauso gut schützt wie das, was wir am Telefon sagen. Für Sie ist der Inhalt meiner Internetnutzung weniger wert als ein Anruf beim Pizzadienst. Das ist inakzeptabel. Auch ich werde mich - sollten Sie dieses Gesetz ablehnen -

(Zuruf SPD: Beschließen! - Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Beschließen! Da hat er sich versprochen!)

der Verfassungsbeschwerde anschließen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Abgeordnete Dudda von der Fraktion der PIRATEN.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Ich lehne dieses Gesetz ab, weil der **Richtervorbehalt** im Grundgesetz als Regelfall eingerichtet ist und die Ausnahme vom Regelfall in diesem Gesetz so gestaltet werden soll, dass der Verfassungsschutz ohne richtliche Anordnung auf meine Daten zugreifen kann. Eine Demokratie, die ihrer Bevölkerung ausreichend vertraut, hat es nicht nötig, das so zu regeln. Weil das sehr schlecht geregelt werden soll nach diesem Gesetz, werde ich genauso wie meine Kollegen gegen die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes klagen. - Danke.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung nicht geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen der Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Gesetzentwurf angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Verordnung zur Änderung der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung - Endlich mehr Sicherheit für Verbraucher

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/807 (neu)

Mehr Klarheit bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln mit tierischen Bestandteilen schaffen!

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Antrag Drucksache 18/807 - neu - sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/961 als selbstständigen Antrag dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe sodann Tagesordnungspunkt 48 auf:

Umsetzung und Zwischenbilanz des Bildungs- und Teilhabepakets im Zweiten Sozialgesetzbuch

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/697

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/697 dem Sozialausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 18/935

Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/935. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar nicht der Fall.

Ich weise noch auf folgende Änderung hin: Der Gesetzentwurf zu Tagesordnungspunkt 14 - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Vorbeugung und Abwehr der von Hunden ausgehenden Gefahren - wird nach Verständigung zwischen den Fraktionen federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/935 einschließlich der eben bekannt gegebenen Änderung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Meine Damen und Herren, ich schließe diese Tagung. Ich wünsche Ihnen allen eine gute erholsame Sommerpause und gebe Ihnen zum Abschluss noch bekannt, dass die nächste, die 13. Tagung des Landtages, am 21. August 2013 um 10 Uhr hier beginnen wird. - Alles Gute.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:29 Uhr